

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 162

FRÜHJAHR 2006

€ 0,50

Nieder mit der Nuklear-Erpressung!

Imperialisten – Hände weg vom Iran!



AP/Wide World Photo

Imperialisten bedrohen Iran wegen der Wiederinbetriebnahme von Atomanlagen. Rechts: Isfahan, August 2005, iranische Studentendemonstration vor Uran-Anreicherungsanlage



Reuters

Drei Jahre nach der Invasion und Besetzung des Irak hat der US-Imperialismus nun Iran im Visier. Mit der Behauptung, Iran versuche Atomwaffen zu entwickeln, stellte Präsident Bush am 26. Januar ein Ultimatum: „Euer Streben nach einer Bombe ist inakzeptabel“ (*New York Times*, 27. Januar). Und das aus dem Munde des Präsidenten eines Landes, dessen Vorrat an Atombomben ausreicht, die Erde gleich mehrmals zu zerstören. Die herrschende Klasse in den USA ist die einzige, die Atomwaffen eingesetzt hat; 1945 äscherte sie über 200 000 Menschen in Hiroshima und Nagasaki ein und heute verfiert die US-Regierung eine Politik der „präventiven“ Atomschläge gegen jedes Land, das sie für eine Bedrohung hält.

Es gibt eine klare Übereinkunft zwischen der Bush-Regierung und den europäischen Imperialisten, dass sich mit dem Iran „befasst werden muss“, wengleich sie sich weiter über das Wie streiten. Im Januar drohte Frankreichs Präsident Jacques Chirac Iran indirekt mit einem Atomschlag, worin ihn Bundeskanzlerin Merkel unterstützte. Darin sind

sich die europäischen Imperialisten mit der amerikanischen Demokratischen Partei einig, die Bush kritisiert, dass die Besetzung des Irak davon abgelenkt hat, energischer mit Iran umzugehen wie auch mit dem deformierten Arbeiterstaat Nordkorea.

Eine andere Gruppe fanatischer Kriegstreiber, die Iran im Fadenkreuz haben, sind Israels zionistische Herrscher. Die britische *Sunday Times* (11. Dezember 2005) berichtet, dass Israels Streitkräfte angewiesen wurden, „bis Ende März bereit zu sein für mögliche Schläge gegen geheime Uran-Anreicherungsstätten in Iran“. Und am 21. Januar drohte der israelische Verteidigungsminister Shaul Mofaz: „Israel wird nicht in der Lage sein, eine iranische Nuklearkapazität zu akzeptieren, und es muss die Fähigkeit haben, sich zu

Fortgesetzt auf Seite 2

BND-Skandal . . . Seite 16

Iran...

Fortsetzung von Seite 1

verteidigen, mit allem, was daraus folgt, und das bereiten wir vor“ (*Spiegel Online*, 23. Januar).

Im Falle eines militärischen Angriffs auf Iran durch den US-Imperialismus oder Israel oder durch irgendeine andere Macht, die im Dienste der Imperialisten handelt, erklären wir Marxisten: **Die internationale Arbeiterklasse muss für die militärische Verteidigung Irans gegen jeden imperialistischen Angriff eintreten.** Gleichzeitig geben wir dem reaktionären Teheraner Regime kein Jota an politischer Unterstützung. Unsere Verteidigung des kapitalistischen Iran ist bedingt: In militärischen Konflikten zwischen einer imperialistischen Macht und einem abhängigen halbkolonialen Land ist revolutionäre Verteidigung unsere Politik. Wir verteidigen das unterdrückte Land gegen das unterdrückende Land und fördern Klassenkampf in den imperialistischen Zentren, ebenso wie in dem unterdrückten Land. Jeder Sieg der Imperialisten in ihren militärischen Abenteuern ermutigt zu mehr räuberischen Kriegen; jeder Rückschlag dient unterstützend den Kämpfen der arbeitenden Menschen und der Unterdrückten.

Die US-Bourgeoisie mit ihren Medien im Schlepptau schürt mit allen Mitteln Hysterie über eine iranische „Bedrohung“. Sie stellen Irans islamisches Regime als einen Haufen wahnsinniger Fanatiker dar. Aber die wahren nuklearen Verrückten sind die christlichen Fundamentalisten an der Spitze des US-Imperialismus, die sich von keinerlei Hindernis abhalten lassen könnten, Iran anzugreifen. Ihre deutschen und französischen imperialistischen Rivalen, militärisch gewaltig unterlegen, möchten sich selbst als „vernünftiger“ und „friedlicher“ darstellen. Tatsächlich sind sie genauso an die Irrationalität des blutigen Systems des niedergehenden kapitalistischen Imperialismus gebunden. Der wahre Feind der arbeitenden Menschen, Minderheiten und Unterdrückten in Deutschland ist die deutsche Bourgeoisie. Und die amerikanische herrschende Klasse, die heute Iran bedroht, ist die gleiche Kapitalistenklasse, die die Renten, Gesundheitsversorgung und Arbeitsplätze von Amerikas Werktätigen zusammengestrichen hat, während sie durch den reaktionären „Krieg gegen Terror“ demokratische Rechte zerfetzt.

Ein Brief des Chefs der Presseabteilung der iranischen UN-Gesandtschaft an die *New York Times* (29. Januar) betonte: „Es ist nicht die Absicht des Irans, Atomwaffen zu bauen“, und bemerkt, dass Irans Nuklearforschung „vollständig in

Übereinstimmung mit dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen“ steht. Die entscheidende Tatsache ist, dass Iran im Kontext von Bedrohungen durch die mit Atombomben bewaffneten Imperialisten dringend Atomwaffen und entsprechende Trägersysteme **benötigt**, um sich zu verteidigen. In der heutigen Welt ist der Besitz von Atomwaffen zum einzig realen Garant nationaler Souveränität geworden. Die konterrevolutionäre Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates 1991/92 hat das wichtigste militärische und politische Gegengewicht zum US-Imperialismus beseitigt. Seitdem haben die US-Herrscher eine Politik entwickelt, ihre überwältigende militärische Macht, die sogar die der rivalisierenden imperialistischen Mächte in den Schatten stellt, zu benutzen, um das Aufkommen jeder erkennbaren Bedrohung der US-Vorherrschaft zu verhindern.

In einem Brief an die *New York Times* (17. Januar) als Antwort auf einen Leitartikel der Zeitung bemerkte ein Leser treffend:

„Sie schreiben, dass ‚niemand bisher einen wirklich guten Weg gefunden hat, Iran von seinem Atomkurs abzubringen‘. Aber es ist offensichtlich, dass Iran vor allem deshalb eine Bombe anstrebt, um den kaum verhüllten Bestrebungen der Bush-Regierung zu begegnen, dort einen ‚Regimewechsel‘ zu erzwingen. Jeder patriotische iranische Militärführer, der gesehen hat, was im Irak passiert ist, und der der ‚Achse-des-Bösen‘-Rhetorik zugehört hat, muss seiner Regierung den Rat erteilen, dass nur die Bombe die Vereinigten Staaten abschrecken kann.“

Der reaktionäre Charakter des iranischen Mullah-Regimes verringert in keiner Weise die Pflicht proletarischer Revolutionäre, auf der Seite Irans gegen den Imperialismus zu stehen. Als Italien unter Mussolini 1935 in Äthiopien einmarschierte, beantwortete der bolschewistische Führer Leo Trotzki Besorgnisse proletarischer Militanter, die wegen Haile Selassies reaktionärem Regime, das die Sklaverei aufrechterhielt, die Verteidigung Äthiopiens ablehnten:

„Wenn Mussolini siegt, bedeutet das die Stärkung des Faschismus, die Stärkung des Imperialismus und die Entmutigung der Kolonialvölker in Afrika und anderswo. Der Sieg des Negus andererseits würde einen mächtigen Schlag nicht nur gegen den italienischen Imperialismus, sondern gegen den Imperialismus insgesamt bedeuten und würde den rebellischen Kräften der unterdrückten Völker einen mächtigen Auftrieb geben.“ (Leo Trotzki, „On Dictators and the Heights of Oslo“ [Über Diktatoren und die Höhen von Oslo], April 1936)

Fortgesetzt auf Seite 28

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiter: Oliver Wegenstein, Vertriebsleiter: Kurt Weiss
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01
Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10179 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Nr. 162

FRÜHJAHR 2006

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb als Supplement
ein KfsV-Flugblatt zum Fall von Mumia Abu-Jamal beigelegt.

Man kann nicht nach den Regeln der Bosse gewinnen

Ver.di-Streik ins Aus geführt

In Frankreich und Britannien stehen die Arbeiter vor ähnlichen Angriffen wie in Deutschland – in Frankreich die Abschaffung des Kündigungsschutzes für junge Leute, in Britannien die Erhöhung des Rentenalters. Daher sehen auch viele Arbeiter nach Frankreich, wo Jugendliche und Arbeiter massiv gegen die Einschränkung des Kündigungsschutzes mit Streiks in Betrieben und Besetzung der Unis kämpfen. Solche Angriffe sind auch hier von der CDU/SPD-Regierung vorgesehen. Es gibt auch erste gemeinsame Kämpfe wie zum Beispiel gegen das Port Package und die Bolkestein-Richtlinie in diesem Winter.

Seit fast zwei Monaten streiken Teile des öffentlichen Dienstes. Die von Ver.di-Bürokraten angewandte Taktik der Nadelstiche ist nichts anderes als die Demobilisierung der Teile der Arbeiterklasse, die soziale Macht haben wie den Müllarbeitern in Stuttgart. Der andere machtvollere Teil, der öffentliche Nahverkehr, wurde in diesem Streik nie mobilisiert. Trotz aller Nachgiebigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie kommt den Bossen die bisherige Klassenkollaboration zu teuer. Sie wollen ver.di in die Knie zwingen. Dies muss durch einen offensiven Kampf gegen die Seuche von

dieser Aktion zum Ausdruck brachten, zeigt, dass man diesen Kampf gewinnen konnte. Voraussetzung ist aber, dass ver.di einen Kampf für die Organisierung auch der privaten Müllbetriebe führt und dort, wie auch im öffentlichen Dienst, nach dem Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gleiche Löhne und Arbeitsbedingungen durchsetzt und jeden Streikbruch effektiv verhindert. Dann läuft auch die Privatisierungsdrohung ins Leere. Auch gegen die schleichende Privatisierung und Auslagerung von Technik oder Reinigung in Krankenhäusern und anderen Betrieben, wodurch die Arbeiter in diesen Bereichen zu Ich-AGs gemacht werden und/oder es zu massiven Lohneinbußen und verschlechterten Arbeitsbedingungen kommt, muss der Kampf aufgenommen werden. Der immer weiteren Aufspaltung der Belegschaften muss das Prinzip „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft!“ entgegengestellt werden. Statt sich auf die Verteidigung der sowieso viel zu langen 38,5-Stundenwoche zu beschränken, ist die passende Antwort auf den Angriff der Regierungen der Kampf für die Reduzierung der Wochenarbeitszeit und für die Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich. Das aber ist unvereinbar mit der Politik der gegenwärtigen Gewerkschaftsführung von „Sozialpartnerschaft“, wo die Interessen der Arbeiter auf dem Altar der Klassenzusammenarbeit geopfert werden, die Möllring und Co. längst aufgegeben haben. Stattdessen ist harter Klassenkampf notwendig, der sich nicht an die Regeln der Regierung und der Bosse hält, sondern die Arbeiter in ihrem eigenen Interesse mobilisiert.

Ver.di-Boss Bsirske scheint sich aber jetzt die Ärzte und den Marburger Bund (MB) als Hauptfeind erkoren zu haben, denn er polemisiert ununterbrochen gegen die 30-Prozent-Forderung des MB. Das Hauptargument dabei ist immer, wenn die Ärzte 30 Prozent mehr bekommen, dann geht es auf Kosten der Krankenschwestern und des anderen Personals der Krankenhäuser. Nichts davon ist richtig, denn es akzeptiert den Rahmen, den die Regierungen, und hier insbesondere die sozialdemokratischen Sparminister, vorgeben. Worum es der CDU/SPD-Regierung wirklich geht, ist den deutschen Imperialismus fit zu machen, um als Konkurrent des US-Imperialismus auftreten zu können. Deshalb muss die Ausbeutung drastisch erhöht werden und die Gewerkschaften kaputt gemacht werden. Das einzige, was die Kapitalisten aufhalten kann, ist die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse. Unabhängig heißt, gegen die eigenen Kapitalisten und ihre Regierung. Eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung wird sich in den Kämpfen herausbilden mit Hilfe der Intervention einer revolutionären Arbeiterpartei, die aufzubauen wir Spartakisten uns verpflichtet haben.

Das ist entgegengesetzt zum Lamentieren von Lafontaine und seiner Linkspartei.PDS/WASG nach höheren Einkommenssteuern oder einer Erbschaftssteuer für die Reichen. Das ist nur ein Herumdoktern am niedergehenden Kapitalismus, der unfähig ist, die Bedürfnisse der Mehrzahl der Bevölkerung zu erfüllen und der zwangsläufig Massenarbeitslosigkeit, Armut und Krieg produziert. Dies ist eine sehr reiche Gesellschaft. Das kapitalistische Ausbeutersystem ist aber längst zur Bremse für die weitere Entwicklung geworden. Was gebraucht wird, ist eine international geplante Wirtschaft unter der Kontrolle von demokratisch gewählten Arbeiterräten. Das Haupthindernis dazu sind die sozialdemokratischen Irreführer, die die Arbeiterklasse an den Kapitalismus binden. Brecht mit SPD, PDS, WASG – für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei! ■

Brecht mit SPD, PDS & WASG!

Ausgliederungen und Privatisierungen verhindert werden. Die verräterischen Teilabschlüsse in Hamburg, Niedersachsen und den Kommunen in Baden-Württemberg sind das Gegenteil davon. Sie ermutigen die Bosse, weitergehende Forderungen zu stellen, und sie spalten die Belegschaften noch tiefer in Junge und Alte, mit und ohne Kinder, Frauen und Männer usw. bei dem Versuch, alle gegeneinander aufzuhetzen. Jetzt, wo die Beschäftigten der Länder, die relativ schlecht organisiert sind und wenig soziale Macht haben, allein gelassen wurden, wird ein künftiger Tarifvertrag hier nur eine weitere Öffnungsklausel für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst sein. Den kapitalistischen Regierungen von Beck, Möllring, Wowerit und Co. muss ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Es darf nicht sein, dass die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes die Zeche zahlen müssen für die runtergewirtschafteten Haushalte, während die Kapitalisten, wie die Berliner Bankgesellschaft, Subventionen ohne Ende erhalten! Keine Illusionen, dies ist der Staat der Kapitalisten und er kann nicht für die Interessen der Arbeiter „benutzt“ werden, wie Sozialdemokraten immer wieder weismachen wollen.

Die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes haben in den vergangenen Wochen bewiesen, dass sie bereit sind zu kämpfen. Die Ver.di-Bürokraten haben aber immer wieder diese Kampfkraft im Nichts verschwinden lassen, als zum Beispiel Streikbrecher in Freiburg, die den Müll abfahren, nicht gestoppt wurden. Der Stuttgarter Ver.di-Vorsitzende und WASG-Landesvorsitzende Bernd Riexinger war zwar dabei, als die Müllarbeiter die Müllverbrennungsanlage mit einer Streikpostenkette dichtmachten und damit zum Teil den Streikbruch privater Betriebe verhindern konnten, aber auch dieser „Linke“ tat sich damit hervor, den Streik in „geordneten Bahnen“ zu halten, und ließ die Streikpostenkette aufmachen, gegen den Protest vieler Arbeiter. Diese Streikposten nahmen unser Flugblatt „Macht die Betriebe dicht durch Streikpostenkette!“ (siehe Seite 13) mit sehr viel Interesse auf.

Die Sympathie für den Streik, die viele Fahrer privater und nicht bestreikter öffentlicher Abfallunternehmen bei

Rassistische Karikaturen provozieren Zorn islamischer Fundamentalisten

Die Veröffentlichung einer Reihe von antimuslimischen Karikaturen in der rechtslastigen dänischen Zeitung *Jyllands-Posten* – von denen einige den muslimischen Propheten Mohammed als bombenschwingenden oder satanischen Terroristen darstellen – war eine rassistische, bewusste politische Provokation einer speziellen bürgerlich-nationalistischen und imperialistischen Art. In ganz Europa stellen rechtsgerichtete politische Parteien (wie die Dänische Volkspartei) immigrantenfeindlichen Chauvinismus, der sich vor allem gegen Muslime richtet, in den Mittelpunkt ihrer Propaganda. Bereits jetzt hindert in Dänemark ein Gesetz Dänen daran, bis zu ihrem 24. Lebensjahr Ausländer zu heiraten. Bezeichnenderweise erschienen die Karikaturen am Vorabend eines Treffens des imperialistischen Bündnisses EU, um den Beitritt der Türkei mit ihrer muslimischen Bevölkerungsmehrheit zur EU zu beraten, den unter anderen Dänemark und Frankreich von einem chauvinistischen Standpunkt aus ablehnen. Die Karikaturen sollten den „Krieg gegen den Terror“ – begonnen vom US-Imperialismus und darauf zugeschnitten, alle zur gesteigerten imperialistischen Dominanz erforderlichen Angriffe zu rechtfertigen – mit immigrantenfeindlicher, nationalistischer Demagogie verschmelzen.

Anfangs, nach der Veröffentlichung der Karikaturen am 30. September, riefen sie lediglich Proteste von einigen wenigen muslimischen Geistlichen in Dänemark hervor wegen der blasphemischen Abbildung des Gründers des Islam, eine Handlung, die in jeder Form und mit jedem Inhalt von vielen Anhängern dieser Religion geächtet wird. Ende Dezember machten die Geistlichen die Tatsache, dass die Karikaturen gedruckt worden waren, weiter publik, was Massenproteste in der ganzen muslimischen Welt auslöste, angeführt und organisiert von islamisch-fundamentalistischen Reaktionen. Gleichzeitig kam es zu einem wirkungsvollen Boykott dänischer Waren.

Seit Ausbruch der Proteste posiert der Herausgeber der *Jyllands-Posten* (jetzt angeblich wegen übermäßigem Stress „auf Urlaub“) als Verfechter der Redefreiheit. In ganz Europa für seine angeblich mutige Haltung zur Verteidigung der Pressefreiheit gefeiert, bekam er bald „Mitkämpfer“, als weitere europäische Zeitungen (z. B. in Frankreich und Italien) die Karikaturen veröffentlichten. Doch seine Vergangenheit ist alles andere als heldenhaft und ganz gewiss nicht antiklerikal. Im Jahre 2003 lehnte er eine Karikaturensérie über Jesus ab aus Sorge, sie würde einen Enttäuschungssturm hervorrufen.

Man braucht kein Marxist zu sein, um Verachtung und Abscheu zu empfinden, wie Hunderte von Millionen Menschenleben im Namen der verschiedenen Propheten und ihrer imaginären Gottheiten – ob sie zum christlichen, jüdischen, muslimischen oder irgendeinem anderen Glauben



Beirut, 5. Februar: Muslimische Demonstranten setzen dänische Botschaft im Libanon in Brand ^{AP}

gehören – durch Kriege und kommunalistische Blutbäder ausgelöscht wurden. Diejenigen, die religiöse Gewalt ausüben, sind oft von der Hoffnung auf das Glück im Jenseits getrieben, wie es üblicherweise den „heiligen“ Kriegern, Märtyrern und Heiligen versprochen wird. Und man braucht auch kein Marxist zu sein, um die jämmerliche Existenz und das verlorene menschliche Potenzial der in Zwängen religiösen Aberglaubens gefangenen Massen, insbesondere der Frauen, zu ermessen. Satire steht wirklich vor einer schwierigen Aufgabe angesichts der Abscheulichkeit der fortwährenden Gräueltaten. Doch man muss revolutionärer Marxist sein, um zu erkennen, dass religiöser Aberglaube und Gottesglaube nur dann absterben werden, wenn die menschliche Not besiegt ist durch sozialistische Revolution und die Schaffung einer kommunistischen Gesellschaft, weltweit.

Das internationale Proletariat muss gegen jegliche immigrantenfeindlichen und antimuslimischen chauvinistischen Beleidigungen und Provokationen kämpfen. Es muss die Beendigung der Besetzung des Irak und Afghanistans fordern; diejenigen, die sich dem amerikanischen militärischen Moloch widersetzen, verteidigen; und volle Staatsbürgerrechte für Immigranten in ganz Europa und den USA fordern. Ein Brief von Hans Jensen, dem Präsidenten des Dänischen Gewerkschaftsbundes, an den Internationalen Bund Arabischer Gewerkschaften vom 7. Februar verurteilt zu Recht „jede Äußerung oder Abbildung, die dazu dient, Einzelpersonen oder Gruppen wegen ihrer Religion oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu verteufeln“, und ruft zur Beendigung des Boykotts dänischer Waren auf.

Jedoch sind die Spitzen der Sozialdemokratien und der Gewerkschaften – Verfechter kapitalistischer Reformen und Gegner einer sozialistischen Revolution – in ganz Europa, einschließlich Dänemark, vor immigrantenfeindlichen Haltungen in die Knie gegangen, vorgeblich zur Verteidigung „ihrer“ Arbeiter gegen ausländische Arbeiter. In Wirklichkeit beeinträchtigt dieses Einverständnis mit der bürgerlichen Reaktion – durch eine Spaltung des Proletariats in seine einheimischen und eingewanderten Teile – die Fähigkeit der Arbeiterklasse, gegen ihre kapitalistischen Herrscher zu kämpfen, und stellt so die historische Mission der Ar-

beiterklasse als Befreier der gesamten Menschheit in Frage.

Die Reformisten stärken dadurch, dass sie zu der ghetto-ähnlichen Absonderung und Isolation der Immigranten in den europäischen Gesellschaften beitragen, die Macht der reaktionären muslimischen Geistlichen, die jetzt die Protestwelle in Europa und dem Nahen Osten anführen unter Bannern mit Losungen wie „Tötet diejenigen, die den Islam beleidigen“, „Köpft die, die den Islam beleidigen“, und „Europa, du wirst bezahlen. Dein 11. September steht bevor!“ Doch trotz all dieser furchterregenden Parolen sind es die Imperialisten, die militärisch dominieren und jeden Tag Demonstranten in Afghanistan niederschließen.

Ermutigt durch den Sieg der Hamas bei den palästinensischen Wahlen, durch das gute Abschneiden der Moslembruderschaft bei den jüngsten Wahlen in Ägypten und durch den gerechtfertigten Widerstand des klerikalen iranischen Regimes gegen imperialistische Versuche, ihm die Fähigkeit zum Bau von Atomwaffen streitig zu machen, suchen die Fundamentalisten ihre politische Macht auszubauen. Trotz der antisemitischen Karikaturen, die in vielen arabischen Zeitungen regelmäßig erscheinen, und der Kampagne der Presse im Iran zur Anfertigung von Holocaust-Karikaturen sind es der halbtheokratische israelische Staat, der täglich Palästinenser ermordet, und die Imperialisten, die damit drohen und dazu imstande sind, die Palästinenser auszuhungern, wenn die Hamas Israels Bedingungen nicht erfüllt.

Im Grunde richten die Fundamentalisten, ungeachtet ihrer Rhetorik, ihre Forderungen an die größeren und kleineren „Teufel“. In dem Kommuniqué, das von der Versammlung 57 muslimischer Nationen im Dezember in Mekka herausgegeben wurde, das die gegenwärtige Protestwelle in Gang setzte, werden die Imperialisten ersucht, damit aufzuhören, die „Redefreiheit als Vorwand für die Herabwürdigung von Religionen zu missbrauchen“ (*New York Times*, 9. Februar).

Diesem kaum verhüllten Aufruf zur Einführung von Blasphemieverboten muss das internationale Proletariat entgegenreten. Religiöse „Pietätlosigkeiten“ sollten die Arbeiterklasse nicht tangieren. In Britannien schützen bestehende Anti-Blasphemie-Gesetze nur den christlichen Glauben. Zurzeit ist eine – vor allem bei Muslimen in Britannien – recht populäre Gesetzesvorlage in Arbeit, die Äußerungen religiösen Hasses unter Strafe stellen soll. Solche Gesetze sind gefährlich und würden vom Staat vor allem dazu benutzt werden, die Gegner religiöser Reaktion unter Anklage zu stellen und zu unterdrücken.

Die „politisch korrekte“ Logik, Anti-Blasphemie-Gesetze zu unterstützen, wurde durch jene Liberalen zum Ausdruck gebracht, die 2004 den Mord an dem rechtsgerichteten holländischen Filmemacher Theo van Gogh durch einen muslimischen Fanatiker wegen seines Films über die elende Lage der Frauen in islamischen Ländern rechtfertigten. Der Film entstand in Zusammenarbeit mit Ayaan Hirsi Ali, die aus Somalia geflüchtet ist, um sich von den Zwängen des islamischen Fundamentalismus zu befreien, und die zahlreiche Todesdrohungen erhalten hat. Als Kehrseite davon erwarten linke Immigranten und Immigrantinnen, entsetzt über den Aufstieg der islamischen Reaktion und ohne eine andere Perspektive, immer stärker Antworten von den „demokratischen“ Imperialisten und ihren Staaten – wofür Ayaan Hirsi Ali, eine holländische Parlamentsabgeordnete, die westliches Eingreifen gegen islamische Reaktion fordert, selbst ein Beispiel ist.

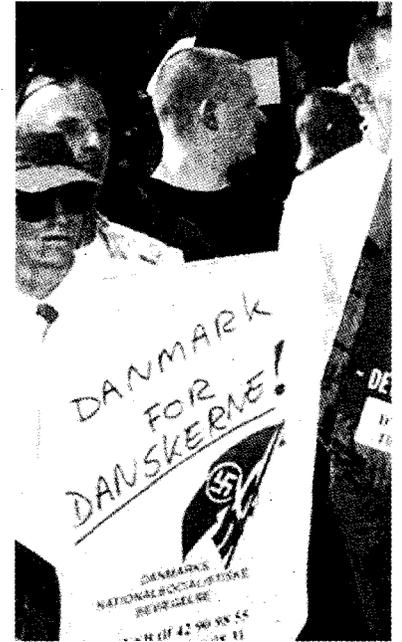
Hinter den westlichen Ansprüchen auf „Demokratie“ und „Zivilisation“ steckte immer schon eine gehörige Portion Heuchelei. Als Martin Scorseses Film *Die letzte Versuchung Christi* 1988 in die Kinos kam, rief das ein wütendes Aufheulen der christlichen Rechten hervor, und Blockbuster Video weigerte sich, den Film zu verbreiten. Als der

Film nach Frankreich kam, liefen religiöse Fanatiker Amok und setzten ein Kino, in dem der Film lief, in Brand. Und als das Brooklyn Museum of Art 1999 eine Ausstellung des schwarzen Künstlers Chris Ofili zeigte, eines Katholiken mit nigerianischem Hintergrund, darunter eine Collage namens „Die Heilige Jungfrau Maria“, die trockenen Elefantenkot enthielt (wie er in einigen Formen traditioneller afrikanischer Kunst Verwendung findet), drohte der damalige Bürgermeister von New York, Rudolph Giuliani, Millionen Dollar aus der Finanzierung des Museums zu streichen und ihm die Räume zu kündigen.

Und erst jüngst hatte der wiedergeborene Christ George W. Bush keine Skrupel, islamische Hilfsorganisationen in den Vereinigten Staaten zu schließen, mit der unfehlbaren rassistischen und imperialistischen Logik, dass die Opfer im Irak und in Palästina Gegner des „heiligen Amerikas“ seien. Auch hatte er keine Skrupel, solche Demütigungen und Folterungen zu genehmigen, wie sie in Abu Ghraib und Guantánamo (wo US-Wärter auf den Koran urinieren) begangen wurden (und zweifellos noch begangen werden). Die rechtsgerichteten amerikanischen politischen Kräfte, die wegen der Karikaturenreihe im Namen der „Pressefreiheit“ aufheulten, sind genau die gleichen Kräfte, die die Bürgerrechte in den Vereinigten Staaten einschränken wollen, um den „Krieg gegen den Terror“ voranzutreiben, und die für den Unterricht der religiösen Vorstellung des „intelligent design“ an öffentlichen Schulen eintreten, im Gegensatz zur Evolution.

Obleich den islamischen Fundamentalisten eine den Imperialisten gleichwertige militärische, politische und wirtschaftliche Macht fehlt, sind sie Bigotterie und Gewalt nicht weniger zugeneigt. Man betrachte nur den Fall von Salman Rushdie, dessen Ermordung durch eine vom iranischen kle-

Fortgesetzt auf Seite 6



Jacob Holdt

Dänischer Nazi-Aufmarsch, 2002. Hetze gegen Muslime gibt Nazis Auftrieb

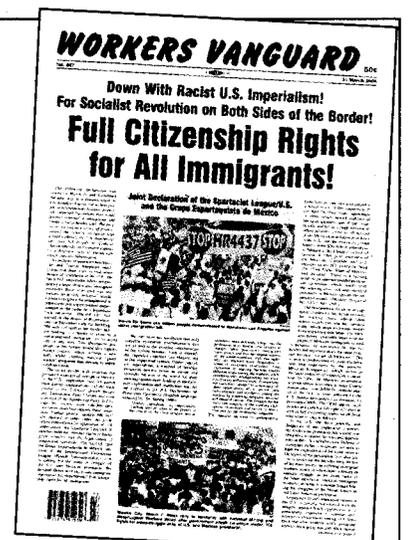
Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

21 Ausgaben € 25,-
11 Ausgaben € 12,50

via Luftpost inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Zu beziehen über die
Verlagsanschrift
(siehe Seite 2)



Rassistische Karikaturen...

Fortsetzung von Seite 5

rikalistischen Regime bekräftigte *Fatwa* gefordert wurde, weil er 1988 die etwas pietätlosen und überaus amüsanten *Satanischen Verse* geschrieben hatte. Die gegenwärtigen reaktionären Mobilisierungen im Nahen Osten waren häufig gegen lokale christliche Bevölkerungen und Gotteshäuser gerichtet. Und im Irak ist es die kommunalistische Gewalt vor allem zwischen sunnitischen und schiitischen muslimischen Kräften – nicht die von der imperialistischen Besatzung erzwungene, illusorische Demokratie –, die entscheiden wird, welche Sekte herrscht. In Algerien, dem Iran, Jordanien und dem Jemen trotzten verschiedene Herausgeber dem Status quo und druckten die Karikaturen ab, ein „Verbrechen“, für das sie jetzt mit Strafverfolgung wegen „Herabwürdigung“ des Islam rechnen müssen. Eine unabhängige politische Position des nahöstlichen Proletariats wäre, ihre sofortige Freilassung zu fordern.

Als Marxisten sind wir militante Atheisten. Gleichzeitig verteidigen wir das Recht aller, ihren Glauben nach Belieben auszuüben. Doch wir verteidigen keine Praktiken, die über das Leben, die Unversehrtheit und die Freiheiten, die alle haben sollten, Vorschriften machen. Wir treten ein für die vollständige Trennung von Kirche und Staat.

Ogleich der islamische Fundamentalismus in der ganzen muslimischen Welt im Aufstieg begriffen ist, sind dies verschiedenartige, in Klassen gespaltene und heterogene Gesellschaften, in denen die gerechtfertigte Antwort auf imperialistische Beherrschung nicht immer der religiösen Reaktion untergeordnet ist. In einem kürzlichen Artikel der ägyptischen Zeitung *Al-Ahram Weekly* (2. Februar) beschreibt Ramzy Baroud, ein palästinensisch-amerikanischer Journalist, bitter das Dilemma derer, die von den gegenwärtigen Demonstrationen nicht voll und ganz angetan sind. „Wenn Araber so effizient sein können, solch populäre (und wirksame) Kampagnen zu organisieren, die sich wirtschaftlicher, politischer und diplomatischer Hebel bedienen, um Konzessionen zu erzwingen, weshalb dann ihr vollkommenes Versagen bei der Durchführung von Kampagnen gegen den Krieg der USA im Irak, deren bedingungslose Unterstützung Israels, deren herablassende Außenpolitik und deren Farce von der großartigen Demokratie, die sie jedem aufzwingen möchten?“

Gute Frage. Die fundamentalistischen Mobilisierungen über die Karikaturen drücken zweifellos aufgestaute Wut über die US-Besetzung des Irak aus, über das Herumtrampeln auf den Palästinensern und über den unheiligen Kreuzzug der Imperialisten gegen die Muslime, der sich im „Krieg gegen den Terror“ manifestiert. Gleichzeitig sind diese auf religiösem Fanatismus basierenden Mobilisierungen eine Ablenkung von dem, was zum Kampf gegen diese sehr realen Grausamkeiten notwendig ist.

Was ist mit den bedeutenden Problemen, verzehnfacht durch imperialistische Unterdrückung, denen die zahlreichen Völker und Gesellschaften, die die muslimische Welt ausmachen, gegenüberstehen? Die nächstliegende Antwort ist, dass der Sturz des bürokratisch degenerierten sowjetischen Arbeiterstaates 1991/92 die einzige Stütze für eine eher unabhängige bürgerlich-nationalistische Position im Nahen Osten beseitigt hat. Heute stehen die Mächtigen der Regime der Region in einer unterwürfigen Beziehung zu den imperialistischen Mächten, ein Faktor, der den reaktionären islamischen Fundamentalismus weiter nährt.

Wie in Trotzki's Theorie der permanenten Revolution betont wird, sind die Bindungen der nationalen Bourgeoisien in den rückständigen

Ländern an die imperialistische Ordnung tausendmal stärker als ihre Verpflichtung gegenüber der Sache der nationalen Befreiung. Die stalinisierten Kommunistischen Parteien des Nahen Ostens verrieten ihre Massenbasis unter den Arbeitern, Frauen und Minderheiten und machten aus dem Kampf für sozialistische Revolution eine Farce, indem sie den „progressiven“ Nationalisten der Region hinterherliefen, so wie bei der irakischen Revolution von 1958. Deshalb tragen sie eine Mitverantwortung für das Anwachsen des islamischen Fundamentalismus.

Man sollte daran erinnern, dass der dynamische Merkantilismus der muslimischen Reiche, die ihren Aufstieg im späten siebten Jahrhundert begannen, der Transmissionsriemen für Kultur und Wissen in der Region war, zu einer Zeit, als die Führer der hauptsächlich germanischen Stämme, die im fünften Jahrhundert das im Niedergang begriffene Römische Reich gestürzt hatten, erst dabei waren, die Fähigkeiten des Schreibens, wenn nicht sogar der Hygiene, zu entwickeln. In vielen Teilen ihrer Reiche, insbesondere im andalusischen Spanien, waren die Muslime bekannt für eine gewisse Toleranz gegenüber anderen Religionen, wie sie schwerlich im barbarischen Europa anzutreffen war. Doch es war vor allem Europa, das die Kräfte hervorbrachte, die zur Bildung der Klassenbasis der modernen Gesellschaft führten: die verschiedenen nationalen Bourgeoisien und das internationale Proletariat.

Die anfänglichen Versprechungen der europäischen bürgerlich-demokratischen Revolutionen auf Befreiung wurden von denjenigen Nationen, in denen der Kapitalismus dominierte, bald einem Weltherrschaftsstreben bei der Jagd nach Profiten untergeordnet. Die imperialistischen Herrscher von heute repräsentieren nicht Aufklärung, Rationalismus oder Säkularismus. Um ihre Herrschaft zu befestigen, haben die Imperialisten von jeher die Kräfte des religiösen Fundamentalismus gegen den „gottlosen“ Kommunismus und zuweilen sogar gegen säkularen Nationalismus unterstützt. Seit Ende der 70er-Jahre bewaffnete und finanzierte der US-Imperialismus die fundamentalistischen Mörderbanden, die gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan kämpften, eine Intervention, die die Möglichkeit eröffnete, die Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker auszuweiten. Der kriminelle Rückzug der Truppen durch den Sowjetführer Gorbatschow 1989 öffnete dem Triumph der kapitalistischen Konterrevolution in der UdSSR selbst Tür und Tor und trug in hohem Maße zum Anwachsen der islamischen Reaktion bei.

Proletarische Macht bleibt der einzige Weg vorwärts im Nahen Osten. Es ist notwendig, marxistische Arbeiterparteien in der Region zu schmieden, um die Arbeiterklasse im Kampf für den Sturz der Herrschaft der Imperialisten und ihrer Lakaaien zu mobilisieren und die Befreiung dieser Region von imperialistischer Herrschaft und fundamentalistischer Reaktion zu eröffnen – eine Befreiung, die erst durch die sozialistische Weltrevolution ihre Vollendung finden wird.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 864, 17. Februar

Seminarreihe der Spartakist-Jugend Berlin

- | | |
|-----------|--|
| 12. Mai: | Marxismus kontra Reformismus:
Der bürgerliche Staat muss zerschlagen werden! |
| 23. Juni: | 1933: Proletarischer Kampf gegen Faschismus und der Verrat der Führungen von KPD und SPD |
| 14. Juli: | Sozialismus und Krieg: Kampf gegen imperialistischen Krieg bedeutet Kampf gegen das kapitalistische System |

Freitags, 18 Uhr im Mehringhof, Blauer Salon,
Gneisenaustraße 2a, U-Bhf. Mehringdamm

SAV/WASG
Berlin:

Keine Klassenopposition zum SPD/PDS-Senat

Dieses Flugblatt vom 14. April wurde auf den Sozialismustagen der SAV verteilt. Auch dieses Jahr verbot die SAV unseren Büchertisch und den Verkauf unserer Zeitung. Unser Artikel gegen diese antikomunistische Zensur im Spartakist Nr. 158, Frühjahr 2005: „SAV: Kein Sex, kein Spaß, kein Spartakist“, bleibt aktuell.

Bei seiner Konferenz im März hat der Berliner Landesverband der WASG dafür gestimmt, eigene Kandidaten bei den bevorstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus gegen die PDS aufzustellen. Die PDS ist wütend darüber, ihren linken Deckmantel zu verlieren, der ihr letztes Jahr half, die gewerkschaftsfeindlichen Angriffe ihres SPD/PDS-Senats abzudecken. Die nationale WASG-Führung ist entschlossen, die lästigen Linken loszuwerden, die ihre Fusion mit der PDS stören. Als die Sichtbarsten und Effektivsten der linken Reformisten, die die WASG aufbauen, bekommt die pseudotrotzkistische Sozialistische Alternative (SAV) Druck von rechts. Oskar Lafontaine und die nationale WASG-Führung haben unter eifriger Beteiligung der Pseudotrotzkisten von Linksruck Überstunden geschoben, um den störrischen Berliner Landesverband auszmanövrieren, und haben gedroht, dessen Kandidatur zu verhindern.

Die WASG-Linke in Berlin kandidiert unabhängig, um ihre eigene politische Haut zu retten. Ihre gemeinsame Kandidatur mit der PDS bei der Bundestagswahl 2005 war nicht sehr populär bei der Berliner Gewerkschaftsbasis der WASG-Bürokraten. PDS und WASG haben dasselbe reformistische Programm, die Arbeiter an den kapitalistischen Staat zu binden, und sowohl die nationale WASG-Führung als auch ihre widerspenstigen Berliner Opponenten stimmen überein, dass es in Ordnung ist, in Regierungen einzutreten, „wenn es zu einem Politikwechsel in Richtung der WASG-Grundsätze führt“. Und das heißt: „Im Prinzip, ja“.

Als unversöhnliche Gegner der kapitalistischen Herrschaft treten wir Trotzisten aus Prinzip nicht in kapitalistische Regierungen ein, die der Verwalter des kapitalistischen Staates sind. Dieser Staat ist nicht und kann nicht neutral sein, er kann nicht dazu „benutzt“ werden, den Interessen der Unterdrückten zu dienen. Er selbst ist das Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie und ihre Satelliten wie die SAV begraben diese einfache Wahrheit und verbreiten in der Arbeiterklasse die tödliche Illusion, dass der kapitalistische Staat benutzt werden kann, um ihren Interessen zu dienen. Die Arbeiterklasse muss von dieser Illusion gebrochen werden. Eine Avantgardepartei im Sinne von Lenin und Trotzki ist notwendig, um dieses Bewusstsein in die Arbeiterklasse zu tragen. Die SPD sowie Linkspartei.PDS/WASG sind bürgerliche Arbeiterparteien, d. h. sie haben ein bürgerliches Programm, aber



Berlin, 1. Mai 2004: Bullen wüten gegen Linke. SPD/PDS-Senat verwaltet kapitalistischen Staatsterror

eine Arbeiterbasis. Es ist notwendig, die Arbeiterbasis dieser sozialdemokratischen Parteien von ihrer prokapitalistischen Führung zu brechen und für ein revolutionäres Programm zu gewinnen. Man muss diese Parteien entlang der Klassenlinie spalten. Für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei! Nur Arbeiterrevolution kann den Weg zum Sozialismus weisen!

SAV – antisowjetische Hüter des „Sozialstaats“

Das politische Programm der SAV ist die Verteidigung des so genannten „Sozialstaats“. Um nach dem Zweiten Weltkrieg die Gefahr einer Arbeiterrevolution abzuwenden, bauten die Alliierten in Deutschland die SPD wieder auf, und in ganz Europa machten die Bourgeoisien den Arbeitern eine ganze Reihe von sozialen Zugeständnissen. Damit wollten sie verhindern, dass die Arbeiter auf DDR und Sowjetunion schauen. Die Sowjetunion war ein degenerierter Arbeiterstaat, wo die Herrschaft der Kapitalistenklasse durch die Oktoberrevolution 1917 gestürzt und eine geplante Wirtschaft errichtet worden war. Obwohl eine bürokratische Kaste unter Stalin 1923/24 die Macht in einer politischen Konterrevolution an sich gerissen hatte, blieb die soziale Grundlage der Sowjetunion, die kollektivierten Eigentumsformen, erhalten und stellte eine Alternative zum kapitalistischen Ausbeutersystem dar. Seit 1917 hat die Sozialdemokratie die Sowjetunion mit allen Mitteln bekämpft. Der „Sozialstaat“ war das Futter, damit die Sozialdemokratie als Bollwerk des Antikomunismus innerhalb der Arbeiterbewegung effektiv funktionierte und die Arbeiter davon abhielt, „rot“ zu werden. Seit der Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 fürchten die Bourgeoisien (fälschlicherweise) keine Arbeiterrevolution mehr und sehen daher auch keine Notwendigkeit mehr für einen „Sozialstaat“. So führen sie einen Angriff nach dem anderen, um alle sozialen Errungenschaften der Arbeiter zu zerstören. Die SAV steht auf dem reformistischen Programm, den kapitalistischen Staat im Interesse der Arbeiter zu verwalten. Aufgrund dieses reformistischen Programms haben sie nie die Arbeiterstaaten verteidigt – im Gegensatz zu uns Trotzisten, die die Sowjetunion bedingungslos militärisch gegen Imperialismus und innere Konterrevolution verteidigt haben.

Im Kalten Krieg stand die SAV auf Seiten der Imperialisten und verteidigte bürgerliche Demokratie und „Sozialstaat“ gegen Sowjetunion und DDR. Wie wir in unserem Extrablatt „Für Klassenkampf gegen Berliner SPD/PDS-Senat!“ (18. Februar 2002) ausführten:

„Die SAV, die heute verlogen behauptet, gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung gewesen zu sein, rief dann

Fortgesetzt auf Seite 8

SAV/WASG...

Fortsetzung von Seite 7

zur Volkskammerwahl 1990 auf: „Es gilt mit der Stimmabgabe am 18. März eindeutig zu sagen: Ich bin gegen die PDS, sie muß ein für allemal weg!“ Das nicht etwa, weil die PDS für Kapitalismus war, sondern weil die stalinistische Bürokratie für die SAV der Hauptfeind war und die SAV die konterrevolutionäre SPD-Führung als ihren Verbündeten sah. Die Frage für die SAV war: „Macht die Volkskammerwahl zu einer Volksabstimmung gegen die herrschende Bürokratie?“

Mit ihrem Appell an die SPD, „in die Offensive“ gegen den deformierten Arbeiterstaat DDR zu treten, stand die SAV zusammen mit Willy Brandt, rechts von Lafontaine, der einer sofortigen kapitalistischen Wiedervereinigung misstraute.

Wir Trotzlisten haben mit allen Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft. Wir verteidigten die DDR bedingungslos militärisch gegen innere und äußere Konterrevolution, gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung. Wir kämpften für eine politische Revolution in der DDR und für eine soziale Revolution zur Enteignung der Bourgeoisie in Westdeutschland – für eine revolutionäre Wiedervereinigung. Die SAV reagiert selbst 15 Jahre nach der Konterrevolution allergisch auf den deformierten Arbeiterstaat. Während die SAV die SPD-Anpassung der PDS zu Recht als Grund für deren Popularitätsverfall anführt, bricht ihr eigener sozialdemokratischer Antikommunismus aus ihnen heraus: „Neben dem Stallgeruch des Stalinismus, den sie nicht los wird, weil sie keinen ausreichenden Bruch mit der DDR vollzogen hat, war ihre Anpassung an die Politik der SPD dafür der Grund“ (*Solidarität*, April). Die PDS hat entscheidend mit der DDR gebrochen, und zwar Ende Januar 1990, als Modrow bei der Rückkehr von seinem Besuch beim damaligen sowjetischen Präsidenten Gorbatschow erklärte: „Deutschland, einig Vaterland!“ Sie schloss sich damit der SAV/SPD-Linie von damals an, aus Furcht vor der Gefahr einer proletarisch-politischen Revolution, die Gestalt angenommen hatte mit dem von uns initiierten proletarischen Einheitsfrontprotest am 3. Januar 1990, der sich gegen die Nazi-Schändung des Treptower Ehrenmals richtete und zu dem 250 000 Menschen kamen. (Siehe *Spartakist-*

Extrablatt vom 4. April 2000, „Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90“.)

Die SAV will die Sozialdemokratie zum Kämpfen bringen

Die SAV sagt, dass die WASG in Berlin unabhängig bei Wahlen antreten muss, weil der SPD/PDS-Senat für seine Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung so verhasst ist. Im letzten Oktober schrieb SAV-Sprecherin Lucy Redler: „Mit dem Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband während der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst vor drei Jahren nahm der Senat auf Bundesebene sogar eine Vorreiterrolle ein. Ausgeklammert wurden damals die kampfstarken Bereiche BSR (Müllversorgung) und BVG (Verkehrsbetriebe). Die BVG knöpfte sich der Senat in diesem Sommer vor und zwang den Beschäftigten einen Spartentarif auf, der Lohneinbußen von 10–25 Prozent beinhaltet“ (*Solidarität*, Oktober 2005).

Alles wahr. Aber die SAV hat mit ihrer Wahlunterstützung geholfen, die PDS in den Berliner Senat zu hieven! Nicht etwa, dass sie dabei Illusionen gehabt hätte, die PDS würde etwas anderes machen als die Drecksarbeit für die Bourgeoisie. Im September 2001 schrieb die SAV: „Auch die PDS erklärt sich, trotz ihres sozialistischen Anspruchs, bereits vor den Wahlen bereit, die Forderung der Konzernherren und Bankiers nach einer Verschärfung des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben konsequent umzusetzen – wenn sie nur mitregieren darf im neuen Senat“ („Was wählen in Berlin?“, undatiert). Und dann rief sie dazu auf ... dafür zu stimmen: „Die PDS kann aufgrund ihrer Verankerung im Osten noch am ehesten durch ArbeiterInnen und Jugendliche unter Druck gesetzt werden. Deshalb empfehlen wir bei der Zweitstimme die Wahl der PDS.“ Die SAV-Strategie, die PDS zum Kämpfen zu bringen, führte in Wirklichkeit zu einer Demobilisierung von Klassenkampf. Tatsächlich war die PDS gerade wegen ihrer Verbindung zur Arbeiterklasse nützlich für die Kapitalisten, um Widerstand seitens der Gewerkschaften gegen den Sozialkassenschlag zur Mästung der Bankgesellschaftsprofiteure und zur „Sanierung“ des Haushalts zu verhindern.

Die SAV hielt dem Berliner SPD/PDS-Senat, solange sie konnte, die Stange. Lucy Redler verschweigt, dass im Frühjahr 2005, gerade als der Senat sich die BVG-Arbeiter „vorknöpfte“, WASG und PDS dabei waren, über eine gemeinsame Kandidatur bei den Bundestagswahlen zu verhandeln. Die SAV unterstützte dies voll und ganz. Direkt nach dem Ausverkauf der kampfbereiten BVGLer wurde ein Verhandlungsführer von ver.di, der die 10–25 Prozent Lohnkürzungen mit besiegelt hatte, zu einem WASG-Forum in Weißensee als Gastredner eingeladen. Die versammelten WASGLer – bei starker Präsenz von SAV und Linksruck – hatten kein Wort der Kritik am SPD/PDS-Senat oder am Ausverkauf. Es waren unsere Genossen, die eine Seite mit den BVGLern bezogen und diesen Verrat anprangerten.

Regierungsbeteiligung? SAV sagt „Im Prinzip, ja!“

In der Debatte in der WASG darüber, wann man an einer bürgerlichen Regierung teilnehmen kann, nimmt die SAV eine linke Pose ein. So lobt sie Lafontaines Kritik am SPD/PDS-Senat, bemängelt aber Folgendes: „Gleichzeitig rechtfertigt er aber die Senatspolitik, weil eine andere Regierungskoalition mehr privatisiert und mehr soziale Leistungen gekürzt hätte. Die WASG Berlin hält dem entgegen: Das kleinere Übel ist vor allem ein Übel!“ (*Solidarität*, April). Die SAV will dagegen keine Beteiligung an Sozial- und Lohnkürzungen; sagt prinzipiell aber „Ja“: „Wir unterstützen damit die Position des WASG-Grundsatz-

Fortgesetzt auf Seite 21

Gegen Sozialkürzungen, Privatisierung und Arbeitsplatzabbau!
Nein zum Krieg!

Was wählen in Berlin?

Sozialabbau, Privatisierung, Stellenvernichtung im Öffentlichen Dienst, Korruption und Vetternwirtschaft, das sind die Stichworte für eine Bilanz der mehr als zehnjährigen Großen Koalition. Es ist zu begrüßen, dass Berlin nicht mehr von diesem unsocialen Senat regiert wird.

Andere Koalition – andere Politik

Aber würde eine rot-grüne Koalition auch die Politik in Berlin ändern? Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

... hinausgehenden Bezüge abzuziehen. Die SPD brüsst sich mit dem zum Beispiel, dass sie die öffentlichen Dienstleistungen nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Berliner Banken und Kon-

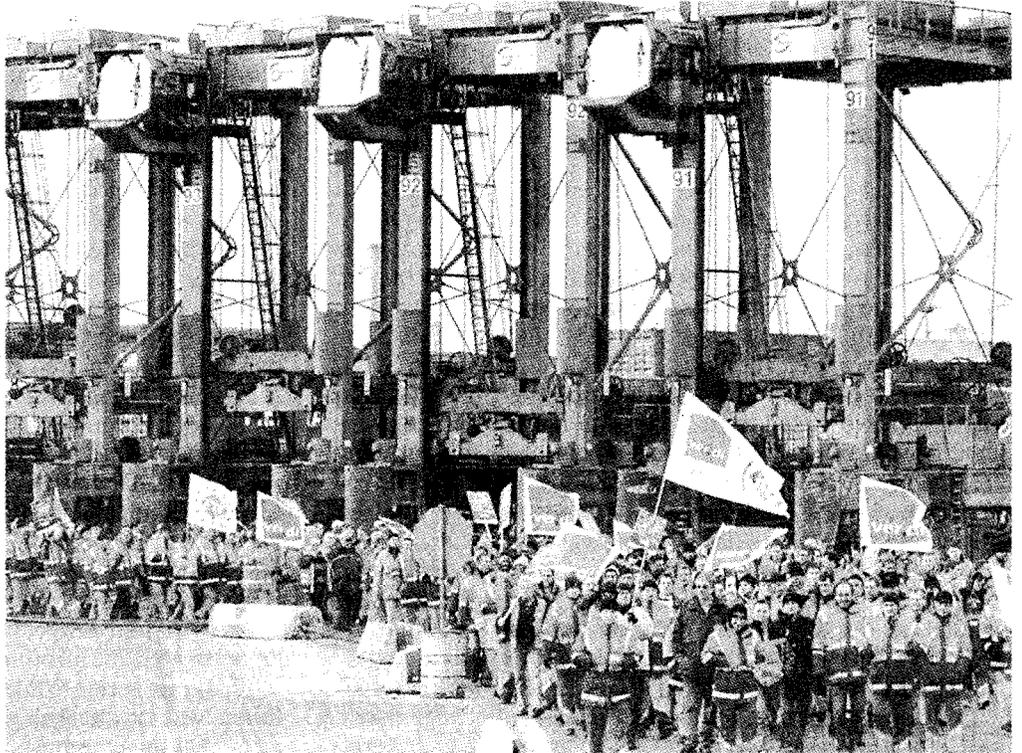
Berliner Wahl 2001: SAV stimmte für PDS, die im Voraus Sozialabbau ankündigte

Europäische Hafenarbeiter besiegen Port Package 2

Am 11. Januar standen die Kräne im Hamburger Hafen still und auf den Kaianlagen bewegte sich nichts, es war der erste solide Streik seit 1978. Die 24-stündige „Informationsveranstaltung“, bei der auch 4000 Hafenarbeiter durch die Innenstadt demonstrierten, war Teil einer Reihe von europaweiten Streiks und Protesten gegen das Port Package 2 und die Angriffe auf die Löhne und Arbeitsbedingungen, die damit zusammenhängen. Die Hafenstreiks (außer in Hamburg und anderen deutschen Häfen gab es Streiks in Griechenland, Spanien, Frankreich und Belgien) gaben einen Geschmack von der riesigen sozialen Macht der Hafenarbeiter, die Profite der Bosse zu stoppen, und sind ein Beispiel für die Art von internationalem Klassenkampf, der notwendig ist, um die breiten Angriffe der europäischen Bourgeoisien auf die Werktätigen zurückzuschlagen.

Angeichts des entschlossenen Widerstands der Hafenarbeiter und der Differenzen unter den Kapitalisten über die Zweckmäßigkeit votierte das EU-Parlament am 18. Januar mit großer Mehrheit gegen das Port Package 2. Dieser Sieg für die Hafenarbeiter wird aber nicht das Ende der Angriffe der Bosse auf diese Bastion der Gewerkschaftsmacht sein. Die wirkliche Macht, Deregulierungsmaßnahmen wie die Bolkestein-Richtlinie und die gewerkschaftsfeindliche Offensive der kapitalistischen Regierungen Europas zu stoppen, liegt in der Fähigkeit der Arbeiterklasse, die Produktion durch Streikaktion lahm zu legen, mit hartem Klassenkampf gegen die Bourgeoisie. Die Politik der Klassenzusammenarbeit von den Gewerkschaftsführern, ausgedrückt in ihrer Losung für die Anti-Bolkestein-Demos „Europa JA! Sozialdumping NEIN!“, ist ein Hindernis dafür.

Nur zwei Tage vor der Abstimmung über das Port Package im EU-Parlament überfielen die Bullen eine Demonstration von 6000 Hafenarbeitern, die aus ganz Europa nach Straßburg gekommen waren, um zu protestieren. Die Polizei trennte einen Teil der Demo ab, schlug Demonstranten mit Gummiknüppeln und setzte Wasserwerfer ein. Die Hafenarbeiter kämpften dagegen an und verteidigten sich gegen den Bullenangriff. Dreizehn Arbeiter wurden verhaftet und empörenderweise wegen Sachbeschädigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt angeklagt. Das soll eine Drohung gegen alle Gewerkschafter sein, um sie einzuschüchtern und davon abzuhalten, für ihre Interessen einzutreten. In Schnellverfahren, die an die Polizeistaatsjustiz erinnern, die gegen die arabischstämmigen Jugendlichen in Frankreich eingesetzt wurde nach der Revolte der Vorstädte im November, wurden neun Hafenarbeiter zu Haftstra-



Hamburger Hafen, 11. Januar: 4000 Arbeiter im Ausstand. Streik war Teil europaweiter Kämpfe, die Port Package stoppten

dpa

fen zwischen zwei und vier Monaten verurteilt.

Die Bürokraten der Ver.di-Führung sind vor der chauvinistischen Gewalthetze gegen die Arbeiter, die in Straßburg angegriffen wurden, eingeknickt und haben sich öffentlich von ihnen distanziert. So berichtete das *Hamburger Abendblatt* am 17. Januar: „Die Aktionen haben scharfe Kritik der Gewerkschaften ausgelöst“, sagte der Betriebsratsvorsitzende der Hamburger Gesamthafenarbeiter, Bernt Kamin-Seggewies, der mit 280 Teilnehmern aus Hamburg, Bremen und anderen deutschen Häfen nach Straßburg gereist war. Deutsche seien an den Ausschreitungen nicht beteiligt gewesen, so Kamin-Seggewies.“ Dieser erbärmliche Bruch grundlegender Gewerkschaftssolidarität hat zu Recht klassenbewusste Arbeiter im Hamburger Hafen wütend gemacht. Das unterminiert die internationale Einheit der Hafenarbeiter, die lebenswichtig ist, um ihre Interessen gegen die Bosse zu verteidigen. *Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!* Die belgischen Hafenarbeiter haben spontan einen Solidaritätsfonds gegründet und über 36 000 Euro für ihre Kollegen gesammelt. Gewerkschaftsvertreter der Esso-Raffinerie Antwerpen, der BBTk Centea Spaarbank, von Alcatel Bell und anderen Betrieben haben mit Erklärungen ihre Solidarität bekundet. Inzwischen wurden alle Inhaftierten, unter denen sich auch Familienväter befanden, zum Teil vorzeitig wieder freigelassen.

Auf der nächsten Seite drucken wir das *Spartakist*-Extrablatt vom 9. Januar gegen Port Package 2 und Bolkestein-Richtlinien ab. Dieses Flugblatt, das bei den Aktionen am 11. Januar in Hamburg und am 14. Februar bei den Anti-Bolkestein-Demos in Straßburg und Berlin verteilt wurde, fand reißenden Absatz. ■

Für Klassenkampf gegen Reeder und Hafenbosse! Nieder mit Port Package 2 und Bolkestein!

Nachfolgend drucken wir das Spartakist-Extrablatt vom 9. Januar 2006 ab.

Die Europäische Transport-Arbeiterföderation (ETF) hat für den 11. und 16. Januar alle Hafentarbeiter und Seeleute zu europaweiten Protesttagen gegen das Port Package 2 aufgerufen. Am 16. Januar soll eine Hafentarbeiterdemonstration in Straßburg stattfinden, wo das EU-Parlament am 18. Januar über das Port Package 2 entscheiden wird. Das Port Package 2 erlaubt Selbstabfertigung durch Seeleute oder eigene Arbeiter der Reeder, für die keine Hafentarifbedingungen gelten, und bei einem Betreiberwechsel von Containerterminals gibt es keine Verpflichtung zur Übernahme der Belegschaften mit ihren Tarifverträgen. Port Package 2 kann und muss zurückgeschlagen werden, Schlüssel dafür ist internationaler Klassenkampf, und zwar unabhängig von den Interessen der Bosse und ihrem Staat. Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter wie Fred Timm (Betriebsratsvorsitzender der HHLA) betonen immer wieder: „Die Aktionen richten sich nicht gegen die Firmen“ (*Hamburger Abendblatt*, 7./8. Januar). Aber damit offenbaren sie ihre Politik der Klassenzusammenarbeit. Stattdessen ist Klassenkampf gegen die Bosse nötig, der darauf zielt, die Einheit der Arbeiterklasse aufzubauen. Legt die Häfen am 11. und 16. Januar komplett still! Streikposten müssen sicherstellen, dass sich kein Container und keine Ladung bewegt, kein Rad sich dreht.

Der Kampf gegen das Port Package muss aber einhergehen mit dem Kampf gegen weitere „Deregulierungen“ wie die Bolkestein-Richtlinie. Sie schlägt in die gleiche Kerbe wie das Port Package, allerdings in viel größerem Ausmaß. Auf die gesamte Dienstleistungsindustrie soll ein so genanntes Herkunftslandprinzip angewendet werden, das heißt, dass sich überall die jeweils niedrigsten Löhne durchsetzen sollen. Wenn das Port Package 2 abgewendet wird, werden Unternehmer und Politiker versuchen, über die Bolkestein-Richtlinie hintenrum auch im Hafen die Löhne zu drücken. Für alle Werktätigen in Hamburg und Europa, ob mit oder ohne Arbeit, hängt vom Ausgang dieses Kampfes einiges ab.

Mit Port Package und Bolkestein sollen Arbeiter gegeneinander ausgespielt werden, und das in ganz Europa. In vielen Ländern Westeuropas werden osteuropäische Arbeiter eingesetzt, um Tariflöhne zu unterminieren und das Lohnniveau nach unten zu treiben. In Hamburg müssen neu eingestellte jüngere Hafentarbeiter für niedrigere Löhne arbeiten. Teilweise wird jetzt schon versucht, Seeleute einzusetzen, um die Lohntarife zu brechen. Auch innerhalb der einzelnen Länder wird versucht, Arbeiter gegeneinander auszuspielen wie in Frankreich, wo die Hafentarbeiter an der Atlantikküste und dem Mittelmeer unterschiedliche Arbeitsbedingungen haben und kaum im gemeinsamen Kampf mobilisiert werden. Osteuropäische Arbeiter werden als Billiglöhner benutzt, um Tariflöhne bereits existierender Belegschaften zu drücken. Die billigsten Arbeitskräfte, die zu haben sind, werden durch ganz Europa gekarrt. Diese Angriffe, wie auch die Abwicklung des „Sozialstaats“, wer-

den europaweit sowohl von „linken“ sozialdemokratischen Regierungen, als auch von konservativen durchgeführt.

Während die Bolkestein-Richtlinie tatsächlich von den europäischen Regierungen initiiert wurde, geben sie sich zum Teil, als wären sie dagegen. Chirac, weil er das EU-Referendum in Frankreich gewinnen wollte. Schröder, weil er seinerzeit die Wahlen in NRW nicht verlieren wollte. In Deutschland wurden die jetzigen Angriffe auf die Arbeiter von der SPD/Grünen-Regierung initiiert und vorangetrieben und laufen unter der CDU/SPD-Koalition weiter. Um gegen die Bolkestein-Richtlinie zu bestehen, müssen sich die Hafentarbeiter mit den Arbeitern des gesamten Dienstleistungssektors verbünden. Alle Teile der Arbeiterklasse müssen sich zu einem gemeinsamen internationalistischen Kampf vereinen, der damit beginnt, die bereits existierenden Errungenschaften zu verteidigen.

Während Bosse und Politiker nicht müde werden, ihre Opposition zum Port Package 2 kundzutun, sollte jedem klar sein, dass sie aus anderen Gründen dagegen sind als die Arbeiter. Auch die Gewerkschaftsführung beschwört immer wieder die angeblichen gemeinsamen Interessen der Arbeiter mit den Bossen und deren Politikern. Aber jeder Streik und jeder Kampf ist letztendlich ein Kampf zwischen zwei Kräften: Arbeiter und Kapital, deren Interessen entgegengesetzt und unvereinbar sind. Die Reeder und Hafenbosse wollen die profitablen Containerterminals nicht von kapitalkräftigeren Konkurrenten gekauft sehen und die Politiker wollen die Anlagen im nationalen Interesse der extrem ex- und importabhängigen Bourgeoisie nicht an ausländische Investoren abgeben und so einen Teil der Kontrolle darüber verlieren. Beide sind aber daran interessiert, noch mehr Geld aus den Arbeitern herauszupressen, und versuchen deshalb die Löhne zu drücken. Ein Beispiel dafür ist der geplante Verkauf der staatlichen HHLA. Während sich ausländische Investoren dafür interessierten, wurde erstmal der Deutschen Bahn der Vorzug gegeben. An wen auch immer verkauft wird, wer die Rechnung dafür zahlen soll ist klar: die Beschäftigten. Daher wollten die HHLA-Arbeiter schon auf ihrer Betriebsversammlung im Dezember in sofortigen Streik treten. Dies wurde aber vom Betriebsrat erstmal zu einem Autokorso im Hafen und einer Demo zum Rathaus abgebügelt. *Nein zu Privatisierungen!*

Seeleute sind schon lange von „Deregulierung“ betroffen. In den 70er-Jahren wurden mit dem „Ausflaggen“ von Schiffen Niedrigstlöhne durchgesetzt. Statt dagegen zu kämpfen, richtete die ÖTV-Führung mit ihrer Kampagne „Rettet die deutsche Schifffahrt!“ einen nationalistischen Appell an die damalige von der SPD geführte Regierung. Die „deutsche Schifffahrt“ wurde in der Tat gerettet, aber nur für die Kapitalisten. Die Seeleute wurden entlassen und ihre Gewerkschaft damit praktisch zerstört. Heute sind Seeleute darauf angewiesen, dass Hafentarbeiter Tariflöhne für sie durchsetzen. Eine der erfolgreichen, aber viel zu seltenen Aktionen war der Kampf gegen die Hamburger Reederei Leonhardt & Blumberg im letzten Jahr, als Hafentarbeiter durch Boykott der *Cap Lobos* in Hamburg und der *NYK Prestige* in Australien, Japan und Südkorea den ITF-Mindestlohn von \$1 400 für die Seeleute durchsetzen konnten. Alle Schiffe müssen Häfen anlaufen und wenn sie durch solidarischen Klassenkampf in keinem Hafen entladen werden, können die Reeder in die Knie gezwungen werden.

Wenn die Gewerkschaftsführung Losungen aufstellt wie „Hafentarbeiter den Hafentarbeitern“, müssen wir darauf

**Besucht die Website
der IKL!**

www.icl-fi.org

hinweisen: Diese Losung ist zünftlerisch und potentiell nationalistisch/protektionistisch. In den USA ist es erkämpftes Recht, dass Seeleute, die in kleineren Häfen selbst entladen, für diese Zeit denselben Tariflohn wie Hafentarbeiter erhalten. Ob Seeleute und/oder Immigranten, die Hafentarbeiter müssen sich mit allen, die im Hafen entladen, verbünden, sie in einer Gewerkschaft organisieren und für vollen Tariflohn für alle kämpfen. Das Gleiche gilt für Hafentrucker und alle anderen, die im Hafen unter Tarif schuften müssen. **Hafentarif für Hafentarbeiter!** Nur so kann der Versuch der Kapitalisten, die Arbeiter verschiedener Bereiche gegeneinander auszuspielen, verhindert werden. **Selbstabfertigung heißt Zerstörung der Gewerkschaften der Hafentarbeiter und noch schlechtere Arbeitsbedingungen für Seeleute! Hafentarbeiter müssen Seeleute im Kampf für Tariflöhne unterstützen! Organisiert alle Unorganisierten, die im Hafen arbeiten! Verteidigt die Hafentarbeitergewerkschaft!**

Die internationale Gewerkschaftsbewegung muss auch gegen die „Anti-Terror“-Maßnahmen wie ISPS, Port Security und Sicherheitszaun vorgehen, die auch darauf gerichtet sind, die Bewegungsfreiheit von Seeleuten, Hafentarbeitern, Gewerkschaftsvertretern und Seemannsmissionen entscheidend einzuschränken. Nicht nur, dass die Arbeiter praktisch und tariflich in „vor und hinter dem Zaun“ getrennt werden, sondern es wird sogar, insbesondere muslimischen, Seeleuten der Landgang komplett verweigert. Mit ihrem „Krieg gegen Terror“ zielen die Kapitalisten und ihre Regierungen auf die multiethnische Arbeiterklasse und wollen sie spalten. **Nieder mit der antimuslimischen Hexenjagd! Für volle Bewegungsfreiheit der Hafentarbeiter im gesamten Hafen! Verteidigt das Recht der Seeleute auf uneingeschränkten Landgang!**

Mit entscheidend für den Sieg über das erste Port Package waren mehrere Aktionstage, bei denen europaweit viele Häfen stillgelegt wurden. Höhepunkt war der 29. September 2003, als Häfen in Frankreich, Belgien und Holland dicht waren. Gleichzeitig gab es an dem Tag in Rotterdam und Barcelona Massendemonstrationen von Hafentarbeitern aus ganz Europa. In Rotterdam provozierte die niederländische Polizei aus Wut über diese machtvolle Demonstration die Hafentarbeiter und prügelte am Ende hauptsächlich auf die belgischen Arbeiter ein. Mindestens 26 Arbeiter wurden festgenommen. Die Polizei bildet zusammen mit der Armee und den Gerichten den Kern des bürgerlichen Staates. Sie setzen die Entscheidungen der bürgerlichen Regierung um, die nichts weiter als der geschäftsführende Ausschuss der Kapitalistenklasse ist. Deshalb hat die Polizei auch nichts in der Arbeiterbewegung zu suchen. **Polizei raus aus dem DGB!**

Jeder Streik zeigt, dass der Staat nicht neutral ist, sondern ein Instrument der Machthaber zur Sicherung ihrer kapitalistischen Interessen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten, die dann in Hamburg gegen die belgischen Arbeiter gehetzt haben, anstatt sie zu verteidigen, haben damit die elementare Solidarität des gemeinsamen Kampfes gebrochen. Sie haben damit ein Signal an die Bosse und ihren Staat geschickt, dass sie es nicht wirklich ernst meinen mit dem Kampf. Genauso haben sie, als tausende Hafentarbeiter in Frankreich, Belgien, Holland und anderen Ländern am Tag der Rotterdamer Demo gestreikt haben, in Hamburg dafür gesorgt, dass der Umschlag reibungslos verlief. Obwohl sich auch in Hamburg verschiedene Vertrauensleute und Betriebsräte für eine 24-stündige Arbeitsniederlegung ausgesprochen hatten, wurden sie vom



krasse-zeiten.org

Berlin, 11. Februar: Anti-Bolkestein-Demonstranten protestieren gegen Kahlschlagsversuch durch EU-Kapitalisten

Ver.di-Bundesvorstand zurückgepfiffen. Der Sieg über das Port Package 1 wurde dann von Gewerkschaftsführern missbraucht, indem sie die Arbeiter aufriefen, bei den Europawahlen sozialdemokratische Parteien zu wählen.

Wenn davon geredet wird (wie es zum Beispiel der PDS/Linkspartei-Kandidat bei den letzten Bundestagswahlen und GHB-Betriebsratsvorsitzende Bernt Kamin tut), dass die Kämpfe mit Lobbyismus beim EU-Parlament einhergehen müssen, wird so der von den Bossen unabhängige Kampf der Arbeiter aufs Spiel gesetzt. So werden die Arbeiterkämpfe kanalisiert in den Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus und zur Unterstützung sozialdemokratischer Parteien, die, wenn sie an die Macht kommen, genauso Sparmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse verhängen.

Die Linkspartei ist gegen Port Package 2 und Bolkestein, aber sie hat keine andere Perspektive anzubieten, außer selber für die Bosse zu regieren. Nur wer glaubt, dass man das kapitalistische System reformieren kann, kann eine solche legalistische Perspektive haben. Was dabei herauskommt, müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin leidvoll am eigenen Leib erfahren, wo der SPD/PDS-Senat Millionen

Fortgesetzt auf Seite 12

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 - Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

162

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Hafenarbeiter...

Fortsetzung von Seite 11

aus den Arbeitern herauspressen will, um die Profite von Spekulanten abzudecken. Dafür kündigten sie den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes und entlassen massenhaft, nicht zuletzt Krankenschwestern. Die Angriffe der Bourgeoisie können nur durch Klassenkampf zurückgeschlagen werden! Aber das ist nicht das Konzept der jetzigen Gewerkschaftsführung. Sie ist mit tausend Fäden an die SPD und zum Teil an die PDS/Linkspartei gebunden. Diese sozialdemokratischen Parteien sind bürgerliche Arbeiterparteien. Das heißt, sie haben ein kapitalistisches Programm und eine prokapitalistische Führung, während sie ihre Basis in der Arbeiterklasse haben. **Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung! Für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei!**

Während die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Sonntagsreden gegen die weit entfernten EU-Bürokraten gehalten haben, haben sie hier aktiv mitgeholfen, den Hafentarif immer weiter auszuhöhlen. Während sie jetzt ein paar Aktionstage organisieren, beteuern sie, dass die europäischen Häfen „wettbewerbsfähig“ sind. Damit versprechen sie den Bossen und Politikern, die Arbeiterinteressen auszuverkaufen, falls der „Standort“ gefährdet sein sollte, was sich direkt gegen die Hafenarbeiter in anderen Ländern richtet, da es die Abwärtsspirale bei Löhnen und Arbeitsbedingungen nur weiter treibt. Niedrigere Tarife für CTA, PHH, Laschbereich, Neueingestellte, Bahnverladung, Fruchtschlag und Containerpacker sowie die Einführung von Sonntagspflichtarbeit und Servicegesellschaften sind ein paar der Schweinereien, die die Gewerkschaftsbürokraten mit dem Pseudoargument der „Sachzwänge“ mitgeholfen haben einzuführen. Mit solchen Spielchen wie „Mitbestimmung“ sollen die Arbeiter gleichzeitig an ihre Ausbeuter gefesselt und unter Kontrolle gehalten werden. **Nein zu Ausgliederungen! Nein zu Abkopplungen von Tarifen! Ein Hafen, ein Tarif!**

Der Widerstand gegen Port Package und Bolkestein rührt an der imperialistischen EU selbst. Die EU ist ein Bündnis kapitalistischer Staaten zur Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Massen Europas und anderer Länder, hauptsächlich in Konkurrenz zur USA. Während die einzelnen EU-Staaten ihre eigenen widerstrebenden Interessen untereinander nur sehr schwer verdecken können, vereint die EU die herrschenden Klassen Europas für die Ausbeutung der werktätigen Massen. **Nieder mit der imperialistischen EU! Nieder mit der rassistischen Festung Europa!**

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Die Industrie Osteuropas wurde 1990–92 durch die Serie kapitalistischer Konterrevolutionen zerstört, wie in der Ex-DDR. Der Lebensstandard der Bevölkerung wurde ruiniert. Aus den entstandenen Arbeitslosenheeren schöpfen nun die Bosse, um die Löhne hier zu drücken. Die offiziellen Arbeitsverbote für Arbeiter aus den osteuropäischen EU-Erweiterungsländern in Deutschland dienen dazu, eine Schicht rechtloser supraausgebeuteter Arbeiter zu schaffen und so die Arbeiterklasse weiter zu spalten.

Anstatt sich gegeneinander ausspielen zu lassen, ist es notwendig, sich gegen die Ausbeuter zu verbünden. Es ist im ureigensten Interesse der Gewerkschaften, hier für die Rechte eines jeden Arbeiters zu kämpfen, woher er auch kommt. Am 9. Dezember demonstrierten in Irland 150 000 Arbeiter in Solidarität mit Seeleuten von Irish Ferries. Die Gewerkschafter sind in Massen auf die Straße gegangen, um die Arbeiter von Irish Ferries zu unterstützen, die zwei Schiffe besetzt hatten, um die Firma daran zu hindern, die hauptsächlich irische Crew mit Gewalt zu entfernen und durch eingewanderte Arbeiter zu ersetzen, die nur die Hälfte des irischen Mindestlohns bekommen sollten. Dermot Meager, einer der Besetzer der *Isle of Inishmore* sagte dazu: „Wir haben keine Einwände zu irgendeiner Nationalität hier zu arbeiten, aber sie müssen anständig bezahlt werden und anständige Arbeitsbedingungen haben“ (*Socialist Worker*, Dezember 2005). Allerdings akzeptierte die Führung der Seeleute-Gewerkschaft SIPTU für die osteuropäischen Seeleute dann einen Vertrag, der statt gleicher Löhne nur den irischen Mindestlohn festschreibt und damit Lohndrückerei sanktioniert. Es ist die internationalistische Pflicht der westeuropäischen Gewerkschaften, die Arbeiter Osteuropas beim Aufbau schlagkräftiger Gewerkschaften zu unterstützen. **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben! Stoppt Abschiebungen durch Arbeiteraktionen! Weg mit allen Arbeitsverboten!**

Wenn die Sozialdemokraten, egal ob SPD, PDS, Linkspartei oder DKP für ein „soziales Europa“ eintreten, verbreiten sie die Illusion, dass es im Kapitalismus soziale Sicherheit und hohen Lebensstandard für alle geben könnte. Tatsächlich können die Kapitalisten das nicht leisten, deshalb muss der Kapitalismus gestürzt werden, durch eine sozialistische Revolution! Als das erste Port Package 2003 unter dem Eindruck internationalen Klassenkampfes im EU-Parlament niedergestimmt wurde, war das ein Sieg für die Hafenarbeiter. Aber dieser Sieg war nicht von Dauer, wie die neuerlichen Angriffe zeigen. Die Kapitalisten streben zwangsweise nach höheren Profiten und deshalb können Reformen im Kapitalismus immer nur befristet durchgesetzt werden, bis die nächste Krise kommt. Deshalb ist eine Perspektive nötig, die mit dem System der Profitmacherei und Ausbeutung ein für alle Mal Schluss macht. Die Millionen-Profite, die in die Taschen einiger weniger Hafenbosse und Reeder wandern, stammen von dem Mehrwert, den Arbeiter mit ihrem Schweiß und Blut erwirtschaftet haben. In einer sozialistischen Gesellschaft mit einer geplanten Wirtschaft würde der gesellschaftliche Reichtum allen zugute kommen. Für Schulen mit ausreichend Lehrern, kostenlose Bildung, kostenlose medizinische Versorgung und hohe Renten. Aber um das zu erreichen, bedarf es einer Arbeiterrevolution, die, geführt von einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei, das kapitalistische System stürzt und durch eine internationale egalitäre sozialistische Gesellschaft ersetzt. Die Spartakist-Arbeiterpartei versucht die Arbeiter im marxistischen Sinne von der Notwendigkeit zu überzeugen, dem System der Ausbeutung, des Rassismus und Kriegs ein Ende zu bereiten. **Sieg den Hafenarbeitern!** ■



SPARTAKIST

DEUTSCHE AUSGABE

NUMMER 24 SOMMER 2004 € 1,50

SPARTAKIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 24, Sommer 2004
€ 1,50

(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Zu beziehen über die Kontaktadresse

Vierzig Jahre Spartakist
„Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale“
SEITE 2

IV. Internationale IKL-Konferenz im Herbst 2003
Der Kampf für revolutionäre Kontinuität in der nachsozialistischen Welt
SEITE 10

Die Ursprünge des japanischen Kommunismus, Debatte über „Etappenrevolution“ und die amerikanische Besetzung

Die Meiji-Restauration: eine probürgerliche nicht-demokratische Revolution
SEITE 24

Kampagne in den USA gegen Immigranten, Frauen, Sex US/UN-Kreuzzug gegen „Sexhandel“
SEITE 64

Für einen soliden Ver.di-Streik! Macht die Betriebe dicht durch Streikpostenkettten!

Nachfolgend drucken wir das Spartakist-Extrablatt vom 12. März ab.

Berlin, 5. März – Die bundesweiten Streiks im öffentlichen Dienst spitzen sich vor der fünften Woche dramatisch zu. Arbeiter in anderen Industriebereichen Deutschlands – wie z.B. in der IG Metall, deren Tarifauseinandersetzung gerade anfängt –, aber auch europaweit, gucken auf diesen wichtigen Kampf der machtvollen Gewerkschaft ver.di. Der verrottete Kompromiss, der den Streik letzte Woche in Hamburg beendete, hat die Bosse nur noch weiter zu Provokationen und Drohungen gegen die Gewerkschaften angestachelt. So besteht der Kommunale Arbeitgeberverband im Pilot-Bezirk Baden-Württemberg eine Woche vor der nächsten Verhandlungsrunde (10. März) weiterhin auf fast der vollen Erhöhung auf die 40-Stundenwoche (oder sogar 42 Stunden). Und jetzt fangen sie an, Privatfirmen als Streikbrecher für die Müllabfuhr einzusetzen. Bereits am 3. März schickte die Stuttgarter Stadtverwaltung die Bullen, um die Streikposten zu durchbrechen und Räumfahrzeuge vom Betriebshof zu holen. Diese Provokationen müssen mit der vollen gewerkschaftlichen Kraft beantwortet werden, mit **soliden Streikpostenkettten, um Streikbruch zu stoppen und den öffentlichen Dienst lahm zu legen**. Arbeiter in Stuttgart machten einen richtigen Anfang, als sie Streikpostenkettten über das Wochenende aufbauten, um die Müllverbrennungsanlagen zu blockieren. Die Streikbrecher haben den Müll zwar abgeholt, aber das hat ihnen nichts genutzt, weil sie ihn nirgendwo hinbringen konnten!

Unter dem Druck der Gewerkschaftsbasis, die bereit ist durch militante Aktion den Streik effektiv zu führen, reden die Ver.di-Spitzen mit gespaltener Zunge: Nachdem am Donnerstag die Verhandlungen abgebrochen wurden, kündigten sie eine Ausweitung an und haben zu Recht gedroht, die Notdienstvereinbarung beim Winterdienst aufzukündigen, falls Streikbrecher eingesetzt werden. Aber nach dem Streikbruch durch die Polizei in Stuttgart haben sie eingelenkt und der Schneeräumung zugestimmt. Dass die Ver.di-Führung von Anfang an eine Niederlagen-Strategie gefahren ist, zeigt sich besonders krass an Bsirskes Reaktion auf die neuesten Streikbruch-Drohungen der Bosse: Er meinte, sie „werden den Streik auf Bereiche ausdehnen, die der Arbeitgeber ökonomisch merkt“. Das ist genau, was von Anfang an notwendig gewesen ist! Wozu sonst streiken?

Der Hamburger Abschluss, bei dem ein Teil der Arbeiterschaft (vor allem Jüngere) länger arbeitet als der andere, wird zu Recht als Gefahr für die Gewerkschaft angesehen. Ein derartiger fauler Kompromiss ist eine Niederlage, die die Arbeiter spaltet, die Gewerkschaft entscheidend schwächt und zu Recht mit der katastrophalen Kapitulation der IG-Metall-Führung im Kampf für die 35-Stunden-Woche im Osten verglichen wird. Dies ist besonders provokativ, weil die Streikenden ihren Kampf ja gerade als einen Kampf für die nächste Generation ansehen und als ein notwendiges „Stopp“ gegen die breiten Angriffe auf den Lebensstandard



23. März: Düsseldorfer DGB-Demo. Arbeiter in allen Industrien schauen auf Ver.di-Streik gegen Arbeitszeitverlängerungen

der arbeitenden Bevölkerung, die unter der SPD/Grünen-Regierung eskalierten und unter der jetzigen Großen Koalition weiter fortgeführt werden. Kein Wunder, dass die Mehrheit, d.h. 58 Prozent, der Arbeiter in Hamburg **gegen** den Abschluss stimmte. **Weg mit der 25-Prozent-Klausel bei Abstimmungen über Abschlüsse!** Wie einige Streikende in Hamburg *Spartakist*-Unterstützern beim Streik erklärten, fürchten sie bei so einem Ausverkauf, dass alle, die während des Streiks in die Gewerkschaft eingetreten sind, jetzt austreten, zusammen mit vielen anderen Frustrierten. Aber Austritt ist keine Lösung und schwächt die Gewerkschaft nur weiter. Notwendig ist es, die Gewerkschaften wieder zum Werkzeug im Kampf für unsere Interessen zu machen. Das bedeutet einen **politischen Kampf** in den Gewerkschaften um die Führung, der im Streik anfängt. Wir brauchen gewählte Streikkomitees, die die Macht der Arbeiter mobilisieren, effektive Streikpostenkettten organisieren und einen Ausverkauf wie in Hamburg verhindern. **Keine faulen Kompromisse! Ver.di Hamburg muss den Streik wieder aufnehmen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Eine Industrie – eine Gewerkschaft – ein Tarif!**

Wir brauchen eine klassenkämpferische Führung, und dazu ist es notwendig, die Lehren aus dem Streik bis jetzt zu ziehen. Ver.di ist eine der größten und stärksten Gewerkschaften der Welt, aber diese Macht wurde nicht eingesetzt. Stattdessen wurde der Streik nach der völlig ineffizienten „Nadelstichtaktik“ durchgeführt, die den Streik vereinzelt, bestimmte Bereiche des öffentlichen Dienstes, wie die Müllabfuhr, isoliert und dadurch eine Einladung zum Streikbruch ist. So wird den Bossen immer wieder eine Atempause geboten, in der sie gegen den Streik mobilisieren können. Dass die Führung die Macht der Gewerkschaft eindämmt, ist ein Ausdruck ihrer sozialdemokratischen Politik, die ein Bündnis mit der Bourgeoisie und sozialen Frieden vorzieht, was ihre grundlegende Unterstützung des kapitalistischen Systems widerspiegelt. Stattdessen ist es notwendig, einen soliden, umfassenden Streik im öffentlichen Dienst zu organisieren, der die deutschen Großstädte, die Flughäfen und die Industrie zum Stillstand bringt. Um zu gewinnen, muss der Streik auf Massestreikpostenkettten basieren. Streik-

Fortgesetzt auf Seite 14

Kein Ausverkauf! Keine Spaltung, keine Arbeitszeitverlängerung!



Osnabrück, 13. Februar: Bullen attackieren Ver.di-Streikposten, um 1-Euro-Jobber als Streikbrecher einzusetzen

Ver.di-Streik...

Fortsetzung von Seite 13

postenkettens sind das Rückgrat eines jeden Streiks. **Streikpostenkettens überquert man nicht!**

Die Polizeiangriffe in Stuttgart, auf Ver.di-Müllfahrer in Osnabrück, auf Münchener Infineon-Streikpostenkettens vergangenen Herbst und die wiederholten Angriffe auf Gate-Gourmet-Streikposten in Düsseldorf waren darauf ausgerichtet, die Streiks zu brechen. Diese gewaltsamen Polizeiprovokationen nehmen bedrohlich zu. Sobald ein Streik Wirkung zeigt, wird die Polizei eingesetzt, um ihren Weg durch die Streikpostenkettens zu knüppeln. Die notwendige Verteidigung dagegen sind disziplinierte Massenstreikposten und ein solider Streik. Die Polizei ist der bewaffnete Arm des kapitalistischen Staats, sie ist überhaupt nicht neutral, sondern hat die Aufgabe, das Privateigentum und das kapitalistische System zu schützen und so die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu gewährleisten. Es ist ein Skandal, dass die Polizei, „gewerkschaft“ GdP Teil vom DGB ist und dass Polizisten teilweise sogar in ver.di organisiert sind. Die Organisation der Polizei durch die Gewerkschaftsführung bringt den Feind in die Organisationen der Arbeiterklasse und basiert auf der gleichen Klassenkollaboration, die dazu führt, die Regeln der Bosse zu befolgen, also das bürgerliche Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht in Frage zu stellen.

Die Illusion vom „Freund und Helfer“ kann nur so lange Bestand haben, wie es nicht zu wirklich effektivem Klassenkampf kommt. Für weniger privilegierte Arbeiter, Linke, Immigranten und Leute muslimischen Hintergrundes, die im Fadenkreuz des rassistischen „Krieges gegen den Terror“ stehen, sieht das Bild etwas anders aus. Am 15. Februar wurden 1200 Beamte von Polizei, Zoll und Steuerfahndung in Marsch gesetzt, um die überwiegend immigrierten Arbeiter der Reinigungsfirmen zu terrorisieren, die den Dreck der Reichen in den Hamburger Nobelhotels wegräumen. 200 Leute wurden festgenommen, und während 130, darunter deren Bosse, am nächsten Tag freigelassen wurden, sind 40 so genannte „illegale“ Beschäftigte angeklagt worden, und 31 sind von Abschiebung bedroht. Es ist im Interesse der Arbeiterklasse, dass alle, die hier sind, die gleichen Rechte haben, gegen Ausbeutung zu kämpfen. **Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben! Freiheit für die inhaftierten Hotelreinigungskräfte! Verhindert Abschiebungen durch Arbeiteraktion! Bullen raus aus ver.di und DGB!**

Nach jahrelangen Ausverkäufen durch die Gewerkschaftsspitzen ist in vielen Bereichen der gewerkschaftliche Organisationsgrad stark gesunken. Ein großer Teil der

Arbeit, die bisher von städtischen Arbeitern geleistet wurde, ist privatisiert worden. Die Gewerkschaft hat diese Privatisierungen ohne irgendeinen Kampf durchgehen lassen, wie z. B. im Falle der Hamburger Krankenhäuser, wo der als nötig empfundene Kampf in ein wirkungsloses Referendum abgelenkt wurde, das eine 49-prozentige Privatisierung billigte. Jetzt werden die EU-Richtlinien, bekannt als Bolkestein, die Speerspitze für die Privatisierung des gesamten Dienstleistungssektors sein. Mit diesen Richtlinien werden die Bosse versuchen, Tarifverträge in ganz Europa zu untergraben; sie müssen durch gewerkschaftliche Kämpfe gestoppt werden, zur Verteidigung des höchsten Lohnniveaus und des Rechts aller Arbeiter, egal aus welchem Land, die gleichen Löhne und Sozialleistungen zu erhalten wie einheimische Arbeiter. Bolkestein ist Teil des Abbaus des „Sozialstaats“ und der hohen Kosten, die er für die Bosse mit sich bringt. Der „Sozialstaat“ war ein Ergebnis des Kal-

ten Kriegs, in dem der „soziale Frieden“ erkaufte wurde, um das antikommunistische Bündnis der westlichen Imperialisten gegen den Sowjetblock zu festigen. Der deutsche Imperialismus und das EU-Bündnis haben auf ihre Tagesordnung gesetzt, die Lohnkosten zu drücken und die Ausbeutungsrate zu erhöhen, um die Gewinne zu erzielen, die nötig sind, um wenigstens damit anzufangen, den ökonomischen und vor allem militärischen Abstand zum US-Imperialismus zu schließen. Der deutsche Imperialismus spielte eine führende Rolle bei den Konterrevolutionen in der DDR, Osteuropa und der Sowjetunion. Die daraus resultierende erdrückende Verarmung und explodierende Arbeitslosigkeit Osteuropas nutzen die europäischen Bosse jetzt, um auch im Westen die Löhne zu drücken.

Die Kapitalisten versuchen die Arbeiter entlang nationaler und ethnischer Linien zu spalten, um so vereinte Kämpfe der Arbeiter zu verhindern. Wenn Teile der Gewerkschaftsführung in der Art von Lafontaine anti-asiatischen oder anti-osteuropäischen Chauvinismus zum Ausdruck bringen, widerspiegelt das ihre Unterstützung der Interessen des deutschen Imperialismus und ihre Anerkennung der Grenzen für Arbeiterkämpfe, wie sie die Bosse vorgeben. Chauvinismus ist Gift für die Arbeiterbewegung und torpediert ihre Aufgabe, alle Arbeiter gegen den gemeinsamen Feind zu vereinen. Es ist für das Überleben der Gewerkschaften erforderlich, den Kampf für **gleichen Lohn für gleiche Arbeit** aufzunehmen. Im Gegensatz zu den Illusionen, die die Gewerkschaftsführungen über die Möglichkeit säen, in der EU ein „soziales Europa“ zu errichten, sind wir Spartakisten gegen die Europäische Union, weil sie ein Bündnis kapitalistischer Staaten für die Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Massen Europas und anderer Länder ist. Nur ein international geplantes Wirtschaftssystem, wo die Kapitalisten enteignet sind und die politische und wirtschaftliche Macht in den Händen der Arbeiterklasse ist, kann ein anständiges Leben für alle erreichen und den riesigen Unterschieden der Lebensverhältnisse in Europa und der Welt ein Ende bereiten. **Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!**

In Osnabrück fahren „1-Euro-Jobber“ Müllautos. In vielen Städten säubern sie die Luxus-Einkaufsstraßen. Dies zeigt, wie die Angriffe auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger wiederum verwendet werden, um die Macht der Gewerkschaften zu zerschlagen. **Nieder mit Hartz IV und der Agenda 2010!** Die Gewerkschaft muss gegen Streikbruch und für Verteidigung der „1-Euro-Jobber“ eintreten. Das heißt in erster Linie den Streik zu gewinnen und „1-Euro-Jobber“ zu organisieren. **Weg mit der 1-Euro-Zwangsarbeit! Gewerkschaften: Organisiert die Unorganisierten!** Die Bosse

versuchen immer, das Arbeitslosenheer gegen die Arbeiterklasse zu benutzen. Gegen die Arbeitslosigkeit ist ein Kampf für die *Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich* notwendig. Dies erfordert eine Führung, die für die Macht der Arbeiter kämpft.

Der Sozialabbau, der jahrelang von der Regierungs-SPD betrieben wurde, führte zu großer Wut und Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse. Unter diesem Druck hat ein Teil der Gewerkschaftsbürokratie die SPD verlassen und die WASG als eine Alternative gegründet, wo sich Arbeiter, die von der SPD die Nase voll haben, sammeln können. Aber die WASG ist ein Hindernis für den Klassenkampf, den wir dringend brauchen. Das beste Beispiel dafür ist der Berliner SPD/PDS-Senat, der die Speerspitze für bundesweite Angriffe auf die Tarifverträge im öffentlichen Dienst ist, welche der Senat in Berlin Anfang 2003 aufkündigte. Arbeiter des Krankenhauses Charité arbeiten immer noch ohne Tarifvertrag. Auch die Arbeiter der Verkehrsbetriebe BVG in Berlin haben diese Speerspitze des SPD/PDS-Senats zu spüren bekommen. Im Vorfeld der Bundestagswahlen erpresste der Senat die Arbeiter mit angedrohten Kündigungen. Die Ver.di-Spitze intervenierte, um den Streik zu verhindern, und zwang den Arbeitern als „Deal“ einen Lohnverzicht von 10 bis 25 Prozent auf. Zur gleichen Zeit saß die WASG am Verhandlungstisch mit der PDS, um eine gemeinsame Kandidatur für die Bundestagswahlen auszuhandeln. Damit gaben sie der PDS einen linken Deckmantel für ihre Angriffe und halfen, die BVGLer zu demoralisieren. Die Berliner Arbeiter brauchen harten Klassenkampf gegen den kapitalistischen SPD/PDS-Senat.

Einige Gewerkschafter in der WASG wie Bernd Rixinger, der Ver.di-Chef und Streikführer in Stuttgart ist, oder das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ kritisieren die Teilnahme der PDS am Berliner Senat, insbesondere dessen arbeiterfeindliche Politik, die von vielen Gewerkschaftern zu Recht gehasst wird. Aber ihre Kritik hat nichts mit einer klassenkämpferischen Opposition zur sozialdemokratischen PDS zu tun. Sie wollen einfach nur die sozialdemokratische WASG von Lafontaine und Klaus Ernst aufbauen und sehen dafür den Senat als ein Hindernis. Das ist auch der Grund, warum sie kein Problem damit hatten, für die Linkspartei in den Bundestagswahlen zu trommeln und damit auch die Angriffe auf die Charité und BVG-Arbeiter zu decken. Ihr Ziel ist es, eine Druckgruppe auf die Sozialdemokratie zu sein. Sie verbreiten die reformistische Illusion, dass die kapitalistische Regierung dazu gebracht werden könnte, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Die gleiche Politik steht auch hinter der „Nadelstich“-Strategie von Rixinger und der Gewerkschaftsführung, den Streik zu limitieren. Sowohl die SPD als auch die Linkspartei/WASG sind bürgerliche Arbeiterparteien – d.h. ihre Führungen und ihr Programm sind pro-kapitalistisch, während ihre Basis und ihre Tradition aus der Arbeiterklasse kommen. Wir als Revolutionäre wollen die Arbeiterbasis von der sozialdemokratischen Führung spalten. **Brecht mit der Sozialdemokratie! Für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei!**

Seit einigen Monaten braut sich in der WASG ein Konflikt zusammen. Strittig ist vor allem die Frage, ob man oder ob man nicht bei den kommenden Berliner Wahlen unabhängig von der Linkspartei.PDS (L.P.PDS) kandidieren soll. Das drückt aus, dass die Berliner WASG Arbeiter anzieht, die auch Angriffe seitens der PDS erlitten haben und eine Alternative sowohl zur SPD als auch zur PDS suchen. Die Berliner L.P.PDS, jetzt zusammen mit Lafontaine und der nationalen WASG-Führung, kämpfen mit aller Macht gegen die Opponenten des SPD/PDS-Senats innerhalb der Berliner WASG. Die SAV-Reformisten (Sozialistische Alternati-



IG-Metall Warnstreik Ende März in Düsseldorf. Arbeiter schauen auf militante Kämpfe in Frankreich

ve) werden dabei als „trozkistische Spalter“ gebrandmarkt, die angeblich die WASG für ihre eigenen Zwecke missbrauchen. Die SAVler sind unschuldig – wie sie selbst wiederholt erklärten, beteiligten sie sich von Anfang an aktiv am Aufbau der sozialdemokratischen WASG und unterstützen das Ziel, den Kapitalismus zu verwalten. Sie wollen höchstens ein paar mehr Reformen, wie aus ihrer Überschrift klar wird: „Regierungsbeteiligung der Linken? Ja – aber nur an einer linken Regierung!“ (*Solidarität*, Januar/Februar 2006) Diese Art Reformismus ist ein Versprechen an die Kapitalisten, Klassenkampf zu verraten, wenn es hart auf hart kommt. Tatsächlich hat die britische Schwesterorganisation der SAV genau das gerade gezeigt: Sie dominiert die Führung der Dienstleistungsgewerkschaft PCS und hat im Oktober einen Streik dieser Gewerkschaft abgewürgt. Der Abschluss, den sie aushandelte und durchdrückte, ist ein Verrat an neu eingestellten Arbeitern, die jetzt 5 Jahre länger bis zur Rente arbeiten müssen.

Ein Banner auf einer Demo des öffentlichen Dienstes in Mainz hat den breiteren Zusammenhang dieses wichtigen Streiks aufgezeigt: „1990–2005 = 2 Mio. Arbeitsplätze weg! ... und jetzt ...“ Die kapitalistische Wiedervereinigung 1990 war die erste in einer Reihe von Konterrevolutionen 1990–92. Die deformierten/degenerierten Arbeiterstaaten DDR, in Osteuropa und die Sowjetunion wurden zerstört, was die Voraussetzungen schuf für die breiten Angriffe auf Arbeiter und Unterdrückte hier und weltweit. Die SAV, damals loyale Opposition in Lafontaines SPD, und andere Pseudo-Sozialisten unterstützten die Konterrevolution. Wir Spartakisten kämpften für ein rotes Rätendeutschland – für eine proletarisch-politische Revolution im Osten, um der stalinistischen Bürokratie die politische Macht zu entreißen und sie in die Hände der Arbeiter zu legen, und für eine soziale Revolution im Westen, um die Kapitalistenklasse zu enteignen. Heute stehen wir für die bedingungslose militärische Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Nordkorea und Vietnam gegen Imperialismus und innere Konterrevolution. Wer nicht alte Errungenschaften der Arbeiterklasse verteidigt, kann keine neuen erkämpfen. Und das ist der Unterschied zwischen Reformisten und Revolutionären: Wir kämpfen für höheres Klassenbewusstsein, um das Proletariat auf seine historische Aufgabe vorzubereiten – die Staatsmacht zu übernehmen und so den einzigen Weg für weiteren menschlichen Fortschritt zu eröffnen. Die Partei, die nötig ist, um diesen Kampf zu führen, muss im Klassenkampf geschmiedet werden. **Stoppt die sozialdemokratischen Ausverkäufe! Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung! Sieg dem Ver.di-Streik! ■**

BND-Skandal, El-Masri-Entführung und deutscher Imperialismus



Skandal folgte auf Skandal in den letzten Monaten. Im Zentrum standen der ehemalige Innenminister Otto Schily (SPD), die Geheimdienste des deutschen Imperialismus und der gegenwärtige Außenminister der CDU/SPD-Koalition Frank-Walter Steinmeier (SPD), der als Kanzleramtsminister der alten SPD/Grünen-Regierung für die Geheimdienste zuständig war. Die Regierung ist bemüht, die ganze Sache unter den Teppich zu kehren. Groß ist der Aufruhr über die Kollaboration deutscher Geheimdienste bei der Entführung und Folter von Deutschen und vor allem über die BND-Tätigkeiten in Bagdad während der Irak-Invasion. So konnte die Regierung nicht die Einberufung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses verhindern.

Der „große Skandal“ geht um die beiden BND-Agenten, die genau vor und während der US-Invasion Iraks im März 2003 in Bagdad Informationen sammelten und u. a. an das US-Kommando von General Tommy Franks weiterleiteten. In den Medien wird der Schröder/Fischer-Regierung „doppeltes Spiel“ vorgeworfen. Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher der Linkspartei-Bundestagsfraktion, fasst die „linke“ Version dieses Arguments zusammen. In einem Artikel für die linke PDS-nahe *junge Welt* preist er erstmal die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung: „Es bleibt ein Verdienst der rot-grünen Bundesregierung, keine deutschen Soldaten im Irak eingesetzt zu haben. Dies wollten CDU-Politiker wie Wolfgang Schäuble, Friedbert Pflüger und Angela Merkel.“ Aber nun, argumentiert Gehrcke, da die BND-Aktivitäten aufgedeckt wurden, kann man sie nicht mehr so ganz bejubeln: „Fazit: Die Zusammenarbeit zwischen deutschen und US-Stellen während des Irak-Krieges war so eng, daß sich die Legende einer rot-grünen Kriegsgegnerschaft nicht aufrechterhalten läßt“ (23. Februar).

Wir Trotzlisten haben von Anfang an vor Illusionen in den deutschen Imperialismus gewarnt. So erklärten wir nach Schröders Wiederwahl 2002:

„Kein vernünftiger Marxist würde eine Maßnahme denunzieren, die der kriegsgierigen Bush-Gang ein Hindernis in den Weg legt, wenn auch nur ein bescheidenes. Jedoch ist es besonders die Pflicht von Kommunisten in Deutschland, unerschütterliche politische Opposition gegenüber dem deutschen Imperialismus und seinen sozialdemokratischen Agenten aufrechtzuerhalten. Ins-

besondere müssen Marxisten in Deutschland die verhängnisvolle Illusion bekämpfen, dass die deutsche Bourgeoisie und namentlich die Sozialdemokratie eine Kraft für den Frieden seien.“ (*Spartakist-Extrablatt*, 15. Oktober 2002)

Wir traten für die militärische Verteidigung des Irak gegen den imperialistischen US-Angriff ein, ohne dem blutigen kapitalistischen Regime von Saddam Hussein auch nur die geringste politische Unterstützung zu geben. Wir forderten: USA/Bundeswehr/UNO – Raus aus dem Balkan, Nahost und Afghanistan! Wir machten klar, dass der Irak am besten verteidigt werden kann durch Klassenkampf gegen die kapitalistischen Herrscher im eigenen Land, insbesondere den der multirassischen Arbeiterklasse in der Höhle des imperialistischen Löwen, den USA.

Die jetzige Kritik der Linkspartei an der SPD/Grünen-Regierung ist ziemlich dreist. 1991 forderte die PDS eine UN-Hungerblockade als eine „friedliche“ Alternative zur Bombardierung Bagdads. Als Konsequenz der Blockade starben 1,5 Millionen Iraker, vor allem Kinder und Alte. Und Irak konnte sich keine moderne Bewaffnung oder so genannte Massenvernichtungswaffen – das einzige, das die Imperialisten von einer Invasion hätte abschrecken können – zur Verteidigung beschaffen. 2002 war die PDS ganz zufrieden mit Schröder, mit dessen Partei sie im Berliner Senat brutale Kürzungen durchpeitscht. Wie wir damals erklärten:

„Die Linie der PDS ist heute genauso wenig wie die Schröders durch Gegnerschaft zum Imperialismus motiviert. Sie wollen, dass der deutsche Imperialismus unabhängiger von den amerikanischen Imperialisten ist. Tatsächlich hat sich die PDS (wie auch einige SPD-Dissidenten wie Oskar Lafontaine) schon seit langem für eine engere Verbindung mit dem kapitalistischen Russland ausgesprochen.“

Ganz in Übereinstimmung damit übt die Linkspartei jetzt Druck aus, einen von den USA unabhängigeren Kurs zu fahren: „Die Bundesregierung muss sich deshalb jetzt der Frage stellen, ob diese US-Stützpunkte tatsächlich der Sicherheit Deutschlands und Europas dienen“ (14. Dezember 2005, www.linksfraktion.de).

Die pseudotrotzkistische Gruppe Arbeitermacht (GAM)

schreibt über die BND-Enthüllungen: „Das alles zeigt erneut die Hohlheit der Anti-Kriegs-Gesten von Schröder und Fischer vor und während des Irak-Kriegs. Sie waren nichts als Handlanger des Kriegers Bush – allerdings mit eigenen imperialistischen Ambitionen, die mit denen der USA divergierten“ (*Neue Internationale*, März 2006). Was für ein vernichtender Schlag gegen diesen „Handlanger des Kriegers Bush“, den die GAM mit ihrem „Wählt SPD/PDS!“ (*NI*, September 2002) unterstützt hatte. Immer wenn es drauf ankam, hatten die GAM und die meisten anderen Linken, die Schröder jetzt „Verrat“ vorwerfen, ihren Anteil am Betrug an den Arbeitern. Zum Beispiel der Appell, der von den britischen Unterstützern der GAM, der Jugendgruppe REVO und anderen bei einem Vorbereitungstreffen für das volksfrontlerische Europäische Sozialforum im September 2002 unterzeichnet wurde: „Wir fordern alle Staats- und Regierungschefs Europas auf: Sprechen Sie sich öffentlich gegen diesen Krieg aus, unabhängig davon, ob die UNO ihn am Ende billigt oder nicht! Fordern sie von George W. Bush, auf seine Kriegspläne zu verzichten“ (*Liberazione*, 13. September 2002). Diese sozialchauvinistischen Appelle halfen dabei, Schröders Regierung die Glaubwürdigkeit zu verleihen, die sie brauchte, um Agenda 2010 und Hartz IV durchzusetzen. Sie deckten auch die militärischen Abenteuer des deutschen Imperialismus ab und gaben Unterstützung für den rassistischen „Krieg gegen Terror“ nach innen.

Klar, drei Jahre später, wo die SPD-Umfragewerte im Keller sind, würden die GAM und viele andere am liebsten diese Tatsachen verschwinden lassen. In Diskussionen behaupten GAM- und REVO-Unterstützer, dass sie nichts mit der Brüsseler Erklärung 2002 zu tun haben oder dass es ein Missverständnis gab. Aber warum hat sich die GAM dann nicht öffentlich von diesem „Missverständnis“ distanziert, das so gefährliche Illusionen in die angebliche Friedfertigkeit der europäischen Imperialisten sät?!? Die politische Praxis der GAM widerlegt dieses Ablenkungsmanöver. Während ihre Zeitung voll mit radikalen Phrasen von der Verteidigung des Iraks und Losungen wie „Nieder mit dem Imperialismus“ war, dienten ihre praktischen Aktivitäten dem Aufbau einer klassenübergreifenden „Antikriegsbewegung“: „Überall – in Schulen, im Stadtteil, an den Unis, in Betrieb und Gewerkschaft – müssen Antikriegskomitees aufgebaut werden, die gemeinsam konkrete Aktionen durchführen“ (*NI*, Februar 2003). Wie James Burnham, ein Führer der Workers Party, der damaligen trotzkistischen Organisation in Amerika, in seiner 1936 erschienenen Broschüre *War and the Workers* [Der Krieg und die Arbeiter] argumentierte:

„Daher ist es eine tödliche Illusion, anzunehmen, dass Revolutionäre ein gemeinsames ‚Programm gegen Krieg‘ mit Nicht-Revolutionären ausarbeiten können. Jede Organisation, die sich auf ein solches Programm gründet, ist nicht nur machtlos, Krieg zu verhindern, sondern trägt in Wirklichkeit dazu bei, Krieg zu fördern, weil sie sowohl auf ihre Weise der Aufrechterhaltung des Systems dient, das Kriege hervorbringt, als auch die Aufmerksamkeit ihrer Mitglieder vom wirklichen Kampf gegen den Krieg ablenkt. Es gibt nur ein Programm gegen den Krieg: das Programm für Revolution – das Programm der revolutionären Partei der Arbeiter.“

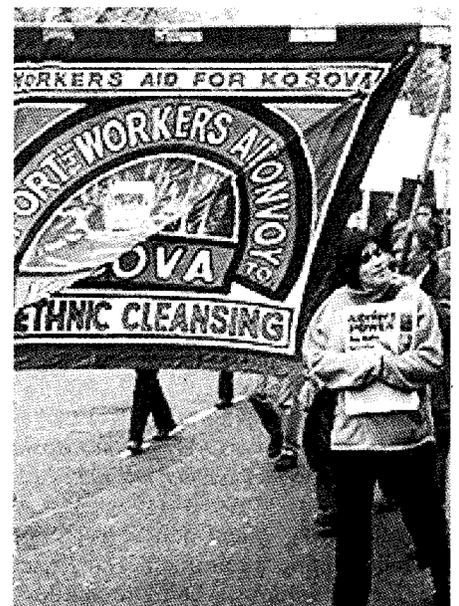
In Übereinstimmung mit ihrem Hinterherkriechen hinter der Sozialdemokra-

tie und den Sozialforen (siehe auch „Sozialforen – ein Schwindel“, *Spartakist* Nr. 159, Sommer 2005) betrieben die Antikriegskomitees natürlich eine prokapitalistische Politik. Aber für die GAM ist die Bewegung alles: „Wir müssen die reformistischen Führungen (SPD, PDS, DGB) auffordern, ihre Basis zu mobilisieren. Wenn sie es tun, gut“ (*NI*, Februar 2003). Und das ist genau, was SPD-, PDS- und DGB-Führung gemacht haben ... um Schröder, Fischer und den deutschen Imperialismus zu stärken! Das genaue Gegenteil von Klassenkampf.

Wenn die GAM heute behauptet, Schröder und Fischer entlarvt zu haben, „nichts als Handlanger“ von Bush gewesen zu sein (und gleichzeitig imperialistische Rivalen!), so ist das nicht nur ein Weißwaschen ihrer eigenen Rolle, es ist auch ein fürchterliches Kuddelmuddel. Tatsächlich widersprechen die BND-Aktivitäten im Irak nicht der Tatsache, dass sich die alte SPD/Grünen-Regierung gegen den US-Krieg stellte. Beides diente dem deutschen Imperialismus. Natürlich nutzten Schröder und Fischer zynisch die Opposition in der Bevölkerung gegen einen Irakkrieg für ihre Wiederwahl 2002 aus. Doch reflektierte ihre Opposition auch, dass der Krieg den Interessen des deutschen Imperialismus zuwiderlief. Der BND-Skandal „enthüllt“, dass die Opposition zum US-Krieg nichts damit zu tun hatte, irgendwie „friedlicher“ als die USA zu sein. Das war klar für jeden Linken, der es sehen wollte, bei der deutschen Teilnahme am imperialistischen Krieg gegen Serbien 1999, am Krieg gegen Afghanistan 2001 und am „Krieg gegen den Terror“.

Die beiden BND-Schurken in Bagdad haben mit Sicherheit dreckige Arbeit für die deutsche Regierung verrichtet. Dass sie dabei militärische Informationen mit dem Oberkommando der US-Streitkräfte austauschten, gehört zu den Unkosten, Spione vor Ort haben zu können, und spiegelt das Kräfteverhältnis zwischen den Imperialisten wider. Als Ergebnis der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 wurden die USA zur „einzigen Supermacht“ und ihre militärische Macht überragt um ein Vielfaches die ihrer nächsten Konkurrenten, sogar wenn man die zusammenrechnet. Deshalb sind die imperialistischen Konkurrenten der USA gezwungen, nach friedlichen Wegen zu suchen, wie sie ihre Interessen verteidigen. Die militärische Bedeutung der BND-Spionage-Unterstützung war nicht größer als die Entlastung durch die deutschen Truppen in Afghanistan oder die Nutzung der US-Luft-

Fortgesetzt auf Seite 18



Fotos: Workers Hammer

London, 10. April 1999: Workers Power (hier Gruppe Arbeitermacht) gemeinsam mit UCK auf Demo, die NATO-Angriff auf Serbien unterstützte

BND-Skandal...

Fortsetzung von Seite 17

basen in Deutschland. Diese Unterstützung wurde sowohl im gemeinsamen Interesse des „Kriegs gegen Terror“ gegeben als auch, um einen irreparablen Riss in der NATO zu vermeiden. Ein Kommentar der bürgerlichen *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (6. März) fragte polemisch:

„Wäre es den Leuten aber lieber, wenn das nächste Mal – und wer kennt schon den Fortgang der Weltpolitik? – die Bundesregierung an der Seite der Amerikaner in einen Krieg zöge oder aber jegliche Zusammenarbeit versagte mit der Folge, daß zum einen die Partnerschaft wirklich im Eimer wäre und zum anderen die Terroristen Deutschland als sicheres Rückzugsgebiet betrachteten (mißverständlicherweise, natürlich)?“

Deutschland und USA: Seite an Seite im rassistischen „Krieg gegen Terror“

Der „Krieg gegen Terror“ ist eine Fiktion, ein politisches Konstrukt, keine militärische Realität. Der Anschlag vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York, bei dem Tausende unschuldiger Zivilisten getötet wurden, war ein Verbrechen vom Standpunkt der Arbeiterklasse – die Täter reflektieren die Mentalität der US-Herrscher, indem sie die Bevölkerung mit ihren imperialistischen Ausbeutern gleichsetzen. Wie unsere US-Genossen im *Workers Vanguard* ausführten:

„Im Gegensatz zum World Trade Center ist das Pentagon das Kommando- und Verwaltungszentrum des US-imperialistischen Militärs, und bei einer militärischen Einrichtung kann man getroffen werden, wenn man sich dort aufhält. Diese Betrachtung macht aus dem Angriff keinen ‚antiimperialistischen‘ Akt und sie ändert auch nichts an der Tatsache, dass Terrorismus fast immer Unschuldige trifft – in diesem Fall sowohl die Passagiere des Flugzeugs als auch Instandhaltungsarbeiter, Hausmeister und Sekretärinnen im Pentagon“ (*WV* Nr. 830, 6. August 2004).

Die kapitalistischen Regierungen weltweit haben die Empörung über das WTC und andere Akte wahllosen Terrors ausgenutzt, um den Repressionsapparat massiv aufzurüsten und demokratische Rechte einzuschränken. Dafür wird eine antimuslimische Hysterie geschaffen, in der diese Teile der Bevölkerung jeweils als „Feind im Inneren“ stigmatisiert werden. Die Regierung will willkürlich jegliche Rechte entziehen (auch Muslimen mit Staatsbürgerschaft), nur auf den *Verdacht* hin, „terroristische Aktivitäten zu unterstützen“. Hierzulande dienen dieser Hysterie die vorgeschlagenen rassistischen „Moslem-Fragebögen“, die Hetztiraden über „Parallelgesellschaften“ und das rassistische Kopftuchverbot. Dies richtet sich vor allem gegen türkische und kurdische Arbeiter, die einen strategischen Anteil des machtvollen Industrieproletariats darstellen. Letztlich sind die Zielscheibe die gesamte Linke und Arbeiterbewegung, deren soziale Macht gegen diese bürgerliche Kampagne mobilisiert werden muss. Wir erklärten in Bezug auf die rassistische Rasterfahndung und die Sicherheitsgesetze, die die Kontrolle der Bosse über die Industriearbeiter deutlich erhöhen, dass die Gewerkschaften den Kampf gegen diese Maßnahmen von staatlicher Kontrolle und Einschüchterung aufnehmen müssen. *Verteidigt Muslime und Immigranten gegen Staatsterror! Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen den Terror“!*

Der „Krieg gegen den Terror“ lässt sich perfekt an die jeweiligen inneren und äußeren Ziele jeder kapitalistischen Regierung anpassen: Die Unterdrückung der Basken durch Spanien und Frankreich; Russlands völkermörderischer Krieg in Tschetschenien; der Krieg der Türkei gegen die Kurden; Deutschlands Einschüchterung und Terror gegen

die einheimische Immigrant*innenbevölkerung – das alles wird unter der Rubrik „Kampf gegen Terror“ durchgezogen. Bereits 1993 war Deutschland in Europa führend darin, die PKK als „terroristische Organisation“ zu kriminalisieren, kurdische Linke und Arbeiterorganisationen zu terrorisieren und sie an die Folterknechte des türkischen Staates abzuschleppen. Im Regierungsbericht vom Februar über den BND wurde die Entführung des PKK-Führers Abdullah Öcalan 1999 in die Türkei als positives Beispiel für internationale Zusammenarbeit in der Bekämpfung von „Terror“ bezeichnet. Dies wurde von massivem Staatsterror gegen Kurden begleitet: z.B. ermordeten israelische Sicherheitskräfte vier Kurden, die sich an einer Besetzung des israelischen Konsulats in Berlin beteiligt hatten. Und Gefängnisse vom F-Typ, in Deutschland entwickelt, um RAF-Gefangene durch Isolation zu foltern, wurden in der Türkei eingeführt. Ein Instrument gegen die PKK waren die berüchtigten Paragraphen 129 und 129a, die zuerst gegen RAF-Unterstützer eingesetzt wurden. Nach dem 11. September 2001 wurden sie um den Paragraphen 129b ergänzt, der die Möglichkeit bietet, die Unterstützung jeder Organisation zu kriminalisieren, die irgendeine Regierung irgendwo als „terroristisch“ einstuft. *Nieder mit den Gesinnungsparagraphen 129/a/b! Weg mit dem Verbot von PKK, kurdischen Vereinen und linken türkischen Organisationen! Freiheit für Öcalan! Freiheit für die Gefangenen aus der RAF!*

BND, BKA, Verfassungsschutz voll dabei im US-Folternetzwerk

Das Empörendste und Bezeichnendste, das die Regierung beim BND-Skandal zu verbergen hat, ist die geheime Mitarbeit der SPD/Grünen-Regierung an der CIA-Entführung und Folterung von Khaled El-Masri. Wie die *New York Times* bemerkte: „Herr Masris Fall wurde zum Symbol für die CIA-Praxis der außerordentlichen Verlagerung, bei der Terrorverdächtige zum Verhör in andere Länder geschickt werden, wo Folter gemeinhin benutzt wird“ (20. Januar). Was zynisch und euphemistisch „außerordentliche Verlagerung“ [extraordinary rendition] genannt wird, ist nichts weiter als eine systematische US-Regierungspolitik des Outsourcings von Folter und Mord im „Krieg gegen Terror“. Der ehemalige CIA-Agent Bob Baer sagte dem *New Statesman*: „Wenn du willst, dass sie gefoltert werden, sendest du sie nach Syrien. Wenn du jemanden verschwinden lassen willst ... schickst du ihn nach Ägypten“ (17. Mai 2004). Es ist jetzt klar, trotz Regierungsverschleierung und Verleumdungen der bürgerlichen Medien gegen El-Masri, dass in diesem und vielen anderen Fällen die SPD/Grünen-Regierung und andere europäische Regierungen eine Politik des Outsourcings an die Outsourcer betrieben.

Khaled El-Masri, ein deutscher Staatsbürger libanesischer Herkunft, wurde von der CIA im Dezember 2003 in Mazedonien entführt. Nach einem ersten Verhör dort haben die CIA-Gangster ihn in ein Flugzeug gepackt – nackt und mit verbundenen Augen – und ihn ins afghanische Kabul geflogen. Fast fünf Monate lang wurde er dort festgehalten, ohne Anklage, ohne Angabe von Gründen. Dann, genauso plötzlich wie alles begann, wurde er im Mai 2004 freigelassen. In den letzten Jahren wurde diese Art von Terror zweifellos gegen unzählige Muslime verübt (z.B. in Guantánamo, Abu Ghraib), die entführt, misshandelt, gefoltert und – wenn sie Glück hatten – freigelassen wurden, ohne Anklage, Erklärung oder sonst irgendetwas. Aber El-Masri fand, dass er als deutscher Staatsbürger einen Anspruch auf Gerechtigkeit hatte, nach der Hölle, die er durchmachen musste. Er suchte sich einen Anwalt, um seinen Fall an die Öffentlichkeit zu bringen. Das ist der einzige Grund, warum man seinen Fall nicht einfach „verschwinden lassen“ konnte, wie bei so vielen Opfern des „Kriegs gegen Terror“.

Die deutsche Regierung hat erst unter dem Druck einer öffentlichen Untersuchung Ende 2005 zugegeben, dass Schily im Mai 2004 vom US-Botschafter über die Entführung informiert wurde. Wie El-Masri einem Interviewer in gerechter Empörung sagte: „Ich fühle mich betrogen und verraten von meinem eigenen Land.“ Das wurde er. Aber es war nicht einfach nur so, dass die deutsche Regierung daneben stand und über die CIA-Machenschaften Schweigen bewahrte. Mazedonische Regierungsvertreter sagen, sie hätten unverzüglich die deutsche Botschaft über die Entführung informiert (was normal ist): „Inoffiziell wussten sie es“ (*New York Times*, 21. Februar). Der Regierung, die selber Monate lang zusammen mit der CIA hinter El-Masri her spionierte hatte, brauchte man es wohl nicht mehr mitzuteilen. Wie El-Masri berichtet, wurde er während seiner Gefangenschaft in Afghanistan dreimal von einem Agenten namens „Sam“ verhört, der perfektes Deutsch sprach und „keinen Hauch von ausländischem Akzent gehabt“ hat, der ihm detaillierte Fragen über seine Aktivitäten und die anderer Muslime in und um seine Heimatstadt Ulm stellte. In einer Gegenüberstellung im Februar konnte El-Masri den BKA-Hauptkriminalkommissar Gerhard Lehmann mit absoluter Sicherheit als „Sam“ aus Kabul identifizieren; Lehmann war sichtlich nervös und konnte El-Masri nicht in die Augen blicken.

Trotz El-Masris Sicherheit bei der Identifizierung, und obwohl sich alle Details über die Entführung als wahr erwiesen, wurde Lehmann sofort ein Persilschein ausgestellt seitens der Regierung, des parlamentarischen Kontrollgremiums und eines Großteils der bürgerlichen Medien. Lehmann ist nicht nur *irgendein* BKA-Agent, sondern „einer der angesehensten deutschen Terrorfahnder“ (*Die Zeit*, 2. März) mit engen Beziehungen zum BND und jahrelanger Erfahrung im Nahen Osten, speziell im Libanon. „Er bekommt häufig ‚sensible‘ Aufträge und hilft dabei, ‚schmutzige Arbeit‘ für den deutschen Auslandsgeheimdienst zu machen, sagte einer seiner langjährigen Kollegen, der unter der Bedingung, anonym zu bleiben, sprach“ (*New York Times*, 21. Februar). Zuletzt war er im Libanon im Rahmen der UN-Sonderkommission für die Aufklärung des Mordes am ehemaligen libanesischen Präsidenten Hariri stationiert – also jener Kommission, die an einem Vorwand für imperialistische Erpressung gegen Syrien arbeitet. Anfang Februar wurden Lehmann und die anderen deutschen Agenten aus der Kommission abgezogen, augenscheinlich um die „Kollateralschäden“ aus dem jetzigen Skandal zu begrenzen. Die ganze Sache stinkt zum Himmel, und es steckt bestimmt noch mehr dahinter.

So empörend der Fall von El-Masri auch ist, er passt in eine Reihe anderer, die in letzter Zeit aufgedeckt wurden: BKA-, BND- oder andere deutsche Agenten werden in Foltereinrichtungen des US-Imperialismus oder arabischer Regime geschickt, um deutsche Bürger oder andere zu verhören, die sie im Fadenkreuz haben. Da ist z. B. der Fall von Mohammed Haydar Zammar, ein weiterer deutscher Staatsbürger, den die CIA entführte und der, während er vom syrischen Geheimdienst in Damaskus festgehalten wurde, von einem Agententeam von BKA, BND und VS verhört wurde. Die vertrauliche Version des kürzlichen Regierungsberichts (die 295 Seiten lang ist im Gegensatz zur 90-seitigen öffentlichen Version) deckt auf, dass der Befehl für dieses Verhör direkt aus dem Bundeskanzleramt stammte (*Neues Deutschland*, 14. März).

Der Wochenzeitschrift *Die Zeit* zufolge haben BKA-Agenten im Libanon in mehreren Fällen mit den libanesischen Sicherheitskräften zusammengearbeitet, die Folter einsetzten, um Informationen, an denen das BKA interessiert war, aus dortigen Gefangenen herauszuholen. Die Zeitschrift berichtete über eines der Militärgefängnisse, in denen für das BKA gefoltert wurde:

„Es ist für seine Foltermethoden berüchtigt. Menschenrechtsorganisationen haben in den vergangenen Jahren immer wieder berichtet, Insassen des Gefängnisses seien geschlagen, nackt ausgezogen, mit Elektroschocks gequält, an hinter dem Rücken zusammengebundenen Händen aufgehängt worden. Auch Schlaf- und Nahrungsentzug sowie Dunkelhaft seien üblich. Joseph H., ein libanesischer Mitarbeiter des Beirut BKA-Verbindungsbeamten, erzählt Trede und seinen Kollegen, wie Gefangene im Militärgefängnis üblicherweise gefügig gemacht würden. Man gebe ihnen ‚Strom auf die Eier‘, sagt er. Die BKA-Leute glauben ihm, schließlich war Joseph H. früher selbst Geheimdienstler.“ (19. Januar)

Murat Kurnaz, der in Deutschland aufwuchs und die türkische Staatsbürgerschaft besitzt – von der bürgerlichen Presse als „Bremer Taliban“ denunziert –, wurde Ende 2001 in Pakistan verhaftet und wird seitdem in Guantánamo festgehalten. Wie Tausenden anderen Gefangene in Guantánamo werden ihm vom US-Imperialismus jegliche Rechte verweigert – selbst solche für Kriegsgefangene. 2002 wurde Kurnaz von BND- und Verfassungsschutz-Agenten im Regierungsauftrag verhört, während er an Händen und Füßen angekettet war. Als Innenminister Wolfgang Schäuble das und ähnliche Fälle von Verhören verteidigte, hat er offensichtlich eine Vorgehensweise aufgezeigt, die schon seit Jahren unter Schily und der SPD/Grünen-Regierung praktiziert wurde. *Der Spiegel* hat nun berichtet, dass die US-Regierung 2002 der SPD/Grünen-Regierung anbot, Kurnaz auszuliefern, da er offenbar nur das Pech gehabt hatte, zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen zu sein. Die Bundesregierung lehnte ab und wollte ihn nicht wieder nach Deutschland lassen. Sie ist damit direkt verantwortlich dafür, dass Kurnaz nunmehr vier weitere Jahre in der Hölle von Guantánamo schmoren musste!

Europäische Liberale, Sozialdemokraten und sogar einige Konservative und Regierungschefs haben Bush wegen der Bedingungen in Guantánamo und auch wegen des umfangreichen Netzwerks von „Folterflügen“ und „Geheimenrichtungen“ der CIA überall in Europa kritisiert. Wenn man bedenkt, wie Europas kapitalistische Regierungen alle mitgespielt haben, um ihre eigenen Interessen im „Krieg gegen Terror“ zu stärken, ist das billig und scheinheilig. Der einzige Grund für ihre Heuchelei ist, nicht mit der Bush-Regierung zu sehr assoziiert zu werden, die sie als Hindernis im „Krieg gegen Terror“ sehen, weil sie von so einer durchgedrehten Bande von religiösen Eiferern und Reaktionären geführt wird. Sie wollen die demokratische Fassade des rassistischen „Kriegs gegen Terror“ aufpolieren. Die Fälle von Khaled El-Masri, Murat Kurnaz und Haydar Zammar müssen eine brutale Warnung sein, nicht auf diese Lüge hereinzufallen.

Was ist dieser Staat?

Dieselben Überlegungen – wie man am besten die Angelegenheiten des deutschen Imperialismus regelt – standen auch dahinter, als Linkspartei.PDS zusammen mit FDP und Grünen auf einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss drängten. Natürlich wollen wir Kommunisten die schmutzige Arbeit der Regierung offen legen und nutzen jede Möglichkeit die Beweise aufzudecken. Aber wir haben keine Illusion darin, dass eine Untersuchung des bürgerlichen Parlaments dies tun wird. Eine vollständige Veröffentlichung all der üblen Geheimnisse der Kapitalisten und ihrer Regierung wird es erst nach dem Sieg einer proletarischen Revolution geben. So brachten die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution 1917 die Geheimverträge des Zaren und der Imperialisten ans Licht. FDP, Grüne, PDS und Konsorten, die alle auf ihre Art den Kapitalismus unterstützen, wollen die Untersuchung, um den Mythos von „parlamentarischer

Fortgesetzt auf Seite 20



Spartakist

Berlin, 15. Januar: Spartakisten intervenieren bei Demo zu Ehren von Lenin, Liebknecht, Luxemburg

BND-Skandal...

Fortsetzung von Seite 19

Kontrolle“ aufrechtzuerhalten und allgemein das Image des Staats aufzupolieren und damit den Glauben an die bürgerliche Demokratie zu retten. Dass die Linke hier keinen Finger gerührt hat gegen die Verfolgung von El-Masri, Murat Kurnaz oder vorher von Motassadeq und Mzoudi, zeigt ihre Kapitulation vor der Sozialdemokratie, deren Unterstützung für die imperialistische Demokratie sie grundlegend teilen.

Für diese Liberalen und Sozialdemokraten ist die westliche Demokratie der höchste Gipfel menschlicher Zivilisation. „Demokratie“ in Deutschland, Westeuropa, den USA usw. ist nur Schein. Vor allem in den weitestentwickelten kapitalistischen Ländern dient die demokratische Regierungsform dazu, mit einem Gewäsch über die „Gleichheit der Bürger“ die Klassennatur des Staats zu verschleiern, also die Diktatur der Bourgeoisie über die Ausgebeuteten und Unterdrückten. In *Staat und Revolution*, geschrieben 1917, zitierte Lenin Engels:

„In der demokratischen Republik, fährt Engels fort, ‚übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus‘, und zwar erstens durch die ‚direkte Beamtenkorruption‘ (Amerika) und zweitens durch die ‚Allianz von Regierung und Börse‘ (Frankreich und Amerika)...

Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es ... von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß *kein* Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.“

Folter ist bei weitem nichts Neues in der Geschichte des deutschen Imperialismus. Sie ging immer Hand in Hand mit kolonialer Eroberung und Unterdrückung. Die Kolonialmächte unterhielten immer Geheimdienste, beauftragt mit der schmutzigen Arbeit von Folter, Entführung und Ähnlichem. Der deutsche Imperialismus, ein Spätzünder unter den Industriemächten und hungrig nach Kolonien, entwickelte und benutzte diese Maschinerie mit besonders

schrecklichen Resultaten: vom Völkermord an den Hereros und der militärischen Hilfe beim Völkermord gegen die Armenier unterm Kaiserreich bis hin zum industriellen Massenmord an sechs Millionen Juden und Hunderttausenden Roma, Sinti, Homosexuellen und anderen und zum Gestapo-Staatsterror unter den Nazis. Für den „demokratischen“ Nachfolgestaat des Dritten Reichs ist Folter auch nichts Neues, und seine entscheidenden Bestandteile hat er von den früheren Regimen übernommen. Das Erbe des BND geht beispielsweise direkt zurück auf den Nazi-Spion Reinhard Gehlen und seine „Fremde Heere Ost“. Die Gehlen-Organisation mit ihren Erfahrungen über die Stärken und Schwächen der Roten Armee wurde zum Kern des anti-sowjetischen Spionagenetzwerks der CIA in Osteuropa und 1954 des BND. Der Verfassungsschutz wurde von BND und BKA hauptsächlich aus ehemaligen SS-Offizieren gebildet.

Warum? Aus kapitalistischen Klasseninteressen: Der US-Imperialismus wollte einen starken Frontstaat im anti-sowjetischen Kalten Krieg. Aus dem gleichen Grund wurden SPD und Arbeiterbürokratie mit CIA-Unterstützung wiederaufgebaut, damit sie im Westen nach 1945 die Klassenkollaboration aufrechterhalten. Im Rahmen der antisowjetischen NATO-Allianz unterhielt die BRD eine besondere Beziehung zu einem anderen Frontstaat – der Türkei. SPD/FDP-Koalitionen lieferten in den 70er-Jahren der türkischen Regierung Waffen im Wert von 1,6 Milliarden DM, dazu Armeeausrüstung und andere Kredite. Sie stärkten die bonapartistische Herrschaft, unterstützten Militärputsche und trainierten den brutalen türkischen Geheimdienst. Nach dem Putsch 1980 unter General Kenen Evren wurde der SPD-Finanzminister Matthöfer zitiert, der die Hoffnung ausdrückte, der Putsch würde ein „heilsamer Schock“ sein (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. September 1980). Die deutsche Bourgeoisie unterstützte den türkischen Staat auch zu dem Zweck, die wichtigen türkischen und kurdischen Teile der Arbeiterklasse einzuschüchtern und davon abzuhalten, „rot“ zu werden. Zahllose türkische und kurdische Linke hat der deutsche Staat in die Türkei abgeschoben, wo sie gefoltert und manchmal „verschwunden“ wurden. Seit der Zerstörung der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Kriegs suchen BND und andere Geheimdienste nach ihrer neuen Rolle und fanden diese in der Bekämpfung des „internationalen Terrorismus“. Außenminister Steinmeier wird zugeschrieben, als Geheimdienstkoordinator der SPD/Grünen-Regierung große Teile dieser Umorientierung initiiert zu haben.

Ein bedeutender Teil des BND-Personals und ausländischer Kontakte waren „alte“ Nazis, die nach der Niederlage des Dritten Reichs auf der CIA-Vatikan-Rattenlinie nach Lateinamerika und in den Nahen Osten entkamen. Einer dieser Mörder und Kriegsverbrecher war Alois Brunner, Eichmanns Assistent, der persönlich den Mord an ca. 100.000 Juden beaufsichtigte. In den 50er-Jahren gelang er mit der persönlichen Hilfe von Gehlen nach Syrien, wo er schließlich die syrische Geheimpolizei dazu trainierte, Foltermethoden einzusetzen. Seine BND-Akte bleibt unter Verschluss, höchstwahrscheinlich weil er für diesen Verein gearbeitet hat. Im BND und anderen Teilen des Staatsapparats wird die Kontinuität vom Dritten Reich der Nazis zum heutigen Staat durch Tausende derartiger Fälle unterstrichen. Diese Kontinuität ergibt sich aus dem Fakt, dass die herrschende Klasse, die Bourgeoisie von Auschwitz, an der Macht blieb. Um diesen Dreck wirklich an der Wurzel auszureißen und die Verbrechen des deutschen Imperialismus zu rächen, bedarf es einer sozialistischen Revolution, die den kapitalistischen Staatsapparat durch die Herrschaft von Arbeiterräten ersetzt. Wir haben uns dem Aufbau einer revolutionären Partei verpflichtet, die nötig ist für den Sieg dieser Revolution. ■

SAV/WASG...

Fortsetzung von Seite 8

programms, das Regierungsbeteiligungen nur für solche Fälle vorsieht, in denen dies zu einem Politikwechsel in Richtung der WASG-Grundsätze führt“ („Offener Brief an Oskar Lafontaine“, 28. Februar).

Voll im sozialdemokratischen Weltbild träumt die SAV von einer kapitalistischen Regierung, die *kein* Übel ist:

„Mal ganz abgesehen davon, dass man auch ohne einen Cent mehr Geld in der Landeskasse viele Dinge anders machen könnte und auch abgesehen davon, dass das Land Berlin die Gewerbesteuer erhöhen könnte und weitere Schulden zur Investitionsfinanzierung machen könnte, so lange die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse noch nicht verändert sind: eine linke Regierung könnte als Teil des außerparlamentarischen Widerstandes einen effektiven Kampf an der Seite der Gewerkschaften und Protestbewegungen für mehr Geld vom Bund führen... Das Beispiel des sozialistischen Stadtrates von Liverpool aus den 80er Jahren ist dafür ein Beleg. Eine Regierung dürfte nicht Verwaltung sein, sondern müsste sich mit den Herrschenden in diesem Land anlegen, um Geld für Soziales und für Löhne locker zu machen.“ („Die Debatte um Regierungsbeteiligung“, *sozialismus.info*, 4. Februar)

Die SAV hebt den Liverpools Stadtrat Mitte der 80er-Jahre als positives Beispiel von Regierungsbeteiligung hervor. Dieser Stadtrat wurde geführt von Mitgliedern der britischen Sektion des Vorläufers des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI). Die britischen Mitglieder des KAI, dessen deutsche Sektion die SAV ist, waren tief in der Labour-Party vergraben. Um mehr Krümel von der Thatcher-Regierung zu erbetteln – die gerade ihre berittene Polizei gegen den großen Bergarbeiterstreik von 1984/85 hetzte –, stellte dieser „sozialistische Stadtrat“ den Arbeitern der Liverpools Stadtverwaltung 31 000 Entlassungsschreiben zu. Das wurde vom KAI als „Taktik“ hingestellt. Was hat das mit Sozialismus zu tun?

Ein Kern ihres Glaubensbekenntnisses, welches in jeder Ausgabe ihrer Zeitung abgedruckt wird, ist die „Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum“ und „Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung“. Die Frage ist: Wer macht die „Überführung“ und wozu? Die Antwort ist: Eine linke Labour-Regierung macht es und zahlt dabei auch noch eine „vernünftige“ Entschädigung. Laut Peter Taaffe, Führer des KAI, würde diese Änderung aufgrund der „gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse“ vom Parlament erlassen werden! Taaffe stellt es sich so vor:

„Wenn die nächste Labour-Regierung ein Ermächtigungsgesetz ins Parlament einführt, um die 200 Monopole, Banken und Versicherungsgesellschaften, die 80 bis 85 Prozent der Wirtschaft kontrollieren, zu nationalisieren, wäre dies ein entscheidender Schlag gegen die 196 Direktoren dieser Firmen, die die tatsächliche Regierung Britanniens sind... Sie würden entschädigt für die Nationalisierung ihres Besitzes auf der Basis von ‚nachgewiesener Bedürftigkeit‘. So ein Schritt, unterstützt von der Macht der Arbeiterbewegung außerhalb des Parlamentes, würde die Einführung eines sozialistischen und demokratischen Produktionsplanes erlauben, ausgearbeitet und durchgeführt durch Komitees aus Gewerkschaften, Vertrauensleuten, Hausfrauen und kleinen Geschäftsleuten.“ (*The State ... a warning to the labour movement* [Der Staat ... eine Warnung an die Arbeiterbewegung])

In seiner grundlegenden Polemik gegen die sozialdemokratischen Entstellungen der Lehre des Marxismus über den Staat argumentierte Lenin im Sommer 1917 in *Staat und Revolution* gegen solche reformistischen Konzeptionen wie die der SAV:

„Theoretisch‘ wird weder in Abrede gestellt, dass der Staat ein Organ der Klassenherrschaft ist noch dass die Klassengegensätze unversöhnlich sind. Außer acht gelassen oder vertuscht wird aber folgendes: Wenn der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist, wenn er eine *über* der Gesellschaft stehende, und ‚sich ihr *mehr und mehr entfremdende‘* Macht ist, so ist es klar, dass die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist nicht nur ohne gewaltsame Revolution, *sondern auch ohne Vernichtung* des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparats der Staatsgewalt, in dem sich diese ‚Entfremdung‘ verkörpert.“ (Lenin, *Staat und Revolution*)

Der Sturz der Bourgeoisie in Russland 1917 erfolgte durch die Oktoberrevolution, die den bürgerlichen Staat, im Kern Polizei, Armee und Gerichte, zerschlug. Durch den Aufstand stürzten die Arbeiterräte (Sowjets) die bürgerliche parlamentarische Regierung aus Menschewiki und Kadetten, die der Bourgeoisie diente. Das ist eine der wichtigsten Lehren der Russischen Revolution, eine Lehre, der die menschowistische SAV zutiefst feindlich gegenüber steht. Wie wir in unserem Artikel „Eine trotzkistische Kritik: Deutschland 1923 und die Komintern“ aufzeigten, dient selbst die linke Version einer parlamentarischen Regierung – wie die KPD/SPD-Landesregierungen in Sachsen und Thüringen Ende Sommer 1923 – der Bourgeoisie und sind ein Hindernis für die Revolution (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 22, Sommer 2001).

SAV – Blind gegenüber rassistischem Staatsterror, Illusionen in „gute Bullen“

Das Verwalten des kapitalistischen Staates heißt Verantwortung zu übernehmen für rassistischen Staatsterror. Die Berliner Bullen des SPD/PDS-Senats führen rassistische Abschiebungen, rassistische Überfälle auf Moscheen und türkische und kurdische Zentren durch. Berüchtigt ist ihr Berlin-Grünauer Abschiebeknast, in dem immer wieder Flüchtlinge Selbstmordversuche begehen. Aber rassistischer

Fortgesetzt auf Seite 22

VORAN Februar 1990
Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

**Gegen CDU/CSU/FDP
SPD in die
Offensive!**

**Voran-Extrablatt
Februar 1990**

**Für die
Vereinigung BRD/DDR**
Das deutsche Volk ist natürlich nicht besser und nicht schlechter als jedes andere. Als Sozialisten lehnen wir nicht nur die primitive Verehrung irgendeines Volkes ab, sondern auch seine Verdammung. Das deutsche Volk hat das gleiche Recht auf Selbstbestimmung wie jedes andere. Nur die Deutschen haben das Recht zu entscheiden.

VORAN Februar 1990
Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

**DDR
Nieder mit der
Bürokratie!**

Zu Vereinigung BRD/DDR
BND 1990.
Auflösung für die SPD!

... durchschneiden...
... verdienen dürfen.
... Enteignet den gesamten Besitz der SED-PDS (oder wie sie auch heißen mag) und macht ihn den Oppositionsgruppen zugänglich. Die SPD muß das von den Stalinisten gestohlene Parteivermögen wieder zurückbekommen.
... Freier Zugang zu den Medien für die Oppositionsgruppen...

SAV 1989/90: Mit Sozialdemokraten für kapitalistische Wiedervereinigung. Ihr „Antistalinismus“ war antikommunistische Hexenjagd

SAV/WASG...

Fortsetzung von Seite 21

Staatsterror spielt keine Rolle bei den hitzigen Debatten in der WASG über eine Regierungsbeteiligung oder in den Forderungen, die die Linken der Berliner WASG und PDS aufstellen. Dies würde ihnen wohl viel zu sehr die Realität des kapitalistischen Staates vor Augen führen. Nur schwer wird man Artikel über und gegen den täglichen staatlichen Rassismus auf den Seiten der *Solidarität* finden.

Um in Frankreich die massiven Proteste von Arbeitern und Studenten gegen Villepins Erstanstellungsvertrag für Berufsanfänger (CPE) abzulenken, wurde eine rassistische Hysterie gegen Ghetto-Jugendliche geschürt. Dies warf ein scharfes Licht auf die Linken; besonders auf ihre krasse Unterstützung der Bullen. Unsere Genossen der Ligue trotskyste de France haben in diese Kämpfe interveniert für eine revolutionäre Perspektive und für die Einheit der Arbeiter im Klassenkampf. Der Kampf musste die Verteidigung der Minderheiten gegen rassistischen Terror und Diskriminierung in den Mittelpunkt stellen, und das wiederum erforderte einen politischen Kampf gegen die Parteien der Volksfront. Ein kleines, aber aufschlussreiches Beispiel für diesen Punkt sah man bei einer Studentenversammlung in Rouen am 24. März, wo unsere Genossen mit einem Antrag intervenierten, der zur „Freilassung aller verhafteten Studierenden und Jugendlichen der Vororte“ (Banlieues) und zur „Einstellung aller Verfahren gegen sie“ aufrief. Die Gauche révolutionnaire (GR), die wie die SAV Teil des KAI ist, zeigte ihr Vertrauen in die Bullen. Sie appellierte an die Studierenden, auch die Unterstützung der Polizei für die Forderung des Antrags einzuholen, der die Freilassung von Demonstranten fordert, die bei Bullenangriffen festgenommen wurden. Dies öffnete die Tür für eine offene Verteidigung der „Arbeit“ der Bullen bei der Verhaftung von „Casseurs“ („gewalttätige Randalierer“) durch einen Sprecher vom Studentenverband UNEF, der von der Sozialistischen Partei und der Ligue communiste révolutionnaire unterstützt wird und als rassistische Vorhut der Volksfront auftritt.

Dieselben bürgerlichen Polizisten, die Immigranten terrorisieren, sind die professionellen Streikbrecher und attackierten z. B. diesen Winter Streikposten in Osnabrück, Stuttgart und München. Bei den Protesten und Streiks des öffentlichen Dienstes trafen wir auf viele Illusionen in den Staat. So wurden Polizeikontingente von ver.di oder GdP akzeptiert. Wir warnten, dass die Polizei der Arm des Klassenfeinds der Arbeiterklasse ist, und forderten: „Polizei raus aus dem DGB!“ Nicht so die SAV. Natürlich hatte die *Solidarität* einen Bericht über die Angriffe der Polizei auf Streikposten in Osnabrück im Februar, die „brutal gegen die ver.di-Streikposten vorging, die das Werkstor mit Müllwagen und einer Menschenkette blockierten“ (März 2006). Aber für die SAV sind Polizisten einfach nur „Lohnabhängige“ wie Arbeiter auch. Bei den Protesten gegen die Agenda 2010 im Herbst 2003 war die SAV-Zeitung voll des Lobs für die Polizei, „gewerkschaft“ GdP, die mit „Generalstreik“ drohte und für die SAV in der vordersten Front des Kampfes stand. (Siehe *Spartakist* Nr. 153, Winter 2003/2004.) Die Umarmung der Polizei ist das Markenzeichen der Sozialdemokratie und integraler Bestandteil ihrer grundlegenden Regierungswilligkeit für die Bourgeoisie.

„Einheit der Linken“ vs. revolutionäre Avantgardepartei

Für die SAV sind Lafontaine und die WASG als „gute alte“ Sozialdemokratie das Instrument, um zum Sozial-

lismus zu kommen. Aber wie die Proteste in Frankreich schonungslos zeigen, wird ein unversöhnlicher Kampf gebraucht, um die Arbeiterklasse von den reformistischen Führern der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien zu brechen, damit sie vereint im Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat auftreten kann. Dagegen stellt die reformistische Linke die „Einheit der Linken“. Das heißt Einheit mit den sozialdemokratischen Ausverkäufern und mit der Bourgeoisie, was die Arbeiterklasse entlang nationaler und ethnischer Linien spaltet.

Die SAV und die Pseudolinke hier betrachten Oskar Lafontaine als die Galionsfigur des „Neuformierungsprozesses der Linken“. Deshalb machte sich die SAV daran, viel Druckerschwärze darauf zu verwenden, Lafontaine nach seiner berüchtigten Chemnitz-Rede im letzten Juni in der WASG zu behalten, nachdem diese Rede einen Skandal verursacht hatte. Diese Rede war ein Ausdruck von sozialdemokratischem nationalem Protektionismus. SAV-Führer Stanicic widmete Lafontaine einen ganzen Artikel, um ihn zu kritisieren („Lafontaine, WASG und die ‚Fremdarbeiter-Rede‘“, *sozialismus.info*, 8. Juli 2005). Er wies auch auf einige von Lafontaines anderen rassistischen Positionen hin, erwähnte seine Kampagne gegen das Recht auf Asyl und seine Anti-Einwanderungshaltung und wies darauf hin, dass dies die Arbeiterklasse spaltet und von der Notwendigkeit der Einheit gegen die Kapitalisten ablenkt. Aber der Zweck von Stanicics Kritik war *nicht*, zu helfen, die notwendige Abspaltung fortschrittlicher Arbeiter von Lafontaine und den anderen WASG/Linkspartei-Führern zu erreichen. Im Gegenteil, Stanicic endet mit einer Bitte um Einheit mit ihnen:

„Das bedeutet nicht, dass es falsch wäre, mit Lafontaine gemeinsam gegen die Agenda 2010, Hartz IV, Lohnkürzungen und den Abbau von Arbeitnehmerrechten zu kämpfen. Aber eine WASG mit Lafontaine braucht einen starke [sic!] innerparteilichen linken Flügel, der entschlossen einfordert, dass Lafontaine und die WASG-Führung Aussagen unterlassen, die zur Spaltung der Arbeiterklasse entlang nationaler Linien genutzt werden können und der einen Kampf gegen nationalistische Ideen führen kann.“

So hilft die SAV mit ihrer Kritik nur, die Arbeiter enger an Sozialchauvinismus zu binden, und behindert den Aufbau einer revolutionären Avantgardepartei. Lenin schrieb als Antwort auf Kautsky, dessen Theorie der „Partei der Gesamtklasse“ die Arbeiterklasse und revolutionäre Elemente in der Sozialdemokratie an die Ebert/Scheidemann/Noske band, die offen den imperialistischen Krieg unterstützten und die deutsche Bourgeoisie vor der Revolution retteten:

„Wir aber werden mit den Opportunisten endgültig brechen; und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampf nicht um eine ‚Verschiebung der Machtverhältnisse‘, sondern um den *Sturz der Bourgeoisie*, um die *Zerstörung* des bürgerlichen Parlamentarismus, um die demokratische Republik vom Typ der Kommune oder die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“ (*Staat und Revolution*)

Wir Spartakisten kämpfen für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei im Geiste von Lenin und Trotzki. Wenn ihr die Nase davon voll habt, den stinkenden Leichnam der Sozialdemokratie, wie die KPD-Gründerin Rosa Luxemburg die SPD so treffend bezeichnete, wieder zu beleben, und eine revolutionäre Alternative sucht, dann diskutiert mit uns! Schließt euch uns an! ■

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 32

In den sieben Wochen seit Beginn der Proteste wurden Dutzende von Universitäten im ganzen Land von Studierenden besetzt oder dichtgemacht. Die Bewegung breitete sich auf die Oberschulen des Landes und in den letzten Wochen auch auf die verfallenden Minderheiten-Ghettos in den Außenbezirken französischer Städte (Banlieues) aus. Von noch größerer Bedeutung ist, dass die Gewerkschaften bei den Protesten eine aktive Rolle gespielt haben. Die massive und sich weiterhin verschärfende Reaktion auf den CPE hat zu Spaltungen innerhalb der Bourgeoisie geführt, auch zu Opposition gegen de Villepin innerhalb seiner eigenen Partei.

Heute waren in ganz Frankreich ungefähr drei Millionen Menschen auf der Straße. Es gab Streiks der Eisenbahner, der Arbeiter im Luftverkehr und im öffentlichen Nahverkehr in über 70 Städten. Die Mobilisierung der Lehrer war massiv, über 50 Prozent der Lehrer an Oberschulen streikte. Dies war die breiteste Streikmobilisierung seit Beginn des Kampfes gegen den CPE, sie betraf nicht nur den öffentlichen, sondern auch den privaten Sektor, darunter die Auto- und andere Metallindustrien, in deren Belegschaften Minderheiten sehr stark vertreten sind. Gleichzeitig waren die Streiks nur partiell, da beispielsweise der öffentliche Nahverkehr von Paris im Großen und Ganzen weiterhin funktionierte. Die Regierung antwortete auf die Mobilisierungen mit harter Hand, Bullen feuerten Tränengas auf Demonstranten und verhafteten mindestens 400 Leute. Gewerkschafts- und Studentenführer drohen mit weiteren Protesten gegen den CPE, die De-Villepin-Regierung aber zeigt keine Anzeichen eines Einlenkens.

Um die Protest- und Streikbewegung zu spalten und entgleisen zu lassen, haben Regierung und Presse versucht, Arbeiter und studentische Jugendliche gegen unterdrückte Minderheiten-Jugendliche aufzuhetzen, und eine Hysterie gegen „Gewalt“ durch „Casseurs“ (gewalttätige Randalierer) – ein rassistisches Kodewort für Ghetto-Jugendliche – hochgepeitscht. Die Wut der Ghetto-Jugendlichen angesichts unaufrichtiger Polizeirepression und wild wuchernder Diskriminierung explodierte letzten November in einem Massenaufbruch der Ghettos in ganz Frankreich. Die rassistische Hysterie gegen Ghetto-Jugendliche wird vom Staat und seinen Sprachrohren dazu benutzt, die blutige Gewalttätigkeit der Polizei vergessen zu machen. Cyril Ferez, ein Mitglied der Postgewerkschaft SUD-PTT, liegt im Koma, nachdem er im Verlauf von Gewerkschaftsdemonstrationen am 18. März von Einheiten der Bereitschaftspolizei verprügelt worden war. Ein weiterer Demonstrant erlitt ebenfalls ein Schädeltrauma durch Polizeigewalt. Bei der Pariser Demonstration vom 28. März trug die SUD-Gewerkschaftsföderation ein Banner gegen Repression zu Ehren von Cyril Ferez und führte die Gewerkschaftskontingente an.

Eine „Atmosphäre von Manipulation“, wie ein französischer Ausdruck sagt, umgibt die Anti-Casseur-Hysterie. Eine der schlimmsten Randalie, die angeblich von „Casseurs“ begangen wurden, ereignete sich in St. Denis zur selben Zeit, als Vertreter der Linken eine Volksabstimmung darüber planten, dass Immigranten bei Kommunalwahlen ein Wahlrecht haben sollten. Die Polizei gibt zu, dass sie Zivilbullen zur Infiltrierung von Studentenprotesten einsetzt, angeblich um „gewalttätige“

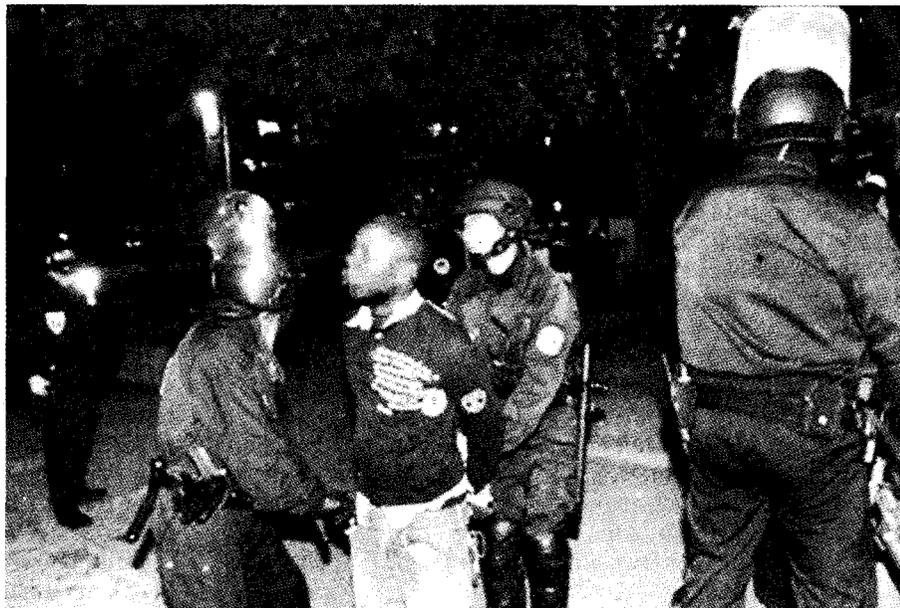
Elemente aus dem Verkehr zu ziehen. Indessen griffen am 14. März in der Nähe der Sorbonne, unter den schützenden Augen der CRS-Bereitschaftspolizei, Faschisten der Front National und anderer Gruppen, mit Metallstangen bewaffnet, protestierende Studierende an.

Vom Beginn der Anti-CPE-Proteste an haben unsere Genossen der Ligue trotskyste de France (LTF) bei Demonstrationen, Studentenversammlungen und Gewerkschaftsmobilisierungen interveniert und betont, wie dringend notwendig es ist, dass die Arbeiterbewegung und die protestierenden Studenten die Sache der Armen im Ghetto zu ihrer eigenen machen. Doch die Gewerkschaftsirrführer, die reformistischen Parteien der Kommunisten (PCF) und Sozialisten (PS) und die „extreme Linke“, die ihnen nachläuft, haben bei dem rassistischen Angriff Beihilfe geleistet. Es war genauso, wie ein Extrablatt von *Le Bolchéviek* vom 15. März betonte: „Tatsächlich ermutigte gerade ihre Unterstützung der Regierung gegen die Revolte der Ghetto-Jugend de Villepin dazu, im Januar seinen CPE und sein ‚Chancenungleichheits-Gesetz vorzulegen‘“ (siehe „Französische Trotzlisten sagen: Nieder mit dem rassistischen ‚Erststellungs-Gesetz! Verteidigt die Ghetto-Jugendlichen!“, Seite 26). Jetzt beteiligen sich die Reformisten am Zetergeschrei gegen „Casseur-Gewalt“, und einige Protestorganistoren haben kriminellerweise sogar die rassistischen Bullen dazu aufgerufen, Ghetto-Jugendliche aus den Demonstrationen hinauszuerwerfen.

Bei der heutigen Pariser Demonstration bildeten viele Blöcke durch festes Unterhaken Ketten, um Jugendliche aus den Banlieues fernzuhalten. Es gab Vorfälle, wo Zivilbullen Jugendliche auf dem Bürgersteig davon abhielten, sich den Demonstranten auf der Straße zu nähern. Die mit der Sozialistischen Partei verbundene CFDT-Gewerkschaftsföderation verkündete über Lautsprecher ihre Ablehnung von Gewalt und ihre Absicht, gegen „Randalierer“ vorzugehen, die versuchen könnten, die Demonstration zu stören. Die LTF intervenierte in Paris und Rouen bei den heutigen Demonstrationen in Opposition zu der Kampagne gegen Ghetto-Jugendliche, wir verkauften mehr als 150 Exemplare von *Le Bolchéviek* und verteilten Tausende Exemplare unseres Extrablatts vom 15. März.

Das Gesetz der Regierung zum Erstanstellungsvertrag schafft ein landesweites zweistufiges System, das neu eingestellte Jugendliche zu Bürgern zweiter Klasse degradiert, die

Fortgesetzt auf Seite 24



30. Oktober 2005: Bullen verhaften Jugendlichen in Pariser Vorort während der Niederschlagung des Ghetto-Aufstands

AFF



Reuters

Britannien, 28. März: Bis zu 1,5 Millionen Arbeiter im öffentlichen Dienst streiken gegen Erhöhung des Rentenalters

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 23

zwei Jahre lang keinen Kündigungsschutz haben. Der CPE ist ein Angriff auf die gesamte Arbeiterbewegung, da die Bourgeoisie versucht, Jugendliche, die um ihre Zukunft bangen – die Arbeitslosigkeit in Frankreich für 18- bis 25-jährige liegt bei über 20 Prozent –, dazu zu benutzen, die Löhne und Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter in den Keller zu treiben.

Insbesondere richtet sich der CPE gegen Minderheiten-Jugendliche in den Banlieues, die Opfer von Bullenterror, Diskriminierung und Massenarbeitslosigkeit sind (48 Prozent nach der letzten Erhebung). Der CPE ist ein Zusatz zu dem so genannten „Chancengleichheitsgesetz“, das als direkte Antwort auf die Rebellion der Ghetto-Jugend im letzten Herbst verabschiedet wurde (siehe: „Frankreich: Freiheit für die verhafteten Jugendlichen! Rassistische Bullen provozierten massive Jugendrevolte“, *Spartakist* Nr. 161, Winter 2005/2006). Dieses Gesetz legalisiert Nachtarbeit für Fünfzehnjährige und erlaubt den Antritt einer Lehre ab dem Alter von 14 Jahren, womit Frankreich und Serbien die einzigen beiden Länder in Europa sind, in denen keine Schulpflicht bis zum Alter von 15 Jahren gilt. Frankreichs Minderheiten-Jugendliche, von den rassistischen kapitalistischen Medien hartnäckig als „Immigranten“ bezeichnet, sind zum größten Teil französische Staatsbürger, geboren und/oder aufgewachsen in Frankreich. Sie sind die Kinder und Enkel von immigrierten Arbeitern, die in den 60er- und 70er-Jahren aus den Ländern des ehemaligen französischen Kolonialreichs kamen, vor allem aus Nordafrika, und in jüngerer Zeit aus Westafrika. Die LTF fordert volle Staatsbürgerrechte für *alle*, die es nach Frankreich geschafft haben, einschließlich der Immigranten ohne Papiere und der Asylsuchenden!

Die reformistischen Führer der Arbeiterklasse, deren Blick auf die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im nächsten Jahr gerichtet ist, wollen eine neue Volksfront-

koalition zusammensetzen. Die Volksfront ist ein Bündnis der Klassenzusammenarbeit zwischen Massenparteien der Arbeiterklasse, wie PCF und PS, und bürgerlichen Parteien, wie den Grünen oder der Gruppierung um den Ultrationalisten Jean-Pierre Chevènement. Diese verräterische Politik ordnet die Arbeiterklasse dem Klassenfeind unter, untergräbt den Klassenkampf und demoralisiert das Proletariat.

Die multiethnische französische Arbeiterklasse *kann* gegen rassistische Angriffe mobilisiert werden. Am 9. November 2005 entwickelte sich in Bobigny, einer Arbeiterstadt von Paris, eine Demonstration, zu der die Gewerkschaftsführer mit ökonomischen Forderungen aufgerufen hatten, stattdessen zu einem Protest gegen den rassistischen Bullenterror, mit dem die Ghettos überzogen wurden. An der Demonstration nahmen Arbeiter des Citroën-Autowerks in Aulnay-sous-Bois teil, wo die Belegschaft größtenteils aus Immigrantenfamilien stammt. Mehrere dieser Arbeiter wiesen darauf hin, dass es eine Verbindung gab zwischen der Entlassung von 500 Arbeitern mit Zeitverträgen im Monat davor und der Revolte in den Wohngebieten der Minderheiten in dieser Stadt.

Es könnte nicht deutlicher sein, dass der Kampf gegen die arbeiterfeindlichen Angriffe der Bosse die Verteidigung der Minderheitenbevölkerung gegen rassistischen Terror und Diskriminierung in den Mittelpunkt stellen muss und dass dies wiederum einen politischen Kampf gegen die Parteien der Volksfront erfordert. Ein kleines, aber bezeichnendes Beispiel dafür gab es auf einer Studentenversammlung am 24. März in Rouen, als unsere Genossen eine Resolution einbrachten, die dazu aufrief, „Sofortige Freilassung aller verhafteten Studierenden und Banlieue-Jugendlichen! Weg mit allen Anklagen!“ Dieser Antrag wurde anfangs vom Großteil der auf der Versammlung anwesenden 150 Studierenden positiv aufgenommen. Dann sprang die „extreme Linke“ als kämpfende Avantgarde der rassistischen Volksfront ein und stellte sicher, dass diese elementare Erklärung der Einheit zwischen Studierenden und Ghetto-Jugendlichen eine Abfuhr erhielt.

Ein Sprecher der Gauche révolutionnaire (GR), verbunden mit Peter Taaffes in Britannien beheimatetem Committee for a Workers International (CWI) – Sozialistische Alternative (SAV) in Deutschland –, rief die Studierenden dazu auf, sich um die Unterstützung der Polizei für die Forderung nach Freilassung der Verhafteten zu bemühen. Dies spiegelte die berüchtigte Position des CWI wider, dass die Bullen der Bosse „Arbeiter in Uniform“ seien. Der Aufruf von GR war der Prolog für den Auftritt eines Sprechers der Studentenvereinigung UNEF, die von der PS und Alain Krivines Ligue communiste révolutionnaire unterstützt wird. Unverhohlen verteidigte er die Bullen, sie hätten nur ihren Job getan, als sie „Casseurs“ verhafteten. Ein Gegenantrag, der es vermied, die Jugendlichen aus den Banlieues ausdrücklich zu verteidigen, wurde mit Unterstützung der gesamten „extremen Linken“, einschließlich einiger der anwesenden Anarchisten, angenommen.

Einige dieser Anarchisten gaben später gegenüber unseren Genossen zu, sie hätten einen Fehler begangen, als sie unseren Antrag nicht unterstützt hatten. Auf einer Studentenversammlung am 27. März in Rouen wurde eine von unseren Genossen initiierte Resolution verabschiedet, die den Ausschluss der Polizei aus den Protesten und „Bullen raus aus den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung!“ forderte.

Auf einer Studentenversammlung im Pariser Vorort St. Denis am 24. März, wo unsere Genossen ebenfalls für die Verteidigung der Banlieue-Jugendlichen eintraten, verteidigte ein Sprecher von Lutte ouvrière (LO) ausdrücklich den Einsatz von Schlägertrupps, um „Casseurs“ gewalt-

sam von den Demonstrationen auszuschließen. Unsere Genossen hatten scharfe politische Auseinandersetzungen mit den Anarchisten und Sozialdemokraten über unsere Verteidigung der Russischen Revolution von 1917, deren letztendlicher Sturz 1991/92 den Weg ebnete für die heutigen Angriffe gegen die Arbeiterklasse und gegen Immigranten.

Rassistische Angriffe auf Minderheiten sind ein Markenzeichen der Volksfront, da sie kapitalistische Austeritätspolitik gegen die Arbeiterklasse durchsetzt. Das Vigipirate-Programm, rassistischer Bullenterror in den Ghettos, wurde von der Volksfrontregierung unter Präsident Francois Mitterrand in der Vorbereitungsphase zum Golfkrieg 1991 eingeführt. Im Herbst 1998, als eine wachsende Bewegung von Schülern mehr Lehrer forderte und gegen die miserablen Bedingungen an ihren Schulen protestierte, antwortete die vom sozialistischen Premierminister Lionel Jospin geführte Volksfrontregierung mit der Entfesselung von Polizeiterror gegen Minderheiten-Jugendliche. In dem von der Regierung Jospin vorgeschlagenen „Sofortmaßnahmenprogramm“ war auch die Schaffung von 10000 Fünfjahres-Arbeitsverträgen für „Jugendjobs“ vorgesehen, spezielle Verträge, unter denen Jugendliche zu Hungerlöhnen und ohne Weiterbeschäftigungsgarantie arbeiten sollten.

Damals wie heute gehörte die LTF zu den Wenigen in der französischen Linken, die für die Verteidigung der Hunderten von Jugendlichen eintraten, die der Polizei auf Demonstrationen oder bei willkürlichen Personenkontrollen ins Netz geraten waren. Wie die LTF in „Casseurs: Kodewort für rassistischen Terror – Nur Arbeiterrevolution kann Jugendlichen eine Zukunft geben!“ (*Le Bolchévik* Nr. 148, Winter 1998/99) schrieb:

„In ganz Frankreich haben die Bullen Jugendliche aus den Minderheitenghettos gewalttätig angegriffen, sie benutzen dabei das rassistische Kodewort ‚Casseurs‘. Dieses Kodewort ist eine echte Lizenz zum Töten und richtet sich gegen Jugendliche aus Immigrantenfamilien...

Die kapitalistische PS-PCF-Regierung, das Exekutivkomitee der Bourgeoisie, versucht Jugendliche der Minderheitenghettos in den Vorstädten gegen die kleinstädtischen und bürgerlichen Jugendlichen der weißen Stadtzentren auszuspielen. Die Regierung setzt Rassismus ein, um letztere in ihrer Tendenz zu bestärken, Bildung für die Privilegierten zu verteidigen, und versucht sie davon abzubringen, für Bildung für alle zu kämpfen.“

Während in Frankreich die Proteste weitergehen, wird Deutschland seit zwei Monaten von einer andauernden Welle von Streiks der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, ver.di, überrollt. Die Streiks richten sich gegen Pläne, Zulagen zu kürzen und die Wochenarbeitszeit von 38,5 auf mindestens 40 Stunden zu verlängern. Darüber hinaus will die gegenwärtige Koalitionsregierung aus Christdemokraten und Sozialdemokraten das Gesetz, das Arbeiter gegen willkürliche Kündigungen schützt, außer Kraft setzen und eine zweijährige Probezeit für alle Neueinstellungen einführen. Arbeiter in ganz Deutschland schauen auf die Ereignisse in Frankreich. Viele sagen, man müsse „französische Methoden“ gegen die Bosse anwenden, obgleich das aus dem Munde der Gewerkschaftsspitzen einfach nur eine Warnung an die Regierung ist, einem Abschluss zuzustimmen oder aber wachsende soziale Unruhen in Kauf zu nehmen. Die Chefin von ver.di in Baden-Württemberg, einer Hochburg des Streiks im öffentlichen Dienst, erklärte in einer Solidaritätserklärung an die französischen Arbeiter und Studierenden: „Unsere Gegner arbeiten längst zusammen. Tun wir es ihnen gleich!“

In ganz Westeuropa sind die kapitalistischen Regierung

fest entschlossen, die Überreste des so genannten „Sozialstaats“ zu beseitigen, jene sozialen Maßnahmen, die hauptsächlich während des antisowjetischen Kalten Kriegs nach dem Zweiten Weltkrieg von den Bourgeoisien eingeführt worden waren aus Furcht vor dem Gespenst einer sozialen Revolution. Als Folge der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion und in Osteuropa 1989–92 starteten die Herrscher der Europäischen Union (EU) einen allumfassenden Angriff auf die Arbeiterbewegung mit dem Ziel, die Profiteure hochzuschrauben, um effektiver mit ihren imperialistischen Rivalen, insbesondere der „Supermacht“ USA, konkurrieren zu können. In allererster Linie bedeutete das rassistischen Terror und andere Angriffe auf Immigranten, Asylsuchende und die unterdrückten Bevölkerungsminderheiten, in Deutschland vor allem von türkischer und kurdischer Abstammung und in Frankreich von schwarzafrikanischer und nordafrikanischer Abstammung. Gleichzeitig haben diese Arbeiter, die Minderheiten angehören, als Teil des Proletariats eine bedeutende soziale Macht und haben in den letzten Jahren bei zahlreichen Kämpfen gegen die Angriffe der Bosse große Kampfbereitschaft bewiesen. Solange jedoch solche Kämpfe in die Sackgasse der Klassenzusammenarbeit und neuer Volksfrontregierungen gelenkt werden, werden sich die Angriffe der Herrschenden nur weiter fortsetzen und vervielfachen.

Entgegen dem Appell der Reformisten für ein *kapitalistisches* „soziales Europa“ rufen wir zu proletarischen Revolutionen auf, um die *vereinigten sozialistischen Staaten von Europa* zu errichten. Als es 1995 in Frankreich zu massiven Streiks im öffentlichen Sektor kam, warnten wir vor den Reformisten, die „vorgeben, den Arbeitern eine Führung zu geben, nur um ihre Kämpfe abzuwürgen und auf Wahlen umzulenken“ („Für eine neue Führung, eine revolutionäre Führung!“, Extrablatt vom 4. Dezember 1995 zum *Le Bolchévik*, abgedruckt in *Spartakist* Nr. 121, Januar/Februar 1996). In der Tat wurden die kämpferischen Streiks 1995 von reformistischen Irreführern zum Scheitern gebracht und dazu benutzt, die rassistische und gegen die Arbeiterklasse gerichtete Jospin-Volksfront an die Macht zu bringen. Unsere Warnung ist heute ganz genauso gültig. Notwendig ist vor allem die Schmiedung revolutionärer Arbeiterparteien, die sich der völligen und bedingungslosen politischen Unabhängigkeit des Proletariats verschrieben haben. Diejenigen, die arbeiten, müssen herrschen! ■

Abonniert!

Le Bolchévik

**Zeitung der
Ligue trotskyste
de France**

4 Ausgaben

€ 5,-

incl. *Spartakist*

(französische Ausgabe)

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde

Postfach 2 35 55

10127 Berlin

Konto 1 19 88-601

Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

LE BOLCHEVIK
N° 179 - Mars 2006

**A bas la loi raciste
sur l'« égalité des chances »
visant les jeunes des banlieues!**

A bas le CPE!

**PCF, LCR
veulent canaliser
les protestations
vers l'élection
d'un nouveau
« front populaire »
capitaliste**

**A bas la directive
antisindacale Bolkestein!**

page 16

Französische Trotzlisten sagen: Nieder mit dem rassistischen „Erstanstellungs“-Gesetz! Verteidigt die Jugendlichen der Banlieues!

Nachfolgend drucken wir das übersetzte Flugblatt unserer Genossen der Ligue trotskyste de France vom 15. März.

Staatliche Repression und Einschüchterung von Demonstranten, die gegen den Erstanstellungsvertrag (CPE) protestieren, nehmen täglich zu, immer mehr Leute werden verhaftet. **Sofortige Freilassung aller Demonstranten! Alle Anklagen müssen fallengelassen werden!** Die Bullen-Bereitschaftseinheiten traktieren Studierende mit Tränengas und verprügeln sie genauso, wie der Staat im letzten November mit den Jugendlichen schwarzafrikanischer und nordafrikanischer Abstammung aus den Arbeitervierteln verfuhr, die gegen die tägliche rassistische Unterdrückung und gegen die Tötung zweier Jugendlicher durch die Bullen protestier-

LE BOLSCHEVIK

ten, die vor einer Polizeikontrolle in Clichy-sous-Bois geflohen waren. Auch für diese Jugendlichen **fordern wir, sie sofort freizulassen und alle Anklagen gegen sie fallenzulassen!**

Der CPE würde Arbeitern ein Zwei-Stufen-System auferlegen, mit einer zweijährigen Probezeit für die unter 26-jährigen. Junge Arbeiter, egal welcher sozialen oder ethnischen Herkunft, werden der Gnade ihrer Bosse ausgeliefert sein: Sollten sie bloß einmal Überstunden ablehnen, sollten sie bloß einmal streiken oder einmal im Gespräch mit einem Gewerkschaftsaktivisten gesehen werden, sollten sie schwanger werden usw., wird man ihnen wahrscheinlich die Tür weisen. Falls der Angriff gelingt, wird er auf alle Arbeiter ausgedehnt werden, um Entlassungen zu erleichtern. Diese Maßnahme zielt darauf ab, die Arbeiterbewegung noch mehr zu schwächen und neue Angriffe auf alle Arbeiter vorzubereiten. Aus diesem Grund ist es im direkten Interesse der gesamten Arbeiterklasse, diesen neuerlichen Angriff zurückzuschlagen.

Unmittelbare Zielscheibe des CPE sind die Ghetto-Jugendlichen aus den Vorstädten, die ohnehin schon mit hoher Arbeitslosigkeit, permanenter rassistischer Ausgrenzung bei Einstellungen, im Schulwesen und bei der Wohnungssuche zu kämpfen haben und die unaufhörlich von den Bullen schikaniert werden. Das so genannte „Chancengleichheits“-Gesetz, wovon der CPE nur ein Bestandteil ist, sieht auch vor, Familienbeihilfen für Eltern auszusetzen oder gar zu streichen, wenn deren Kinder die Schule schwänzen oder „wenn irgendeine andere durch unzureichende elterliche Autorität bedingte Schwierigkeit auftritt“. Mit anderen Worten, dieses Gesetz trifft die ärmsten Schichten der Bevölkerung, insbesondere Arbeiterfamilien, und ganz speziell die Familien von Alleinerziehenden mit Immigrantenherkunft. Genau das sagte Premierminister Dominique de Villepin bei seinem Fernseh-Interview am 12. März, er versuchte dadurch, die Studierenden zu beschwichtigen und ganz allgemein die Jugendlichen zu spalten, er sagte, dass diese Maßnahme auf die arbeitslose Ghetto-Jugend abziele und dass (weiße) Studierende mit ihren Qualifikationen weiterhin (!) dauerhafte Anstellungen bekommen würden. **Nieder mit dem CPE! Nieder mit dem rassistischen „Chancengleichheits“-Gesetz! Nieder mit den rassistischen Vigipirate-Polizeikontrollen! Die Arbeiterbewegung muss die Ghetto-Jugendlichen verteidigen!**

Der ganze Sinn des CPE ist die Untergrabung der Einheit der Arbeiterklasse durch Verschärfung der Differenzen zwischen Jung und Alt und zwischen dunkelhäutigen Jugendlichen nichteuropäischer Herkunft und denen europäischer

Herkunft. Es ist ein Versuch, die Jugendlichen, insbesondere die aus den Ghettos, gegen die Gewerkschaften selbst auszuspielen. Um diesen Angriff zurückzuschlagen, muss die Arbeiterbewegung die engen Grenzen der Gewerkschaftspolitik überschreiten und ganz direkt der besonderen Unterdrückung von Immigranten und in Frankreich geborenen Jugendlichen nordafrikanischer und schwarzafrikanischer Herkunft entgegentreten. Die Arbeiterbewegung muss rassistische Ausgrenzung bei der Wohnungssuche, im Bildungswesen und bei den Einstellungen bekämpfen. **Für die Aufteilung der gesamten Arbeit auf alle Arbeiter ohne Lohnverlust, mit unbefristeten Verträgen!** Das kapitalistische System ist nicht nur unfähig, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, sondern es ist das System selbst, das eine Schicht von Dauerarbeitslosen hervorbringt, um die Ausbeutung aller Arbeiter zu verschärfen. Jeder ernsthafte Kampf in dieser Sache stellt die Frage des Sturzes des gesamten kapitalistischen Systems durch Arbeiterrevolution.

Die Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokraten – vor allem die Sozialistische Partei (PS), aber auch die Kommunistische Partei (PCF) – widersetzen sich dem CPE, versuchen aber gleichzeitig Streikaktionen der Arbeiter zu bremsen. Aus diesem Grund wurde die zweite größere Gewerkschaftsmobilisierung auf den 18. März, einen Samstag, angesetzt. Doch damals im November rührten die gleichen Gewerkschaftsbürokraten keinen Finger zur Verteidigung der belagerten Jugendlichen in den Ghettos. Was die PS und die PCF betrifft, so riefen sie auf dem Höhepunkt der Revolte den bürgerlichen Staat dazu auf, die „Ordnung wiederherzustellen“, wobei die PS sogar den „Ausnahmestand“ offen unterstützte zur Verteidigung „ihrer“ Republik. Wenn also jetzt diese gleichen Irreführer zornig die gegen die Jugend gerichteten Angriffe von Innenminister Nicolas Sarkozy und de Villepin und den Einsatz von Bereitschaftspolizei gegen protestierende Studierende durch die Regierung anprangern, dann unterstreicht dies nur ein weiteres Mal ihre enorme Scheinheiligkeit und ihren enormen Opportunismus und ihre beschwichtigende Haltung gegenüber rassistischer Unterdrückung. **Tatsächlich ermutigte gerade ihre Unterstützung der Regierung gegen die Revolte der Ghetto-Jugend de Villepin dazu, im Januar seinen CPE und sein „Chancengleichheits“-Gesetz vorzulegen.**

Hinter dem Anti-CPE-Radikalismus der sozialdemokratischen Führer stecken natürlich ihre Wahlambitionen für 2007. Sie sehen endlich eine Möglichkeit, die Erinnerung an PS-Premierminister Lionel Jospins „Plurale Linke“ zu tilgen, die vorherige Volksfrontregierung (eine Regierung aus PS und PCF zusammen mit kleinen bürgerlichen Parteien wie den Chevènement-Leuten, den Linken Radikalen und den Grünen). Es war Jospins „Plurale Linke“, die letztes Mal ihre eigene Sorte von Niedriglohnjobs für Jugendliche eingeführt hat, die die Universitäts„reform“ in Kraft setzte und die rassistischen Vigipirate-Personenkontrollen wieder aufnahm. Die Sozialdemokraten, insbesondere die PCF, gehen mit der Lüge hausieren, dass sie angeblich ihre Lektion gelernt haben und dass sie sich, sollten sie gewählt werden, aktiv für die Interessen der Arbeiter und Immigranten und Jugendlichen einsetzen würden. Doch das kapitalistische System zu regieren bedeutet in erster Linie, die Interessen der „eigenen“ Bourgeoisie und deren Profiteure gegen ausländische kapitalistische Rivalen zu verteidigen – was verstärkte Ausbeutung der Arbeiter und ver-

schärfte Unterdrückung im eigenen Land, in den Ex-Kolonien, in Osteuropa und darüber hinaus bedeutet.

Die Studierenden müssen sich der Arbeiterklasse zuwenden. Sie sollten den Anti-CPE-Erklärungen einiger Universitätspräsidenten, die entsprechend Minister-Weisungen Budgets kürzen, Arbeiter entlassen und die Cafeterias und die Gebäudereinigung privatisieren, nicht vertrauen; sie mieten Sicherheitsleute an und rufen die Bullen usw. Die potentiellen Verbündeten der Studierenden an der Universität sind nicht die Universitätspräsidenten, die die Kapitalisten repräsentieren, sondern Universitätsarbeiter und -lehrer. Der Kapitalismus ist kein Politikbaukasten, aus dem sich seine Herrscher nach Gutdünken etwas herausuchen können; es ist ein System, das in der Ausbeutung einer Klasse durch eine andere wurzelt, und die herrschende Klasse setzt ihre Bereitschaftspolizei, ihre Gerichte und Gefängnisse ein, um den Erhalt dieser Machtverhältnisse zu sichern. Die Rolle der Universitäten besteht darin, die nächste Generation von Ideologen und Entscheidungsträgern auszubilden, die das kapitalistische System führen sollen. Studierende haben die Wahl, sich entweder anzupassen – oder sich der Sache der sozialistischen Revolution anzuschließen.

Der CPE ist der jüngste in einer ganzen Reihe von Angriffen gegen Arbeiter und Jugendliche und er muss zurückgeschlagen werden. Doch selbst dann würden die Kapitalisten mit neuen Angriffen wieder in die Offensive gehen. Um ein für alle Mal mit derartigen „Flexibilisierungs“-maßnahmen Schluss zu machen, die im Wesen des Kapitalismus liegen, muss man das System selbst zerstören. Wir kämpfen für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei – multiethnisch und internationalistisch –, deren Ziel es ist, die Arbeiterklasse in einer sozialistischen Revolution zu führen. Und das bedeutet einen Kampf gegen die Politik derer – darunter die vielen Studentenaktivisten in der Kommunistischen Jugend und der Studentenföderation UNEF –, die heute ihre „Kampf-gegen-Rechts“-Rhetorik von sich geben, nur um morgen einer weiteren *kapitalistischen* Volksfrontregierung unter Führung von PS und PCF den Weg zu ebnen.

Im Mai '68 entfachten die Aktionen der Studierenden einen dreiwöchigen Arbeitergeneralstreik, der Millionen von Arbeitern auf die Straße mobilisierte, aber auch, vor allem wichtig, zu Fabrikbesetzungen. Es waren diese Streiks und Fabrikbesetzungen, die der herrschenden Klasse nicht nur hier in Frankreich, sondern weltweit einen Schock versetzte. Doch da es keine revolutionäre Partei gab, wurden die Streiks demobilisiert und verraten, vor allem von der stalinistischen Kommunistischen Partei, die es dank ihres Einflusses innerhalb der Arbeiterklasse schließlich fertig brachte, die Haut der französischen Bourgeoisie zu retten.

Doch heute ist nicht 1968. Jetzt, nach der Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates 1991/92, verschärfen die Kapitalisten weltweit ihre Offensive zur Vernichtung der Errungenschaften der Arbeiter, einschließlich der durch den Mai '68 erreichten, wobei der CPE nur ein Vorstoß ist im Rahmen des Generalangriffs, den die französischen Kapitalisten durchführen, um im Vergleich zu ihren Rivalen ihre Profitrate zu steigern. Die Konterrevolution in der ehemaligen UdSSR brachte eine enorme politische Demoralisierung der Arbeiter mit sich, in Frankreich noch verschärft durch die Jahre kapitalistischer Austeritätsregierungen unter der Führung von Volksfronten (Mitterrand, Jospin), so dass die Arbeiterklasse gegenwärtig den revolutionären Sozialismus nicht als mögliche Alternative zum Kapitalismus ansieht.

Nicht der Kommunismus, sondern seine Parodie, der Stalinismus, war in einer Sackgasse gelandet. Trotz ihrer stalinistischen Degeneration verteidigten wir die Sowjetunion gegen Imperialismus und Konterrevolution; wir kämpften für eine proletarisch-politische Revolution, um die stalinisti-

sche Bürokratie zu stürzen. Zum Beispiel warfen wir in Ostdeutschland Ende 1989 und Anfang 1990 alle unsere Kräfte in den Kampf für ein rotes Rätedeutschland, in Ost- und Westdeutschland, und gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung. Dies war das genaue Gegenteil der Rolle, die die so genannten „Linken“ der Ligue communiste révolutionnaire (LCR), Lutte ouvrière (LO) usw. spielten, die die Konterrevolution unterstützten und die jetzt über den CPE und andere Folgen der kapitalistischen Restauration in der Sowjetunion jammern.

Um den Teufelskreis aufeinander folgender kapitalistischer Regierungen der Rechten und der Volksfront zu durchbrechen, ist es notwendig, mit den Reformisten zu brechen und diese Verräter zu entlarven. Stattdessen bringt die so genannte „extreme Linke“ ihre Zeit mit Versuchen, gemeinsame Treffen und andere vorbehaltlose Vorschläge einer „Einheit im Kampf“ mit Leuten wie PS-Chef Hollande und PCF-Chef Buffet zu organisieren. Am 11. März, gleich nach dem Bullenangriff auf die Sorbonne, appellierte LCR-Führer Besancenot erneut an eben diese Kräfte: „Die gegen den CPE mobilisierten Jugendlichen brauchen die Hilfe und die Solidarität aller Kräfte der Linken, vor allem gegen die Anmaßung und Unnachgiebigkeit der Regierung. Wir schlagen ein Treffen zum frühest möglichen Zeitpunkt vor, um eine vereinte Gegenwehr gegen diese jüngsten Regierungsangriffe vorzubereiten.“ Die kriecherische Anbiederung der LCR an die PS und andere „linke Kräfte“ wie die bürgerlichen Chevènement-Leute, in der Hoffnung, sie kämpferischer zu machen, kann nur die schlimmsten Illusionen der Arbeiterklasse und militanter Jugendlicher in die sozialdemokratischen Verräter stärken und deren Ambitionen, aus der Anti-CPE-Kampagne Kapital zu schlagen für die Wahlen 2007, ein linkes Mäntelchen umhängen. Der Preis, den die LCR für ihre Appelle zur Einheit mit PS & Co. zahlt, ist das Totschweigen des rassistischen Charakters des „Chancenungleichheitsgesetzes“ und der Tatsache, dass dieses sich vor allem gegen Ghetto-Jugendliche aus Immigrantenfamilien richtet.

Heute arbeitet die LCR auf die nächste PS-PCF-Regierung hin, doch im April/Mai 2002 setzten sie ihren Einfluss bei den gewaltigen multiethnischen Demonstrationen von Jugendlichen gegen den faschistischen Demagogen Le Pen dazu ein, zur Stimmabgabe für Präsident Chirac aufzurufen. So tragen sie einen Teil der Verantwortung für diese reaktionäre rechte Regierung. LO widersetzte sich einer Stimmabgabe für Chirac, aber ihre Unterstützung für das rassistische Gesetz gegen das Kopftuch und ihre beschränkte ökonomistische Intervention in der Arbeiterklasse erleichtert die Angriffe von Chirac, de Villepin und Sarkozy. Diese reformistischen Organisationen können nicht gegen rassistische Unterdrückung kämpfen, geschweige denn die Arbeiterklasse zu ihrer sozialen Emanzipation führen, denn ihre gesamte Perspektive basiert auf Klassenzusammenarbeit.

Eine revolutionäre Arbeiterpartei würde gegen solche eine Klassenzusammenarbeit kämpfen. Eine revolutionäre Führung der Gewerkschaften würde versuchen, die Arbeiterklasse dieses Landes gegen den CPE und die Polizeirepression gegen Demonstranten zu mobilisieren. Die Arbeiterklasse ist die Quelle allen Profits, den sich dann die Kapitalistenklasse aneignet, und wenn die Arbeiter zu arbeiten aufhören und streiken, haben sie die Macht, die Produktion lahm zu legen und den Profitfluss zu stoppen. In den defensiven Klassenkämpfen in Westeuropa und in anderen Teilen der Welt muss die Arbeiterklasse den Marxismus – die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus und der proletarischen Revolution – erneut verstehen lernen und als ihre ureigene Sache anerkennen. Wir kämpfen für den Aufbau revolutionärer Arbeiterparteien international, um die Arbeiter zu neuen siegreichen Revolutionen zu führen, wie im Oktober 1917 in Russland. ■

Iran...

Fortsetzung von Seite 2

Um eine US-Bedrohung abzuwehren, braucht Iran heute genauso sehr Atomwaffen, wie Äthiopien in den 30er-Jahren Masergewehre brauchte, um die italienischen Imperialisten abzuwehren. **USA, Deutschland, Britannien, Frankreich – Hände weg vom Iran! Keine UN-Intervention! US-/britische und alle imperialistischen Truppen – raus aus dem Irak! Bundeswehr/USA/NATO – raus aus Afghanistan und raus aus dem Balkan!**

Für klassenkämpferische Opposition zum Imperialismus!

Die iranische „Bedrohung“ wurde in Deutschland auch damit hochgepeitscht, dass Iran das Existenzrecht Israels in Frage stellen würde, wozu die reaktionären antisemitischen Tiraden des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad zitiert werden. Am 16. Dezember erklärte der Bundestag in einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen, einschließlich der Linkspartei, das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels bleibe ein Grundpfeiler der deutschen Politik. Aber Israel ist im Nahen Osten heutzutage der einzige Staat, der Atomwaffen besitzt, und droht Iran mit Angriffen. Auf der NATO-Sicherheitskonferenz setzte Merkel Iran mit dem Dritten Reich gleich. Darin folgt sie Joschka Fischer, der die Beteiligung des deutschen Imperialismus am NATO-Krieg gegen Serbien 1999 damit rechtfertigte, dass er den damaligen serbischen Präsidenten Milosevic zu einem „neuen Hitler“ erklärte und ein neues Auschwitz verhindern wolle.

Israels Herrscher haben wiederholt ihre Bereitschaft



Landau/Jerusalem

Israelischer Techniker Mordechai Vanunu – Aktivist für Rechte der Palästinenser – wird nach Entführung durch den Mossad (1986) nach Jerusalem vor Gericht gezerzt. Zionisten warfen ihn 18 Jahre ins Gefängnis, weil er ihr Atomprogramm aufgedeckt hatte

deutlich gemacht, Atomwaffen einzusetzen. Sie haben eine Politik – vom Journalisten Seymour Hersh die „Samson-Option“ getauft –, die gesamte Region in einen atomaren Holocaust zu stürzen, sollte Israel von einer militärischen Niederlage bedroht sein. 1986 enthüllte der israelische Atomtechniker Mordechai Vanunu vor der Welt, dass Israel damals über 200 atomare Sprengköpfe verfügte. Für seinen mutigen Dienst an der Menschheit schmachtete Vanunu fast zwei Jahrzehnte in Israels Kerkern.

Während die USA und Israel offen drohen, ihre Atombomben einzusetzen, hat das gegenwärtige iranische Regime gesagt, dass der Einsatz von Atomwaffen im Gegensatz zu seinem islamischen Glauben steht. Ein Buch von 1989, *Der längste Krieg: Der militärische Konflikt Iran-Irak* von

Dilip Hiro, stellt fest, dass Ayatollah Chomeini, als er von iranischen Militärführern gedrängt wurde, als Antwort auf Iraks breiten Einsatz chemischer Waffen im Iran-Irak-Krieg 1980–88 ebensolche Waffen einzusetzen, „Verlautbarungen zufolge seine frühere Ablehnung wiederholte, die auf dem Argument basierte, dass der Islam seinen Kämpfern verbietet, die Atmosphäre zu verschmutzen, sogar im Falle eines Dschihad, eines Heiligen Krieges“. Untersuchungen der UNO am Ende des Krieges, der auf beiden Seiten reaktionär war, konnten keine Beweise erbringen, dass Iran chemische Waffen eingesetzt hatte. Im Gegensatz dazu antworteten Frankreich und Britannien im Ersten Weltkrieg mit eigenen Giftgasangriffen, nachdem Deutschland giftiges Chlorgas eingesetzt hatte. Somit hat Iran eine Glaubwürdigkeit, die die imperialistischen Mächte nicht besitzen.

Ein Entwurf einer „Doktrin für gemeinsame Atomoperationen“ des Pentagon vom 15. März 2005, der im letzten Herbst ans Licht kam, forderte, „Befehlshaber gemeinsamer Streitkräfte“ in einer Reihe von Szenarien zum Einsatz von Atomschlägen zu autorisieren. „Es ist entscheidend“, behauptet das Dokument, „dass US-Truppen darauf ausgerichtet sind, Atomwaffen einzusetzen, wenn es nötig ist, um WMD-Anwendungen [WMD – Weapons of Mass Destruction = Massenvernichtungswaffen] zu verhindern oder zurückzuschlagen.“ Gemäß solcher Richtlinien wären die Befehlshaber 2003 autorisiert gewesen, einen Atomschlag gegen Irak zu führen. Zu denjenigen, die eine solche Autorisierung erhalten hätten, hätte Generalleutnant a.D. William G. Boykin gehört, der einmal in Bezug auf ein Gefecht mit einem muslimischen Kriegsfürsten in Somalia 1993 erklärte: „Ich wusste, dass mein Gott größer war als seiner.“

Das irrationale, anarchische, profitgetriebene kapitalistische System wurde in dieser Epoche seines imperialistischen Verfalls noch irrationaler. Massengemetzel sind konzentrierter Ausdruck und ultimative Logik der „gewöhnlichen“ brutalen Funktionsweise des kapitalistischen Systems, das täglich Unzählige rund um die Welt zum Tod durch Unterernährung, Mangel an medizinischer Versorgung und lebensgefährliche Arbeitsbedingungen verdammt.

Nötig ist eine klassenkämpferische Opposition gegen die Imperialisten durch das internationale Proletariat, besonders in den USA und in Europa. Das Haupthindernis dazu ist die pro-kapitalistische Arbeiterbürokratie und die Sozialdemokratie, deren Akzeptierung des kapitalistischen Profitsystems und weltweites Eintreten für die Interessen ihres jeweiligen Imperialismus die Arbeiterklasse an ihren Klassenfeind kettet. Die multiethnische Arbeiterklasse braucht eine revolutionäre Führung. Wenn es für die Arbeiterklasse, Minderheiten und Jugendlichen eine andere Zukunft geben soll als erdrückende Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Unterdrückung und Krieg, wenn die verelendeten Massen der Welt eine andere Zukunft haben sollen als Hunger und imperialistische Unterordnung, dann muss dieses ganze System an der Wurzel ausgerissen werden durch sozialistische Revolutionen und weltweit ersetzt werden durch eine rational geplante Wirtschaft. Wir Spartakisten kämpfen für den Aufbau revolutionärer Arbeiterparteien – Sektionen einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale –, die das Proletariat führen werden in dem Kampf, das bluttriefende imperialistische System wegzufegen und die Herrschaft der Arbeiter zu errichten.

Verteidigt China!

Das Säbelrasseln der USA gegen Iran bedeutet auch eine ernste Bedrohung für China. Siegreich aus dem Kalten Krieg gegen die UdSSR hervorgegangen, hat der US-Imperialismus nun den chinesischen deformierten Arbeiterstaat als strategisches Ziel, wo durch die 1949-er Revolution die kapitalistische Herrschaft gestürzt wurde. Die Imperialisten

haben für die Restauration des Kapitalismus in China eine zweigleisige Strategie verfolgt: wirtschaftliche Durchdringung und militärischen Druck.

Ein Artikel der *Asian Times* (2. Dezember 2004) bemerkte: „Zunehmend macht sich das Bild unter chinesischen und russischen Experten für Außenpolitik breit, die Islamische Republik Iran sei eine Art Frontstaat in einer globalen Gegenüberstellung gegen die US-Vorherrschaft nach dem Kalten Krieg.“ China bezieht 14 Prozent des Öls für seine wachsende Wirtschaft aus dem Iran. Ende 2004 unterzeichnete China einen 70-Milliarden-Dollar-Vertrag mit Iran über Öl und Gas für etwa 30 Jahre, in dessen Rahmen Chinas staatseigene Ölgesellschaft Sinopec 51 Prozent Anteile an Irans Yadavaran-Ölfeld mit seinen geschätzten drei Milliarden Barrel an Reserven bekommen wird.

Der US-Imperialismus hat militärische Stützpunkte in Zentralasien eingerichtet, was auf eine strategische Einkreisung Chinas abzielt sowie auf die Verstärkung der US-Bemühungen, Ölressourcen sowohl gegenüber dem kapitalistischen Russland als auch dem chinesischen deformierten Arbeiterstaat zu kontrollieren. Während der US-Imperialismus im Irak festgefahren ist, hat er eine „Eindämmungspolitik“ gegen China verfolgt, auch durch die Stärkung von militärischen Verbindungen mit dem japanischen Imperialismus – zum Beispiel letztes Jahr durch den US-japanischen Pakt zur Verteidigung des kapitalistischen Taiwan gegen das rote China. Voriges Jahr haben die USA zugesagt, das atomar bewaffnete Indien mit zusätzlicher Atomtechnologie zu versorgen, in einem Versuch, „die Verbindungen mit Indien zu verbessern, teilweise als Gegengewicht zu China“ (*New York Times*, 19. Juli 2005). Einfach ausgedrückt: Es ist okay, wenn Alliierte des US-Imperialismus Atombomben haben, aber nicht bei so genannten „Schurkenstaaten“.

Als Trotzlisten kämpfen wir für die bedingungslose militärische Verteidigung der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten – China, Nordkorea, Vietnam und Kuba – gegen militärische Angriffe und kapitalistische Konterrevolution. Daher unterstützen wir das Testen sowie den Besitz von Atomwaffen durch China und durch Nordkorea als ein notwendiges Abschreckungsmittel gegen imperialistische Nuklear-Erpressung. Chinas bescheidenes Atomarsenal ist ein wichtiger Bestandteil dieser Abschreckung.

Es ist lebenswichtig, dass China den imperialistischen Bestrebungen widersteht, Iran zu entwaffnen. Aber obwohl das stalinistische Beijinger Regime in Worten den UN-Sanktionen gegen den Iran widerspricht, hat es mit den Imperialisten zusammengearbeitet. Gemeinsam mit Russland hat China gerade den Forderungen der USA und der Europäer zugestimmt, dass Iran vor den UN-Sicherheitsrat gezerzt werden soll. Auf ähnliche Weise hat China geholfen, imperialistische „Verhandlungen“ zu vermitteln, die darauf abzielen, die Entwicklung von Atomwaffen durch Nordkorea zu stoppen, das im letzten Jahr verkündete, es habe welche entwickelt. Die Rolle Beijings war besonders kriminell, wenn man bedenkt, dass sich alles, was die Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates Nordkorea untergräbt, gegen den chinesischen deformierten Arbeiterstaat wenden wird.

Die Politik der Beijing-Stalinisten von „friedlicher Koexistenz“ mit dem Imperialismus untergräbt Chinas eigene Verteidigung. Wir kämpfen für politische Arbeiterrevolutionen in den deformierten Arbeiterstaaten, um die stalinistischen Bürokratien davonzujagen und sie durch Regime zu ersetzen, die auf demokratisch gewählten Arbeiter- und



Berlin, 22. März 2004: SpAD interveniert gegen imperialistische Bundeswehr und gegen Illusionen in imperialistische UNO

Bauernräten basieren. Solche revolutionären Regime müssen von einem Programm des revolutionären Internationalismus geleitet sein, im Kampf für die Ausweitung der proletarischen Herrschaft durch internationale sozialistische Revolution, insbesondere in den imperialistischen Zentren USA, Japan und Westeuropa.

Nuklear-Cowboys entfesselt

Seit 2003 ist Iran den Untersuchungen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) unterworfen, die keinen Beweis für ein Atomwaffenprogramm gefunden hat. Nachdem Iran am 3. Januar angekündigt hatte, dass es seine Anreicherungsanlage in Natanz wieder in Gang setzen würde, hat Bush gedrängt, Iran vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen, um Sanktionen zu verhängen. Wirtschaftssanktionen sind ein kriegerischer Akt. Sowohl dem Krieg gegen den Irak von 1991 als auch dem von 2003 gingen UNO-Sanktionen voraus, die als Vorbereitung dienten.

Bushs Weißes Haus hat sich viele Positionen der zionistischen, neo-konservativen Denkarbik „Project for the New American Century“ (Projekt für das Neue Amerikanische Jahrhundert) angeeignet, die zur Sicherung der US-Kontrolle über den Nahen Osten schon lange einen „Regimewechsel“ im Iran und auch im Irak befürwortet. Wesentlich für diese Perspektive ist die Schaffung eines „Cordon sanitaire“ (Sicherheitsgürtel) rund um Israel durch die Einsetzung von gefügigen Regimen in den angrenzenden Ländern.

Wie Seymour Hersh in einem Artikel des *New Yorker* vom 24. Januar 2005, „The Coming Wars“ (Die kommenden Kriege), berichtet:

„Die [Bush-]Regierung hat mindestens seit letztem Sommer geheime Aufklärungsmissionen im Iran durchgeführt. Ein Großteil der Aufmerksamkeit konzentriert sich auf die Sammlung von Kenntnissen und Zielinformationen über iranische Nuklear-, Chemie- und Raketentstätten, sowohl erklärte als auch vermutete. Die Absicht ist, drei Dutzend und vielleicht noch mehr solcher Ziele zu identifizieren und herauszusondern, die durch Präzisionsschläge und kurzfristige Kommandoeinsätze zerstört werden könnten.“

Israelische Politiker haben angedeutet, dass Israel Irans Atomanlagen bombardieren könnte – wie bereits 1981 Iraks Atomkraftwerk Osirak. Angesichts des kürzlichen Hamas-Sieges bei den palästinensischen Parlamentswahlen werden die zionistischen Herrscher die Hysterie über „islamischen Terrorismus“ wahrscheinlich weiter aufpeitschen, um sowohl die Bedrohung gegen Iran zu verschärfen als auch

Fortgesetzt auf Seite 30

**Europa
an der Seite
der UNO
nicht im Schatten
der USA!**

Am 13. Juni
Sozial wählen.



www.pds-sozial.de

**Europawahl
2004:
PDS agitiert für
deutsch-
geführten im-
perialistischen
Handels-
block EU.
Die UNO ist im-
perialistische
Räuberhöhle.
UN-Hungerblo-
ckade gegen
Irak tötete 1,5
Millionen Iraker**

Iran...

Fortsetzung von Seite 29

die Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu verstärken. Die USA, die Israel im letzten Jahr mit 500 „Bunker-Brecher“-Bomben beliefert haben, könnten Israel grünes Licht geben, Iran anzugreifen. Aber anders als der Irak 1981 hat der Iran heute mindestens neun verschiedene Anlagen, vorwiegend unterirdisch, was so eine Operation weit schwieriger macht. Iran hat gewarnt, er würde auf einen Angriff reagieren, indem er israelische und westliche Kräfte im Persischen Golf angreift, und ein iranischer General betonte: „Die Welt weiß, dass Iran ballistische Raketen mit 2000 km Reichweite hat“ (Londoner *Observer*, 29. Januar).

Es gibt eine Reihe von Hindernissen für einen US-Angriff auf Iran. Da Iran auf 10 Prozent der weltweiten Ölreserven sitzt, würde ein Angriff die Ölpreise international noch höher treiben und wahrscheinlich eine internationale Wirtschaftskrise auslösen. Darüber hinaus ist das US-Militär ernsthaft mit der Aufrechterhaltung der grausamen Besetzung des Irak belastet. Unter solchen Bedingungen können die USA ein Land, das so groß und bevölkerungsreich ist wie Iran, nicht erobern, ohne die Wehrpflicht wieder einzuführen, was bei der US-Bevölkerung, die zunehmend die Irak-Besetzung ablehnt, nicht gut ankommen würde. In der Zwischenzeit – als eine unbeabsichtigte Folge der US-Besetzung – sind im Irak schiitische Parteien an der Macht, die in der Vergangenheit enge Verbindungen zum schiitischen Regime im Iran hatten. Ein Angriff auf Iran würde Iraks schiitische Mehrheit in Wut versetzen und einen Großteil der iranischen Bevölkerung hinter das fundamentalistische Regime in Teheran scharen.

Frankreich und Deutschland unterstützen die Forderung der USA, dass der UN-Sicherheitsrat Iran „handhaben“ soll, was zu Sanktionen führen könnte. Bush hat in der neuen CDU-Kanzlerin Angela Merkel eine Verbündete gefunden. Merkel stand demonstrativ hinter Chiracs Atomschlags-Drohung gegen den Iran. Über den Besuch von Merkel in Paris berichtet *stern.de* (23. Januar): „Nach dem deutsch-französischen Gipfeltreffen in Versailles am Montag erklärte Angela Merkel, Chiracs Äußerungen vom Donnerstag stünden ‚in vollständiger Kontinuität‘. Es gehe um Abschreckung, und angesichts der aktuellen Veränderungen auf der Welt müsse dabei die Doktrin angepasst werden.“ Und auf einer Pressekonferenz in Jerusalem am 29. Januar erklärte Merkel, Iran mit Atomwaffen „ist nicht nur eine Bedrohung für Israel, sondern auch für die demokratischen Länder dieser Welt“ (*New York Times*, 30. Januar).

Jedoch waren Deutschland, das intensiv Handel mit Iran

betreibt, und Frankreich, das dort große Investitionen hat, bestrebt, die US-Kriegslust auszugleichen, indem sie „Verhandlungen“ und diplomatischen Druck vorangetrieben haben. Sogar die treu pro-amerikanische britische Labour-Regierung hat, in den Worten des Außenministers Jack Straw, erklärt: „Es gibt keine militärische Option.“ Ihren Wetteinsatz absichernd, hat die Bush-Regierung ihre Unterstützung für einen kürzlichen russischen Vorschlag angekündigt, der Iran erlauben würde, zivile Atomanlagen zu betreiben, solange die Urananreicherung auf russischem Boden stattfindet. Obwohl iranische Offizielle den Vorschlag nicht abgelehnt haben, beschwerten sie sich, dass es „nicht ausreichend für Irans Bedarf an Atomenergie“ ist.

Die Linkspartei.PDS unterstützt momentan den (vor allem SPD-)Flügel der Großen Koalition, der imperialistische „Verhandlungen“ mit dem Iran bevorzugt. Im April kündigte sie eine Reise Lafontaines und ihres außenpolitischen Sprechers Norman Paech nach Teheran an, um zwischen Iran und den Imperialisten zu vermitteln. Die Kriegsgegnerschaft der Linkspartei hat nichts mit Opposition gegen Imperialismus zu tun; beispielsweise unterstützten PDS und Lafontaine 2003 beim Irakkrieg die „Friedenssache“ des französischen und deutschen Imperialismus gegen Bush. Sie waren nur deshalb Kriegsgegner, weil sie den Krieg als nicht dienlich für die Interessen des deutschen Imperialismus ansehen. Wie damals beim Irakkrieg wird eine militärische Verteidigung des Iran gegen einen Angriff der Imperialisten von ihnen abgelehnt. Dies ist Sozialchauvinismus – Sozialismus in Worten und Chauvinismus in Taten, wie Lenin es ausdrückte.

Tatsächlich arbeiten sie aktiv daran, die potenziellen Opfer des Imperialismus zu **entwaffnen**. Eine Presseerklärung von Paech vom 16. Januar fängt an: „Atomwaffen sind nach wie vor die größte Bedrohung für den Frieden. Es muss daher politisch alles versucht werden, auch im Iran den Aufbau eines Atomwaffenarsenals zu verhindern.“ Das ist genau die Kernaussage des bürgerlichen Pazifismus – ob von Liberalen oder Sozialdemokraten gepredigt–, in der Praxis sicher zu stellen, dass nur die Imperialisten die Fähigkeit erhalten, zu drohen, einzumarschieren und zu besetzen. Dies wird von der Linkspartei mit hohlen Appellen an die USA und andere imperialistische Atommächte abgedeckt, sich doch bitte zu entwaffnen.

Die „größte Bedrohung für den Frieden“ ist das imperialistische System von Ausbeutung und neokolonialer Unterdrückung selber. Es brütet unvermeidlich Kriege aus. Wie das Übergangsprogramm der Vierten Internationale 1938 am Vorabend des Zweiten Weltkriegs erklärte: „Abrüstung“? Aber die Frage ist, wer wen abrüstet. Die einzige Form der Abrüstung, die den Krieg verhindern oder beenden kann, ist die Entwaffnung der Bourgeoisie durch die Ar-

Neu!

Extrablatt des Partisan Defense Committee, in Deutschland Komitee für soziale Verteidigung (KfsV):
„Mumia Abu-Jamal ist unschuldig – Freiheit für Mumia!“
Macht den Fall bekannt, verbreitet dieses Extra!
€ 2,- für 25 Stück
In deutscher oder englischer Sprache erhältlich

Zu beziehen beim KfsV
c/o Werner Brand
Postfach 21 07 50, 10507 Berlin

**Mumia is an Innocent Man
Free Mumia Abu-Jamal!
Abolish the Racist Death Penalty!**



Mumia Abu-Jamal has been the victim of a racist conspiracy of silence... The death penalty is a racist tool of oppression... Mumia is innocent and must be freed... Abolish the death penalty!



Workers Vanguard

1978/79: Spartakist-Veranstaltungen stellten international Perspektive des revolutionären proletarischen Kampfes auf, als das blutige Schah-Regime gestürzt wurde. Wir warnten vor der Gefahr der „Islamischen Republik“.

Kommunistische Korrespondenz, Vorläufer des Spartakist, Oktober 1978

beiter. Aber um die Bourgeoisie zu entwaffnen, müssen sich die Arbeiter selbst bewaffnen.“

Arbeiter an die Macht!

Irans Präsident Mahmoud Ahmadedschad, der im Juni ins Amt kam, ist ein Reaktionär, der giftigen Antisemitismus verbreitet. Im November nannte er das Abschlachten von sechs Millionen Juden im Nazi-Holocaust einen „Mythos“ und sagte, Israel solle „von der Weltkarte ausgeradiert werden“.

Die iranische „Islamische Revolution“ von 1979, die den CIA-gestützten Schah stürzte, wurde im Namen des „Anti-imperialismus“ vom Gros der Linken weltweit unterstützt. Das schloss die Moskau-freundliche Tudeh-(Massen-)Partei im Iran ein, die eine Basis hatte unter den strategisch wichtigen, überwiegend arabischen Ölarbeitern des Landes. Die Internationale Kommunistische Liga (damals die internationale Spartacist Tendenz) warnte einzigartig vom Beginn der Umwälzung 1978/79 an, dass der Kampf ohne einen entschiedenen Bruch der Arbeiterklasse mit den islamischen Kräften ein katastrophales Ergebnis haben wird. Wir sagten: „Nieder mit dem Schah! Keine Unterstützung für Chomeini! Für Arbeiterrevolution im Iran!“ Nachdem die Mullahs die Macht übernommen hatten, versklavten sie Frauen unter dem Schleier, schlachteten Tausende Linke und Gewerkschafter ab und verschärften die Unterdrückung der Kurden und anderer Minderheiten.

Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse im Iran als Avantgarde aller Unterdrückten, das persisch-chauvinistische islamische Regime zu stürzen. Schlüssel zu dieser Perspektive ist die Schmiedung einer marxistischen Arbeiterpartei. Solche Parteien müssen im ganzen Nahen Osten aufgebaut werden, um das Proletariat zu vereinen – Araber, Perser, Kurden und Hebräer, Sunniten und Schiiten, Muslime und Christen – im Kampf gegen Imperialismus und gegen die kapitalistischen Herrscher. Der Kampf für Arbeiterherrschaft im Nahen Osten beinhaltet entscheidend, den zionistischen Garnisonsstaat von innen zu zertrümmern durch eine arabisch-hebräische Arbeiterrevolution. Die stalinisierten Kommunistischen Parteien des Nahen Ostens, die diese revolutionäre Perspektive ins Lächerliche gezogen haben, sind mitverantwortlich für das Anwachsen von islamischem Fundamentalismus unter den arbeitenden und unterdrück-

ten Massen. Marxistische Arbeiterparteien sind nötig, um das Proletariat der Region von Fundamentalismus und allen Formen von Nationalismus zu brechen im Kampf für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens.

Die Ergreifung der Macht durch das Proletariat vollendet noch nicht die sozialistische Revolution, sondern eröffnet sie nur, indem sie die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung ändert. Ohne die internationale Ausweitung der Revolution, insbesondere auf die entwickelten, industrialisierten imperialistischen Zentren, wird diese gesellschaftliche Entwicklung gehemmt sein und letztlich rückgängig gemacht werden. Die Verteidigung jener, die von den Imperialisten rund um die Welt unterdrückt werden, erfordert Klassenkampf in den USA und anderen imperialistischen Zentren, und erfordert letztendlich einen proletarischen Kampf um die Macht. Sollen die Imperialisten die Menschheit nicht in den nuklearen Weltuntergang stürzen, müssen sie durch sozialistische Revolutionen weltweit gestürzt werden. Das unterstreicht die dringende Notwendigkeit, Trotzki's Vierte Internationale neu zu schmieden, die Weltpartei der sozialistischen Revolution! ■

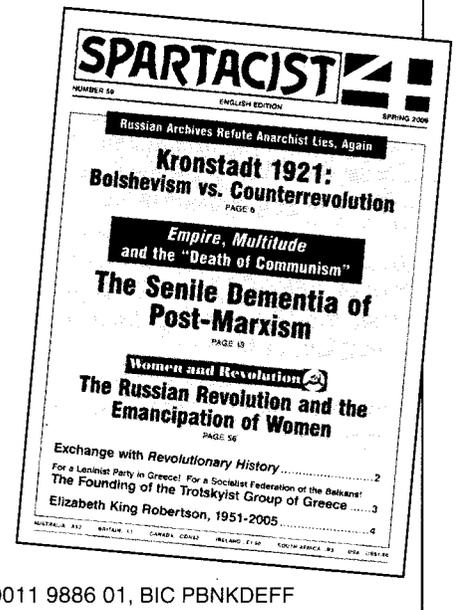
Neu! Spartacist

(englische Ausgabe)

Nr. 59
Frühjahr 2006
56 Seiten

€ 1,50

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

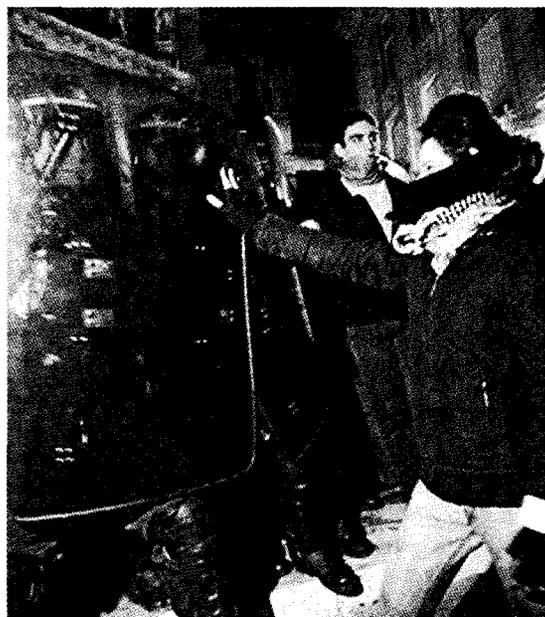


SPARTAKIST

Frankreich: Arbeiter & Studenten zwingen Regierung in die Knie



phototheque.org



AFP/Olivier Laban-Mattei

Links: 7. März – Massendemonstration von Studierenden, Jugendlichen und Arbeitern in Paris gegen den „Erstanstellungsvertrag“ für Berufsanfänger. Rechts: 11. März – Polizei räumt Pariser Uni Sorbonne

10. April: Nach mehr als zwei Monaten von Massenprotesten, Universitätsbesetzungen und weitflächigen Streiks erklärte heute der französische Präsident Jacques Chirac, dass die Regierung das Gesetz über den Erstanstellungsvertrag (CPE) zurückzieht, das er am 31. März mit seiner Unterschrift rechtskräftig gemacht hatte. Das CPE legte für Arbeiter, die jünger als 26 Jahre sind, eine Probezeit von zwei Jahren fest, in der sie ohne Grund hätten gefeuert werden können, was die Jobsicherheit und hart erkämpfte Gewerkschaftsrechte für alle Arbeiter, besonders Minderheiten, gefährdet hätte.

Die Rücknahme des CPE ist ein Sieg. Die Regierung ist extrem geschwächt, und das könnte den Weg frei machen für mehr Klassenkampf gegen die Angriffe der Kapitalisten in Frankreich. Viele Studierende wollen den Kampf fortsetzen, bis das ganze rassistische „Gesetz für Chancengleichheit“, von dem das CPE ein Bestandteil war, zurückgezogen wird sowie ein ähnliches Gesetz, das Arbeiter jeden Alters in Firmen mit weniger als 20 Beschäftigten betrifft.

Aber die Gewerkschaftsbürokraten sind glücklich darüber, den Kampf hierbei zu belassen, und haben keine weiteren Streiks zur Unterstützung der studentischen Forderungen geplant, was praktisch sicherstellen würde, dass der

Hauptteil der entworfenen Gesetze durchgesetzt wird. Selbst ohne CPE haben zwei Drittel der Jugendlichen ein Jahr nach Schulabschluss befristete Arbeitsverträge, und der jetzige „Sozialstaat“ in Frankreich heißt, dass man im Allgemeinen keine Festanstellung bekommt, bis man 28 Jahre alt ist. Der folgende Artikel wurde übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 867, 31. März.

28. März – Die Proteste von Arbeitern und Studierenden, die Frankreich zur Zeit erschüttern, haben der französischen Bourgeoisie und der rechten Regierung von Präsident Jacques Chirac und Premierminister Dominique de Villepin die schärfste politische Krise seit Jahren beschert. Die Protestbewegung wurde provoziert durch den Versuch der Regierung, eine neue Maßnahme, den Erstanstellungsvertrag für Berufsanfänger (CPE), durchzusetzen, der jungen Arbeitern jegliche Arbeitsplatzsicherheit nimmt, und diese Proteste haben Arbeiter in der gesamten Europäischen Union elektrisiert. Das trifft besonders auf Deutschland zu, wo die Regierung auf ähnliche Weise versucht, die von der Arbeiterklasse durch jahrzehntelangen Kampf errungenen Löhne, Rechte und Sozialleistungen rückgängig zu machen.

Fortgesetzt auf Seite 23

Nein zu einer neuen Volksfront!

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!